Nr. 199 Mittwoch, 29. September 1920 27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die ungarische Bestechungsaktion in Oesterreich.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit berichtet aus Wien: Die ungarische Gesandtschaft bestreitet die Echtheit der sich auf die Christlichsozialen beziehenden Dokumente (betr. die Bestechungen der Zeitungen usw.). Sie gibt aber notgedrungen die Echtheit der andern Dokumente zu. Die Wiener Arbeiterzeitung veröffentlicht einen zwischen dem ungarischen Außenministerium und der Zeitungsverlegergesellschaft Elbemühl abgeschlossenen Vertrag in dem der Gesellschaft eine Extraprovision von einer Viertel Million Kronen und dem Direktor Erdös 60 000 Kronen und 30 000 Mark zugesichert werden. Nach Abschluß des Vertrages verbreitete der Staatssekretär Kutlasalvy im Ministerium für nationale Minoritäten Herdös folgende Nachricht: Die ruthenische Bevölkerung empört sich gegen die Angliedrung an die Tschechoslowakei und an Rumänien und fordert die weiteste Verbreitung dieser Nachricht.

So fabriziert man die ungarische Nationalität!

Als die Auszahlung der Provision nicht prompt erfolgte, schrieb der Pressechef der Gesandtschaft nach Budapest: „Die Verspätung der Auszahlung schade der Autorität der ungarischen Regierung im Auslande."

Die gewesenen Armeekommandanten Dankl und Követz suchten bei der ungarischen Gesandtschaft um Unterstützung eines von ihnen kreditierten konservativen Blattes nach. 5000 Kronen wurden ihnen zugesagt.

Weitere, politisch noch wichtigere Veröffentlichungen folgen.

Ueberführte ungarische Lügner.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet aus Prag: Der Wiener Vertrauensmann des Pravo Lidu zeiht die magyarische Gesandtschaft, welche die von Pravo Lidu veröffentlichten Schriftstücke als Fälschungen bezeichnet, der Lüge und behauptet, die Schriftstücke seien durchweg echt. Sie seien aus dem Archiv der Gesandtschaft entnommen, photographiert und wieder im Archiv niedergelegt worden. Der Berichterstatter beschreibt der Regierung die magyarische Gesandtschaft und den Raum und selbst den Kasten, in dem die Dokumente aufbewahrt sind. Der Berichterstatter will am Sonntag, dem 19. September, in der magyarischen Gesandtschaft alle später veröffentlichten Dokumente an Ort und Stelle gesehen haben und kündigt weitere Veröffentlichungen an, um der ungarischen Propaganda mit Geld und Waffen ein Ende zu machen, die Mitteleuropa in den Abgrund zu stürzen drohen.

Schluß des Kongresses der tschechischen Linkssozialisten.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet aus Prag: Heute war der letzte Tag des Kongresses der tschechischen Linkssozialisten. Früh wurde das Ergebnis der gestern vorgenommenen Wahlen zur Parteileitung bekanntgegeben. Zwei Drittel der Mitglieder derselben sind Handarbeiter. Auch das Aktionsprogramm gelangte zur Abstimmung.

Protest der Sowjet-Regierung gegen Englands Politik.

Paris, 28. Sept. Wie das Echo de Paris aus Christiania meldet, hat Tschitscherin an Litwinow eine **drahtlose Nachricht** übermittelt, die für Lord Curzon bestimmt ist. Darin wird erklärt, die Sowjetregierung sehe in der letzten Mitteilung Curzons an Kamenew den **Versuch, um jeden Preis den Abschluß eines Uebereinkommens zwischen England und Rußland zu vermeiden** und die **Wiederaufnahme der friedlichen Beziehungen** zwischen England und Rußland auf unbestimmte Zeit **unmöglich zu machen.** Die Note schließt: Die **Sowjetregierung protestiert energisch gegen die Haltung der englischen Regierung** der russischen Nation gegenüber, eine Haltung, die tatsächlich mit der Würde der russischen Regierung nicht zu vereinbaren ist und die in der Behandlung der russischen Delegation in London zum Ausdruck kommt. Außerdem wird feierlichst erklärt, daß das Anfang Juli **mit England geschlossene Uebereinkommen als verletzt** angesehen wird. Die russische Regierung macht die englische Regierung dafür verantwortlich, ebenso für die Nichtwiederaufnahme der politischen Verhandlungen und die Nichtwiederherstellung des Friedens zwischen den beiden Ländern.

Ermordung einer sozialdemokratischen Abgeordneten.

Lyck, 28. September. Die Lycker Zeitung meldet: Montag früh wurde auf ihrer kleinen Besitzung in Schilorren bei Lyck die sozialdemokratische **Abgeordnete Frau Therese Eschholz** im Bette **ermordet** aufgefunden. Ihr Schädel war durch einen Beilhieb gespalten, das Bett mit Petroleum übergossen und angezündet. Gesicht und Oberkörper waren bereits verkohlt. Als **Täterin** wurde die **frühere Oberlehrerin des Lyzeums** aus Lyck, **Thiele,** die in einem Zimmer neben der Getöteten wohnte, ermittelt. Die Thiele bestreitet die Tat und gibt an, daß eine Lampenexplosion vorliege. Die Thiele ist **als eine nicht ganz zurechnungsfähige Person** bekannt.

Hinaus mit der „Rechten"!

Bannstrahl und Diktat aus Moskau.

Die Moskauer Exekutive der kommunistischen Internationale, sowie Genosse Lenin kommen in zwei telegraphischen Kundgebungen, die über Riga nach Deutschland gelangt sind, der sogenannten Linken in ihrem Kampf für die Moskauer Bedingungen zu Hilfe. Die sogenannte Linke spürt offenbar, daß sich ihre großsprecherischen Behauptungen, die Gegner der Bedingungen seien nur ein Häuflein Offiziere ohne Soldaten, dessen Hinauswurf nicht die Spaltung, sondern nur die Reinigung der Partei bedeute, immer mehr als hohler Bluff erweisen, daß die Zeit nicht für sie gearbeitet hat, weshalb denn auch ihr Protest gegen die angeblich verfrühte Einberufung des Parteitages gar nicht ernst gemeint, sondern nur ein Mittel zur Stimmungsmache gegen die sogenannte Rechte ist. Die Däumig und Stoecker müssen erkennen, daß sie mit ihrer Hetze gegen die „rechten" Führer in die Spaltung der Partei hineintreiben, ja, daß sie wahrscheinlich noch nicht einmal die Mehrheit der Partei hinter sich haben. Sonst wäre der Versuch der Linken, den klaren Ausdruck des Parteiwillens auf dem Parteitag zu verhindern (Abschaffung der Urwahl in Hamburg, Verweigerung der Urwahl und der Verhältniswahl für die Parteitagsdelegierten in Halle) ja gar nicht erklärlich. In dieser Not soll nun die Autorität des Exekutivkomitees und Lenins die wankende Position der sogenannten Linken wieder befestigen.

Die Drahtung des Exekutivkomitees stellt einen Brief an die Unabhängige Sozialdemokratie vor. Die Aeußerung Lenins ist ein Artikel aus der Prawda vom 24. September, dessen Bestimmung war, nach Deutschland telegraphiert zu werden.

Das Schreiben des Exekutivkomitees besagt:

„Das Exekutivkomitee **protestiert** entschieden dagegen, daß unter dem Druck des rechten Flügels des Zentralausschusses der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands der außerordentliche Parteitag bereits für den 20. oder gar den 12. Oktober anberaumt worden ist. Diese hastige Anberaumung zielt darauf hin, die Arbeiter der Möglichkeit zu berauben, sich über die prinzipiellen strittigen Fragen, die zur Tagesordnung stehen, zu orientieren. Schon diese Tatsache an und für sich zeugt von einem **Höchstmaß der Illoyalität** und **Unredlichkeit** der rechten Führer. Zweitens ist der Versuch, die ganze Streitfrage auf Organisationsfragen überzuführen, wissentlich von dem Wunsche herbeigeführt worden, die Hauptprinzipienfragen, nämlich die Frage der Diktatur des Proletariats, des Kampfes um die Räte, der Schaffung illegaler Organisationen, der Verwerfung des Sozialpazifismus der Trennung von Renegaten vom Schlage Kautskys und Hilferdings, zu vertuschen.

3. Die Organisationsforderungen des 2. Kongresses sind von Dittmann, Hilferding, Crispien **wissentlich entstellt** worden. Die Kommunistische Internationale verlangt nicht die Uebergabe der Zeitungen an Spartakisten, sondern lediglich die Redaktionsführung der Zeitungen durch ehrliche Revolutionäre, die jetzt **überzeugte Kommunisten** sind, obwohl sie bisher noch Mitglieder der USP. sein mögen. Gleichfalls hat die Kommunistische Internationale weder verfaßt noch wird sie verfassen Listen von Personen, die auszuschließen sind. Für die Kommunistische Internationale handelt es sich um den Kampf gegen die opportunistische Richtung, die sich selbstverständlich in den **lebendigen, die Revolution verratenden Menschen personifiziert.** Die Resolution läßt ausdrücklich **Ausnahmen** zu, bezüglich der rechtsstehenden Genossen, die jetzt **ihre Fehler eingestehen.**

4. Das Geschrei über die Russendiktatur ist offenkundig unaufrichtig. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zählt 21 Mitglieder, wovon 5 Russen sind, die übrigen vertreten andere Parteien.

5. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale verlangt einen zentralisierten Parteiaufbau, denn während der Epoche des Bürgerkrieges kann das Proletariat anders feindliche Angriffe nicht abwehren. Dittmann sprach sich in Moskau für solchen Zentralismus aus. Die Kommunistische Internationale versteht darunter, daß der Zentralismus in jahrelangem Kampf errungen und durch Zutrauen der Massen und unter tatsächlich revolutionären Leitern begründet werden wird. Zentralismus kann nicht von heute auf morgen erreicht werden.

6. bezeugt das ganze Gebaren **Dittmanns** und **Crispiens** die **Unmöglichkeit, in einer Partei mit solchen kleinbürgerlichen Elementen zu bleiben.** Durch ihre Schwankungen im entscheidenden Augenblick **verraten sie die proletarische Revolution,** gleich wie sie jetzt in Italien von Daragona, Modigliani, Turati und Genossen verraten wird. Falls die USP. derartige Verräter **aus ihren Reihen nicht vertreiben wird, kann sie nicht als revolutionäre Partei** existieren.

7. Das Exekutivkomitee wendet sich an die unabhängigen Arbeiter mit der Aufforderung: 1. wählt zum Parteitag nur solche Delegierte, die für unbedingten Anschluß an die Kommunistische Internationale eintreten; 2. gedenkt, daß jetzt sich die Frage entscheidet, ob ihr in die brüderlichen Reihen der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt treten sollet, oder ob ihr **Gefangene der Agenten des Kapitals** bleiben werdet.

Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale: Sinowjew. Mitglieder: Lenin, Bucharin, Radek; für Amerika: Ried; für Frankreich: Rosner; für Holland: Jansen; für Korea: Pak Tsinschjun; für England: Tom Quelitsch; für Deutschland: Ernst Meyer; für Bulgarien: Schablien; für Georgien: Tschakaja; für Jugoslavien: Milkitsch; für Oesterreich: Karl Steinhart; für Ungarn: Bela Khun, Rudnjanski."

Der Artikel Lenins in der Prawda lautet:

„Genossen! Die bürgerliche Presse Deutschlands und Frankreichs widmet viel Aufmerksamkeit den Debatten unter den unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands und den Mitgliedern der sozialistischen Parteien Frankreichs über den Eintritt in die Kommunistische Internationale. Die bürgerliche Presse verteidigt mit außerordentlicher Energie die Anschauungen des rechten opportunistischen Flügels der genannten Parteien. Das ist vollkommen verständlich, denn diese **rechten Elemente** sind ihrem Wesen nach **bürgerliche Demokraten,** die, wie **Dittmann und Crispien, unfähig** sind, revolutionär zu denken, unfähig, der Arbeiterklasse zu helfen, unfähig, sich für die Revolution vorzubereiten und sie siegreich durchzuführen. **Die Trennung von diesen rechten opportunistischen Elementen ist notwendig.** Sie bildet das einzige Mittel der Zusammenfassung aller wirklichen Revolutionäre, wirklich proletarischen Massen. Das Geschrei über die „Diktatur Moskau" usw. ist ein gewöhnliches Ablenkungsmittel. Der Vollzugsausschuß besteht aus 21 Mitgliedern, von denen nur fünf die Kommunistische Partei Rußlands vertreten. Alles Gerede vom Diktatorentum usw. bildet einen Selbstbetrug oder Betrug der Arbeiter. Durch diese Reden soll eben der Bankrott gewisser opportunistischer Führer der Arbeiterparteien Deutschlands vereitelt werden, die den Weg der proletarischen Revolution verlassen haben. Einen Betrug oder Selbstbetrug bildet das Geschrei, daß die „Moskauer Diktatoren" durch ihre Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale bestimmte Persönlichkeiten verfolgen. Im § 20 der Aufnahmebedingungen wird es klar schwarz auf weiß gesagt, daß mit Zustimmung des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Internationale Ausnahmen bei den strengen Regeln den Führern des rechten Flügels gegenüber, wie auch bei der Zusammensetzung der zentralen Parteileitungen zugelassen werden. Da die Ausnahmen ausdrücklich als zulässig erklärt werden, so kann keine Rede von dem prinzipiellen Ausschluß dieser oder jener Persönlichkeit sein. Es ist klar, daß damit vollkommen die Notwendigkeit anerkannt wird, nicht die Vergangenheit, sondern die Gegenwart in erster Linie in Betracht zu ziehen, die Aenderungen der Anschauungen und das Verhalten einzelner Personen und Führer zu berücksichtigen. Da die Zulässigkeit der Ausnahmen ja nach dem Beschluß des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Internationale erklärt worden ist und in dem Vollzugsausschuß die russischen Kommunisten nur ein Viertel ausmachen, so ist damit bewiesen, daß das Geschrei über die Diktatoren ein hohles inhaltsloses Gerede darstellt. In Wirklichkeit handelt es sich um den Kampf zwischen den revolutionären proletarischen und den opportunistischen **kleinbürgerlichen Elementen.** Zu diesen gehörten und gehören **Hilferding, Dittmann und Crispien, viele Mitglieder der Parlamentsfraktionen in Deutschland und Frankreich** usw. Der Kampf dieser beiden politischen Strömungen entfaltet sich ohne Ausnahme in allen Teilen der Welt, er hat seine lange Geschichte und verschärft sich überall, während des imperialistischen Krieges und nach ihm.

Der Opportunismus repräsentiert die **Arbeiteraristokratie,** die **alte Bureaukratie** in **den Gewerkschaften** und **Genossenschaften,** die **kleinbürgerlichen philisterhaften Schichten. Ohne Trennung von dieser Strömung,** die durch ihre Schwankungen, ihren „Menschewismus", den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat innerhalb der Arbeiterbewegung, innerhalb der sozialistischen Parteien verwirklichte, **ohne Ausschluß aller ihrer hervorragenden Mitglieder ist die revolutionäre Einigkeit des Proletariats unmöglich.** Durch ihre ununterbrochenen Schwankungen nach der Richtung des Reformismus und Menschewismus hin, durch ihre Unfähigkeit revolutionär zu denken und zu handeln, verwirklichen die **Dittmann** und **Crispien** in der Tat ohne es zu wissen, den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat, verwirklichen die Unterordnung des Proletariats unter den bürgerlichen Reformismus. **Nur durch die Trennung von diesen und ähnlichen Leuten** verwirklicht sich die internationale Einheit des Proletariats gegen die Bourgeoisie zum Zwecke ihrer Vernichtung. Die Ereignisse in Italien müssen auch den Hartnäckigsten von denen, die den Schaden der „Einigkeit" und des „Friedens" mit Crispien und Dittmann nicht verstehen, die Augen öffnen. Die italienischen Crispiens und Dittmanns: Turati, Prampolini, Daragona sabotieren die Revolution in Italien von dem Moment an, als sie heranzureifen beginnt. Und in dieser Richtung bewegen sich die Ereignisse langsamer oder schneller, unter leichteren oder unter größeren Schwierigkeiten in ganz Europa, in der ganzen Welt. Es ist die höchste Zeit, **die unerhört schädlichen Illusionen zu zerstören** über die **Möglichkeit der „Einheit" oder des „Friedens" mit den Dittmanns und Crispiens, mit dem rechten Flügel der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie,** der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, der französischen Sozialistischen Partei usw. Es ist höchste Zeit, daß die revolutionären Arbeiter die Reihen ihrer Partei von **diesen Elementen reinigen** und wirklich einheitliche Parteien des Proletariats bilden.

Lenin, 24. September."

Da ist nun also die „Deklaration" der Bedingungen, die Genosse Friedrich Geyer und andre so lebhaft gewünscht haben. Ob sie sehr erbaut davon sein werden? Das Exekutivkomitee versucht zwar die Taktik der Verschleierung der wahren Konsequenzen der Bedingungen, die von den Vertretern der sogenannten Linken eingeschlagen ist, unter einem Schwall von Verdächtigungen der „rechten" Führer, die die Organisationsforderungen wissentlich entstellt hätten, zu unterstützen. Es kommt deshalb auch mit der Verwirrungsfrage, daß die kommunistische Internationale keine

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ausschlußlisten aufgestellt habe, noch aufstellen werde. Aber gleich hinterher muß das Exekutivkomitee ganz deutlich den Ausschluß Dittmanns, Crispiens, Hilferdings fordern. Es sucht diese Forderung allerdings dadurch zu versüßen, daß es erklärt, die Bestimmungen ließen ausdrücklich Ausnahmen zu für diejenigen rechtsstehenden Genossen, „die jetzt ihre Fehler eingestehen". D. h. es wird von den beargwöhnten, als kleinbürgerliche Elemente, als Agenten des Kapitals beschimpften Genossen gefordert, daß sie ihre bisherigen Anschauungen, ihre Stellung gegen die Moskauer Bedingungen, gegen die schablonische Uebertragung russischer Methoden auf Deutschland öffentlich widerrufen und feierlich ihre Unterwerfung unter das Moskauer Diktat bekennen sollen. Dann wird das Moskauer Exekutivkomitee jedenfalls prüfen, ob ihm diese Erklärungen genügen, ob es sie für wahr und aufrichtig hält, und dann wird es allenfalls gnädigst die reuigen Sünder zulassen. Es genügt, diese Zumutung festzustellen. Wir wollen uns jedes weitere Eingehen darauf ersparen.

Viel deutlicher noch als das Exekutivkomitee aber wird Lenin über die Ausschlußfrage. Sein ganzer Artikel ist eigentlich nur eine Variation des einen Satzes: „Werft die Hilferding, Dittmann, Crispien und ähnliche Leute hinaus!" Es ist die rücksichtsloseste Forderung der Spaltung, wobei sich der über deutsche Dinge offenbar sehr mangelhaft orientierte Lenin allerdings fälschlich vorstellen mag, daß eine Spaltung nicht zu befürchten sei, weil er diese „kleinbürgerlichen, philisterhaften Schichten" offenbar als ein gar nicht ernsthaft in Betracht kommendes winziges Häuflein betrachtet. Lenin zerstört alle letzten Versteckmöglichkeiten der Verschleierungskünstler, obgleich auch er den Hinweis auf die Ausnahmen nicht verschmäht. Er hat mit seinem Artikel der sogenannten Linken sicherlich einen bösen Bärendienst geleistet.

Im übrigen zeigt eine eingehendere Betrachtung der beiden Kundgebungen gleich zu Anfang mit erfrischender Deutlichkeit, wie schlecht es um die vertuschende Behauptung bestellt ist, daß die dritte Internationale die Selbständigkeit der einzelnen Parteien nicht antaste. Das Exekutivkomitee urteilt vom hohen Moskauer Richterstuhl darüber, ob das Zentralkomitee der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie das Recht hatte, den Parteitag vorzuverlegen. Das Exekutivkomitee glaubt, ohne das Zentralkomitee gehört zu haben, ohne weiteres über seine Motive bei dieser Maßregel aburteilen zu können. Kritiklos übernimmt es alle Vorwürfe, die die sogenannte Linke deswegen gegen die Mehrheit des Zentralkomitees erhebt. Das Exekutivkomitee in Moskau weiß es besser als die deutschen Genossen, denen die Leitung unsrer Partei anvertraut ist, ob die deutschen Genossen bis zum 12. Oktober zur Klarheit über ihre Stellung für die Bedingungen kommen können. Das Exekutivkomitee weiß es besser als die deutschen Genossen, daß es nicht nötig ist, die völlig zerstörte Aktionskraft der Partei so schnell wie möglich wieder herzustellen!

Einige der Sätze des Schreibens des Exekutivkomitees muten direkt wie Hohn an. So wendet es sich gegen die angebliche Verdrehung der Bedingung über die Presse. Es ist aber nirgends behauptet worden, daß Moskau die Besetzung der Redaktionen mit Spartakisten verlange — wir wissen schon, daß sich unter den Mitgliedern der sogenannten Linken genügend Leute befinden, die von Moskau als waschechte Kommunisten anerkannt und zur Leitung unserer Blätter zugelassen werden würden. Wogegen wir uns gewandt haben, ist die Forderung, daß die Presse völlig der Zentrale der Partei oder richtiger, dem Moskauer Exekutivkomitee ausgeliefert wird, daß dieses es in letzter Instanz in der Hand hätte, die Besetzung der Redaktionen zu bestimmen, so daß die Genossen am Orte ihr Verfügungsrecht über ihr Blatt vollständig verlieren.

Bezeichnend ist auch der Verschleierungsversuch in Punkt 4 des Schreibens. Eine Russendiktatur soll deswegen nicht möglich sein, weil das Exekutivkomitee nur aus fünf Russen bestehe, die unter den 21 Mitgliedern nur eine Minderheit darstellten. Zunächst wollen wir einmal feststellen, daß nach den Statuten der Internationale der § 8 besagt, daß das Exekutivkomitee aus fünf Vertretern des Landes besteht, wo es seinen Sitz hat, also aus fünf Russen, ferner aus je einem Vertreter der zehn bedeutendsten kommunistischen Parteien; den andern in die kommunistische Internationale aufgenommenen Organisationen und Parteien steht das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu entsenden. Die fünf Russen stellen also ein Drittel der beschließenden Mitglieder dar. Sie bilden einen festen Block unter den Vertretern der verschiedensten Länder, die durch die Verschiedenheiten ihrer Bedingungen immer zersplittert sein werden. Und diese bedeutendsten kommunistischen Parteien der Welt sind ja leider zum größten Teil ganz kleine einflußlose Gruppen in ihren Ländern, wie z. B. die englischen, die französischen, die amerikanischen, die holländischen, die deutschen, die österreichischen, die ungarischen Kommunisten, von denen Koreas ganz zu schweigen, deren Vertreter das Bannschreiben an unsre Partei mit unterzeichnet hat. Diese einflußlosen Gruppen können natürlich in aller Gemütsruhe die allerradikalsten Beschlüsse fassen, die ihnen die Russen vorschlagen, weil sie bei ihrer Schwäche niemals in die ernstliche Verlegenheit kommen werden, solche Beschlüsse wirklich durchführen zu müssen. Daß ein großer Teil dieser einflußlosen Gruppen nur vom russischen Geld lebt und also von Moskau direkt abhängig ist, kommt noch hinzu. Es ist wirklich ein kläglicher Verschleierungsversuch, wenn die Russen versuchen, es so hinzustellen, als seien sie nicht die gebietenden Herren im Exekutivkomitee.

Wir wollen es mit diesen Bemerkungen bewenden lassen. Die Versuche Lenins und des Exekutivkomitees, der sogen. Linken zu helfen, werden doch nur das Gegenteil des Gewollten erreichen. Sie werden allen denen, die sehen wollen, erneut zeigen, daß die Moskauer Bedingungen völlig unannehmbar sind, weil sie eine Gefahr für die Revolution in Deutschland wie in allen Ländern bedeuten. Dieser Bannstrahl Moskaus wird an der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie wirkungslos abprallen!

Der erste Schritt zum Hinauswurf der Freiheit-Redaktion.

Die Freiheit veröffentlicht folgenden Beschluß ihrer Preßkommission:

Die Preßkommission hat sich im Verlauf verschiedener Sitzungen in Gegenwart der Redaktion mit der politischen Haltung der Freiheit beschäftigt. Sie hat bisher nicht erreichen können, daß dem stürmischen Verlangen der Mehrheit der Berliner Parteigenossen nach einer konsequent revolutionären Schreibweise von der Redaktion entsprochen wurde. Deshalb hat sie sich genötigt gesehen, untenstehenden Beschluß zu fassen. Sechs Mitglieder der Preßkommission haben vor der Abstimmung die Sitzung verlassen mit der Motivierung, daß sie in einen Gewissenskonflikt kämen. Sie seien zwar auch in vielem nicht mit der Haltung der Freiheit einverstanden; sie könnten aber trotzdem dem nachstehenden Beschluß nicht beitreten.

„Die Preßkommission nimmt Bezug auf frühere von ihr gefaßten Beschlüsse, auf ein vom 17. Distrikt eingegangenes Mißtrauensvotum, sowie auf den in allen Verhandlungen zutage getretenen politischen Gegensatz zwischen der Preßkommissionsmehrheit und der Redaktion und spricht der Freiheit-Redaktion ihr schärfstes Mißtrauen aus.

Die Preßkommission fordert, nachdem eine Verbandsgeneralversammlung vor dem Parteitag nicht mehr einberufen werden soll, daß die Distrikte zusammentreten und zu diesem Mißtrauensvotum Stellung nehmen. Sobald die Entscheidungen der Distrikte vorliegen, wird die Preßkommission erneut zusammentreten."

Diese Erklärung ist unterschrieben von Schwenk, Gabelin, Garzke, Ludewig, Eichhorn, Schulze, Bösel, Schreiber, Jahn, Hünecke, Winkelsesser, Buchholz, Sievers, Wegmann und Henning.

Die Freiheit bemerkt dazu unter anderm:

Was die Mitglieder der Preßkommission, die der oben abgedruckten Erklärung zustimmten, mit ihr bezwecken wollen, ist ganz klar. Bevor noch der Parteitag gesprochen, bevor noch durch die Urabstimmung die wirkliche Meinung der Parteigenossen ermittelt worden ist, soll die Partei schon vor bestimmte Tatsachen gestellt werden. Die Redaktion klebt nicht an ihren Posten, in die sie durch das Vertrauen der Parteigenossen gesetzt worden ist; aber sie muß verlangen, daß in der Partei noch das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder gewahrt wird, solange die Instanzen noch keine diktatorischen Befugnisse haben. Das von den 15 Mitgliedern der Preßkommission jetzt beliebte Verfahren verstößt um so mehr gegen die bisher bei unsern Auseinandersetzungen angewandten Grundsätze, als man in einzelnen Bezirken Mißtrauensresolutionen gegen die Redaktion annehmen läßt, ohne daß dieser Gelegenheit gegeben wird, sich vor den Parteigenossen dort über ihre Stellung zu äußern!

Schließlich noch zwei „Ungenauigkeiten" in der Erklärung. Von den etwa 28 Mitgliedern der Preßkommission haben nur 15 die Erklärung unterschrieben. Von einer ganzen Anzahl der Genossen, die ihre Unterschrift verweigert haben, wissen wir, daß sie nicht infolge eines „Gewissenskonflikts", sondern aus ganz andern Gründen die letzte Sitzung entweder gar nicht besucht oder sie vorzeitig verlassen haben. Der Antrag des 17. Distrikts wollte der Redaktion deswegen ihr Mißtrauen aussprechen, weil sie in der Frage der politischen Arbeiterräte die einmütige Auffassung der gesamten Partei vertreten hat, und die auch in allen offiziellen Erklärungen der Partei zum Ausdruck gekommen ist!

Wir betonen also: Die Redaktion der Freiheit wird auch künftig ihre volle Pflicht zu erfüllen suchen und durch keine voreilige Handlung der Willensäußerung der Gesamtheit der Parteigenossen vorgreifen.

* * *

Dem ersten Schritt der Moskowiter dürften bald weitere folgen. Bezeichnend ist, daß man die Redakteure zu verhindern sucht, ihre Haltung vor der Gesamtheit der Berliner Genossen zu begründen. Eine Generalversammlung für Groß-Berlin wird verweigert und dafür wird die Sache in die Bezirke gelangen, wo die Redaktion natürlich gar nicht überall vertreten sein kann! Saubere Methode!

Die Organisationen zum Moskauer Diktat.

Freistaat Braunschweig.

Am 25. und 26. September hielt die U. S. P. D. des Freistaates Braunschweig einen außerordentlichen Bezirksparteitag ab. Das Referat über den Anschluß zur 3. Internationale hielt im Auftrage der Zentrale der Genosse Oerter, Korreferent war Genosse Stöcker. Nach längerer Aussprache wurde in namentlicher Abstimmung **mit 76 gegen 20 Stimmen beschlossen, die Bedingungen abzulehnen.** Die Entscheidung darüber, ob die Anhänger der Bedingungen ihre Mandate als Landtagsabgeordnete behalten dürfen, wurde bis zum Reichsparteitag zurückgestellt. Der Parteitag beschäftigte sich dann noch eingehend mit dem Genossen Eckardt, der vom Ortsverein Braunschweig beschuldigt wurde, eine Politik zu treiben, die nicht mit dem Programm der Partei in Einklang zu bringen ist. Besonders wurde ihm — neben anderen Dingen — vorgeworfen, daß er im Verein mit der Kommunistischen Partei die sofortige Bildung von politischen Arbeiterräten propagiert. Ein Antrag, ihn aufzufordern, sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederzulegen, wurde angenommen. Eckardt antwortete unter stürmischem Widerspruch der Delegierten, über sein Mandat entscheide der Reichsparteitag. Der Bezirksparteitag betonte ausdrücklich, die Aberkennung des Mandats sei nicht erfolgt, weil Eckardt Anhänger der Bedingungen sei, sondern wegen seiner sonstigen politischen Tätigkeit.

Für die Bedingungen erklärten sich die Organisationen von Osthavelland (mit 22 gegen 10 Stimmen), Oberbarnim, Prenzlau (mit 20 gegen 4 Stimmen), Angermünde (gegen 1 Stimme), Würzburg, Münsterland, Frankfurt a. M. (mit 620 gegen 475 Stimmen), Höchst, Homburg-Usingen (mit 40 gegen 28 Stimmen), Cannstatt (mit 91 gegen 49 Stimmen), Eßlingen.

Gegen die Bedingungen entschieden sich Wiesbaden — Biebrich — Rheingau, Biebrich (die überfüllte Versammlung mit erdrückender Mehrheit), West-Havelland (gegen 16 Stimmen, nachdem die Orte Groß-Behnitz-Päwesin, Rathenow, Premnitz, Plane, Förde, Pritzerbe, Brandenburg a. H., Wust und Radewege in Mitgliederversammlungen bereits die Bedingungen abgelehnt hatten.) Kornwestheim (wo außerdem gegen die einseitige Schreiberei des Genossen Böttcher im Stuttgarter Sozialdemokrat protestiert wurde), Heilbronn (einstimmig), Neckarsulm (einstimmig), Reutlingen, Geislingen, Aalen, Schwäbisch-Gmünd.

In den Distrikten West-Priegnitz und Jüterbog-Luckenwalde fand keine Abstimmung statt, jedoch war die Stimmung der Konferenzbesucher in der Mehrheit gegen die Aufnahmebedingungen.

Leipziger Organisationen.

Mitgliederversammlungen der Ortsvereine Neu-Reudnitz und Stötteritz, die am vorigen Donnerstag tagten, und von rund 500 Teilnehmern besucht waren, stellten gegen ganz verschwindende Opposition (2—3 Mann in jeder Versammlung) nur **Parteitagskandidaten gegen die Bedingungen** auf.

Der Ortsverein L.-Ost beschäftigte sich in zwei starkbesuchten Mitgliederversammlungen mit der Frage. Eine nach sehr ausgiebiger, teilweise sehr stürmischer Debatte erfolgte Abstimmung über eine Resolution, die die uneingeschränkte Annahme der Moskauer Bedingungen forderte, blieb zunächst zweifelhaft. Bei der zweiten Abstimmung konnte eine **Mehrheit für die Ablehnung der Resolution** festgestellt werden. Da auch diese zweite Abstimmung angezweifelt wurde, beschloß man, mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehende Urabstimmung von der Beschlußfassung über die Resolution überhaupt Abstand zu nehmen.

Oppositionelle Vertrauensleute der Leipziger Druckerei-Hilfsarbeiter.

Am 27. September fand im Pantheon eine Versammlung von ca. 80 auf dem Boden der Opposition stehenden Vertrauenspersonen der Leipziger Druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt. Da von der Berliner Propagandakommission die Frage des Anschlusses an Moskau zur Diskussion gestellt war, wurde eine Resolution gegen die Moskauer Bedingungen gegen 10 Stimmen angenommen.

Serrati und die Bedingungen.

Wir lesen in der Berner Tagwacht:

Genosse Graber hat sich bei Serrati erkundigt, ob für die französische Partei nur die neun im Populaire veröffentlichten oder die 21 für die U. S. P. D. gestellten Bedingungen zu gelten haben, und erhielt hierauf die folgende Antwort:

„Es scheint mir beinahe unnütz, Dir die Auskunft, die Du von mir begehrst, zu geben. Die französischen Sozialisten, die während des Krieges ebenso oder sogar mehr in Burgfrieden und Mitarbeit machten, wie die Sozialisten Deutschlands oder andrer Länder, **haben kein Recht auf ausnahmsweise günstige Bedingungen** für ihre Aufnahme in die Dritte Internationale. Das ist durchaus selbstverständlich. Aber in dem an unsre (die italienische, Red.) Partei gerichteten Brief wird das sehr klar ausgesprochen: **„Die Unabhängige Sozialistische Partei Deutschlands, die sozialistische Partei Frankreichs sowie andre Parteien haben sich an uns gewendet. Sie wollen der kommunistischen Internationale beitreten. Für deren Aufnahme haben wir eine Reihe von Bedingungen** sine qua non (ohne welche nicht, also unerläßliche. Red. d. L. V.) **(21 Bedingungen) aufgestellt. Wie werden sie nicht aufnehmen, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind."**

Das ist sehr klar und bestimmt.

Herzliche Grüße

sig. Serrati."

Das Schweizer Parteiblatt bemerkt dazu treffend:

Der Standpunkt Serratis gegenüber den französischen Bedingungen scheint uns der gegebene zu sein. Er lehnt ehrlicherweise eine verschiedenartige Behandlung ab. Immer mehr erhält man den Eindruck, daß die Aufnahmebedingungen in Moskau nicht vom Gesichtspunkte des Zusammenschlusses aller revolutionären Parteien niedergeschrieben wurden, sondern im Bestreben, die kleinen kommunistischen Gruppen in den verschiedenen nichtrussischen Ländern zu konservieren und zu stärken, selbst auf die Gefahr hin, daß lebens- und aktionsfähigere große Parteien dabei zersplittert und erschüttert werden. In Frankreich, wo kommunistische Sondergruppen noch nicht bestehen und es vor allem galt, den größeren Teil der Gesamtpartei für Moskau zu gewinnen, durfte man mit den 21 Bedingungen nicht kommen, durfte der Name Longuet auf der Ausschlußliste nicht genannt werden. Man beobachtete der französischen Partei gegenüber etwas von dem klugen Maß, das man andern Parteien gegenüber um so mehr vermissen ließ.

Die bestimmte Aufforderung im Moskauer Brief an die italienische Partei, daß die Bedingungen erst erfüllt werden müssen, ehe die Aufnahme vollzogen werden kann, bestätigt nur die Auffassung, die wir bisher schon vertraten. Es ist eine klare Absage an jene Bestrebungen, die die 21 Bedingungen interpretieren, verwässern und dehnen möchten, um sie nach Willkür zu handhaben... Annehmen oder ablehnen, ein Drittes gibt es nicht, wie die Genossen in Moskau genau erklären. Was wir nicht annehmen und ausführen können, was uns unsozialistisch dünkt, müssen wir solange ablehnen, bis andre Grundlagen für den Beitritt geschaffen sind.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Brüssel, 28. September. Wie Havas noch über die Fortsetzung der Finanzkonferenz von gestern meldet, erklärte der französische Vertreter Avenol, daß Frankreich und Belgien die von Brand angeführten Gründe für die französische Politik unverwendbar halten, aber die französische Delegation glaube sich fernerhin nicht befugt, in eine Erörterung von Fragen einzutreten, die die innere Politik streiften. Sie würde es anderseits begrüßen, wenn man eine einfache Entschließung unterzeichnete, die alle Objekte begründete und erklärte, die in der Debatte behandelt worden seien. Schließlich legten noch die Vertreter Schwedens, Norwegens und der Schweiz ihren Standpunkt zu dieser Erklärung dar, worauf die Sitzung abgebrochen wurde.

Brüssel, 28. September. In der Vormittagssitzung erstattete Lord Talmer den Bericht über die finanzielle Lage Englands. Die finanzpolitische Stellung Englands ist gekennzeichnet durch eine strenge Steuerpolitik, die die wichtigste Richtlinie für die künftige englische Finanzgebarung ist. Ein Mitglied der belgischen Delegation erklärte, die belgische Finanzlage sei nicht günstig. Es folgten dann die Berichte der Delegierten von Japan, Britisch-Indien, Australien und Peru.

In der Nachmittagssitzung erklärte der amerikanische Delegierte, er sehe in der Konferenz einen Erfolg, weil sie zum erstenmal die ehemals gegnerischen Nationen zu einer sachlichen Beratung zusammengeführt habe. Was die Hoffnung Europas auf die amerikanischen Kredite angehe, so könne er wenig Aussicht auf ihre Erfüllung eröffnen, und dies um so weniger, als Europa eine wesentliche Voraussetzung des amerikanischen Privatkapitals nicht biete, nämlich Sicherheit und Frieden. Staatssekretär Bergmann hielt dann die bereits gemeldete Rede. Die Versammlung folgte seinen Worten mit größter Aufmerksamkeit. Als er geendet hatte, wurde ihm allseitig Beifall zuteil. Des weiteren sprach der Führer der südafrikanischen Delegation, der österreichische Finanzminister und die Delegierten für Bulgarien und Portugal.

Der Bericht über die Finanzlage Deutschlands.

Dem vom Staatssekretär Bergmann auf der Finanzkonferenz in Brüssel erstatteten Bericht ist folgendes zu entnehmen:

Während Deutschland vor 1913 im ganzen eine **Schuld von 5 Milliarden** hatte, beträgt die Schuldenlast am 31. August 1920 **240 Milliarden Mark.** Wir sehen ferner, daß mit dem Ablauf des Rechnungsjahres 1920 die Schuldenlast noch **wesentlich höher** sein wird, weil der Voranschlag für 1920 einschließlich des voraussichtlichen Ergebnisses der Verwaltungen von Reichseisenbahnen und Post ein **Defizit von mehr als 56 Milliarden Mark** ergibt. Die Verhältnisse haben sich bisher in einer Weise entwickelt, daß der Voranschlag für 1920 einer starken Umarbeitung unterzogen werden mußte. Um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, wird gegenwärtig in Deutschland eine Steuerreform **größten Umfangs** durchgeführt. Für das Jahr 1920 wird aus **Steuern** ein Eingang von mehr als **37½ Milliarden Mark** erwartet. Das ist ein Betrag, der für sich allein schon die Ausgaben des ordentlichen Haushalts von etwa 39½ Milliarden Mark fast völlig deckt. Die deutsche Regierung ist aber in der **Besteuerung schon bis an die Grenze des Möglichen** gegangen. Dabei ist sie von der Erwägung geleitet, daß jede Verminderung der Produktion vermieden werden muß, damit nicht etwa die Anstrengungen, die Reichseinnahmen zu erhöhen, zu dem gegenteiligen Ergebnis führen.

Wir können versichern, daß die Reichsfinanzverwaltung stäng

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

dig auf die Innehaltung der größten Sparsamkeit bedacht ist. Ihre Anstrengungen sind aber auf zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Lage gestoßen. Soweit Ausgaben infolge des Krieges und der Bedingungen des Waffenstillstands- und Friedensvertrags notwendig geworden sind, lassen sich Ersparnisse nicht erzielen. Allein für die beiden Rechnungsjahre 1919 und 1920 mußten die Kosten der Durchführung des Friedensvertrags mit **47 Milliarden Mark** eingesetzt werden. Die Unterhaltung des Deutschland auferlegten Söldnerheeres erfordert weit größere Ausgaben als ein Heer auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. Alle diese Lasten sind von einem in seinen Grenzen und seinem Erwerbsleben wesentlich beschränkten Wirtschaftskörper zu tragen. Auf der andern Seite machten die Zustände der Ernährung und Kleidung, sowie die Entblößung des Landes von Rohstoffen eine sehr erhebliche Einfuhr dringend erforderlich. Die allgemeine Teuerung kam für Deutschland in einem ungewöhnlichen Maße zur Geltung durch die fast völlige Entwertung des deutschen Geldes. Auf die Ursachen des Zusammenbruchs der deutschen Valuta kann ich an dieser Stelle nicht eingehen. Es ist dies ein Teil des großen allgemeinen Problems, dem ein so hervorragender Platz in den Untersuchungen dieser Kommission eingeräumt wurde. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ohne Würdigung des Sturzes der deutschen Mark, der insbesondere seit einem Jahre eingetreten ist, die Entwicklung der deutschen Reichsfinanzen nicht zu verstehen wäre. Das Anschwellen aller Ziffern des vorliegenden Finanzberichts erklärt sich in erster Linie dadurch, daß infolge der sprunghaften Entwertung der Reichsmark, die ihren vorläufigen Tiefstand im Februar und März dieses Jahres erreicht hat, **alle Warenpreise in Deutschland um das Vielfache gestiegen** sind. **Löhne und Gehälter** mußten entsprechend folgen. Dann sind auch die Reichsausgaben in einem Maße gewachsen, daß es nicht möglich war, mit der Vorsorge für entsprechende Einnahmen gleichen Schritt zu halten. Nur so ist auch der anscheinend unerklärliche Fehlbetrag der Reichseisenbahnen und der Post zu verstehen. Die deutsche Regierung, eingedenk des Grundsatzes, daß zum mindesten alle Ausgaben der Regierungsbetriebe aus den Einnahmen dieser Dienstzweige gedeckt werden müßten, hat mehrmals die Tarife sehr wesentlich erhöht. Alle diese Tarife haben aber bei weitem nicht den Zweck erfüllt, die um ein Vielfaches gestiegenen Ausgaben dieser Betriebe zu decken. Mit der Entwertung der Mark im Auslande ist das Anwachsen des Papiergeldumlaufs in Deutschland in engem Zusammenhange. Die jetzige Schuld des Reiches von 240 Milliarden Mark setzt sich zum größten Teil, nämlich mit **142 Milliarden Mark aus schwebenden Verpflichtungen** zusammen. Da der Betrag der neu eingeführten Steuern wegen der Schwierigkeiten in der Organisation und der Erhebung nur allmählich eingeht, hat die Reichsregierung bislang für einen großen Teil des Geldbedarfs keine andre Möglichkeit der Deckung gehabt als die Diskontierung von Schatzanweisungen bei der Reichsbank. Ein gewisser Betrag dieser Schatzanweisungen ist sogleich durch das ersparte Kapital oder durch sonstige verfügbare Gelder aufgenommen worden, aber ein erheblicher Teil davon ist bei der Reichsbank verblieben, die infolgedessen den Paiergeldumlauf wesentlich erhöhen mußte. Mit den wachsenden Steuereingängen hoffen wir, die Notenerzeugung zum Stillstand zu bringen und dann auch der Valutaverschlechterung entgegenwirken zu können.

Trotz der bestehenden unerfreulichen Verhältnisse halten wir jedoch **Deutschlands finanzielle Lage nicht für verzweifelt.** Wer unbefangen die Zustände prüft, wird finden, daß Deutschland allmählich zur Ordnung zurückkehrt, und daß erfreulicherweise auch der Wille zur Arbeit überall im Lande sich wieder kräftig regt. Daraus schöpft die deutsche Regierung das Vertrauen, daß bei Beobachtung der größten Sparsamkeit das Land in der Lage sein wird, allmählich aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen wieder herauszukommen, insofern diese durch die Eigenart der inneren Lage verursacht worden sind. Um aber wirklich wieder lebensfähig zu werden und die Währungsverhältnisse zu stabilisieren und den internationalen Verpflichtungen in verständiger Weise nachkommen zu können, muß **Deutschland in seinem wirtschaftlichen Leben mindestens soweit gehoben werden, daß es an dem Weltverkehr wieder in aktiver Weise teilnehmen kann.** Unser Ziel muß sein, mit dem enormen Passivum der deutschen Handelsbilanz aufzuräumen und eine erhebliche aktive Bilanz zu schaffen. Darin liegt die einzige Möglichkeit, die auf uns lastenden Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist eine ungeheure Aufgabe, zu deren Lösung die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands allein nicht ausreichen. Wir können das uns vorschwebende Ziel nur in verständnisvoller Zusammenarbeit mit allen erreichen, die auf eine Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in dem zerrütteten Europa oder vielmehr in der ganzen Welt hinarbeiten.

Die Weißenseer kommunistische K.-O. vor dem Ausnahmegericht.

Sechster Verhandlungstag.

Die Zeugen Kriminalwachtmeister Bloch und Schomburg hatten auf Veranlassung des Kriminalkommissars Maßlow den Angeklagten Falk in den „Prälaten" am Alexanderplatz zum Essen geführt. Die Zeugen erklären, daß dies nur zweimal geschehen sei, und zwar habe die Zeche jedesmal etwa 15 Mk. betragen. Die Zeugen Scherber, Fotenhauer und Kintscher waren Mitglieder der Einwohnerwehr. Sie geben an, daß nach Auflösung der Einwohnerwehr sich in Weißensee der „Klub 98" gebildet habe. Dieser Klub habe sich später der **Selbstschutzorganisation Groß-Berlin angeschlossen.** Die Zeugen erklären, daß sie nicht im Besitz von Waffen (?) sind. Sie können auch keine näheren Angaben darüber machen, ob der „Klub 98" in den vielbesprochenen Missionslauben in Weißensee oder sonstwo ein Waffenlager habe. Die auf Veranlassung der Verteidigung geladene Zeugin Gastwirtin Malotzky gibt an, daß nach der Schießerei in Weißensee ein Mann zu ihr ins Lokal gekommen sei, der ihr ein Paket übergab, in dem sich Waffen befanden. Sie hatte sofort den Eindruck, daß der Mann ein Spitzel sei, der die Waffen auf diese Weise bei ihr einschmuggeln wollte, um sie dann später von der Polizei bei ihr „finden" zu lassen. Der Zeuge Gemeindearbeiter Bassin bestätigt diese Angaben und führt mehrere Fälle an, wo in Weißensee in **Arbeiterlokalen nach der Schießerei Waffen angeboten worden sind, die nur von Spitzeln herrühren können.**

Es wird dann die Stiefmutter und Stiefschwester des Zeugen Liebs vernommen, die über den vom Angeklagten Liebs angetretenen Alibibeweis Angaben machen. Der Zeuge Schubert gibt an, daß er Bezirksführer bei der KAPD. ist. Er gibt über die Bildung der Kampforganisation während des Kapp-Putsches und deren Auflösung nähere Auskunft.

Nach der Mittagspause kommt es zu einem **heftigen Zusammenstoß** zwischen dem Verteidiger Dr. Lamp und dem Vorsitzenden. R.-A. Lamp sagt: Ich möchte von einem schweren Vergehen, dessen sich der Vorsitzende dieses Gerichts schuldig gemacht hat, Mitteilung machen. Das Gericht hatte zu Beginn dieser Verhandlung auf Veranlassung der Verteidigung beschlossen, die von der Staatsanwaltschaft dem Gericht zur Verfügung gestellte **Niederschrift nicht zu benutzen.** Die 24 Arbeiter auf der Anklagebank haben dieser Versicherung des Gerichts Glauben geschenkt. Ich habe nunmehr festzustellen, daß diese 24 Arbeiter von den Richtern belogen und betrogen worden sind, denn diese haben das heilige Versprechen, das sie abgegeben haben, gebrochen. Ich habe festgestellt, daß der **Vorsitzende an den Rand dieses Aktenstückes 71 Anmerkungen gemacht** hat. Nach diesen Feststellungen glaube ich dem Herrn Vorsitzenden nicht mehr und stelle hiermit den Antrag auf **Ablehnung des Vorsitzenden wegen Befangenheit.** Der Vorsitzende versuchte in begütigendem Tone die Sache als harmlos hinzustellen, da er als Vorsitzender und **Träger der Verhandlung es nicht nötig habe, die kurzen Aufzeichnungen der Staatsanwaltschaft zu benutzen.** Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung erklärt der Verteidiger Lamp, daß er kein Vertrauen mehr zu dem Vorsitzenden habe, da er das Wort gebrochen habe. Der Vorsitzende verwahrt sich gegen verschiedene scharfe Ausdrücke des Verteidigers und erklärte u. a., daß er nichts von geheimen Akten wisse. R.-A. Lamp erwidert darauf: „Ja, das sagen Sie jetzt, aber: **„wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!"**

Nach kurzer Beratung **lehnt das Gericht den Antrag** des Verteidigers Lamp **ab.** Der Vorsitzende gibt dann die amtliche Erklärung ab, daß er von dem sachlichen Inhalt des Schriftstückes keine Kenntnis genommen habe. Auch müsse er mit aller Entschiedenheit die ungehörigen Ausführungen des Verteidigers Lamp zurückweisen.

In einem kurzen Plaidoyer gibt der Staatsanwalt eine gedrängte Darstellung über den Verlauf und das Ergebnis der Beweisaufnahme. Er beantragt dann gegen Liebs 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Dolny 1 Jahr Gefängnis, Zilisky 1 Jahr Gefängnis, Falk 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Voß 1 Jahr Gefängnis, General 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und zur Beobachtung seines Geisteszustandes Ueberführung ins Irrenhaus, Wrba 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Paul Franz 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Krüger 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Gastwirt Dröger wegen Beihilfe 6 Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Michaelis, den er als geistigen Leiter des Vergehens bezeichnete, **2 Jahre Zuchthaus.** Für die Angeklagten Kaatz, Schulze, Mehlberg, Götze, Stern, Winter, Burkert, Pfeifer, Behlow, Dochow, Jakob, Ernst Franz und Coall beantragte er Freisprechung.

Die Plaidoyers der Verteidiger

zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Der Verteidiger Justizrat Broh hatte im Verlauf seiner zweistündigen Ausführungen einen harten **Zusammenstoß mit dem Gericht.** Auf Antrag des Staatsanwalts wurde er zu **100 Mk. Ordnungsstrafe** verurteilt, weil er erklärt hatte, daß die Vernehmungsprotokolle auf eine ekelhafte Weise zustandegekommen wären. Als er diese Ordnungsstrafe als eine Taktlosigkeit des Gerichts bezeichnete, wurde er **nochmals zu der gleichen Ordnungsstrafe** verurteilt. — Der Verteidiger Justizrat Fränkl sowie die Verteidiger Rechtsanwälte Dr. Bönheim und Dr. Weinberg legten in ruhiger, sachlicher Weise ihre Gründe dar, aus denen das Gericht zu einer Freisprechung sämtlicher Angeklagten kommen müsse. Sie betonten übereinstimmend, daß es der Anklagebehörde bei Einleitung des Verfahrens nicht darauf angekommen ist, die Personen der Angeklagten zu treffen, sondern vielmehr darauf, den Prozeß **gegen die K. P. D.** und gegen die in der Phantasie der Polizeibehörde existierende **rote Armee zu führen.** Der Prozeß sollte auf diese Weise **zu einer großen politischen Aktion gemacht werden,** jedoch sei diese **Absicht** durch den Verlauf der Verhandlung **zunichte gemacht** worden. Es sei bezeichnend, daß der Staatsanwalt für seine Anklage **keinerlei Beweismaterial** erbringen konnte, und daß die Aussagen der Angeklagten in der Voruntersuchung und die von der politischen Polizei aufgenommenen Protokolle als alleinige Verhandlungsunterlagen dienen mußten. Die Verteidiger appellierten nochmals an das Rechtsempfinden des Gerichts, sich als **nicht zuständig** zu erklären und das **Verfahren aufzuheben.** Sie kamen zu dem Schluß, daß sämtliche **Angeklagte freigesprochen werden müßten.** Zu dem gleichen Ergebnis kam der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Lamp.

Nach kurzer Beratung erklärte das Gericht, daß die **Urteilsverkündung** Dienstagvormittag erfolgen werde.

Das Urteil im Weißenseer Kommunistenprozeß.

Berlin, 28. September. In dem Prozeß gegen die Angehörigen der Weißenseer K.-O. wurde heute das Urteil gefällt. Von den 24 Angeklagten wurden 17 freigesprochen, 7 zu Gefängnisstrafen von einem Jahre 9 Monaten bis zu 6 Monaten verurteilt. Verurteilt wurden: Michaelis zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 9 Monaten, Falk zu 1 Jahr Gefängnis, Liebs und Paul Franz zu 9 Monaten Gefängnis, Dolny, Voß und Krüger zu 6 Monaten Gefängnis. Alle Angeklagten, die nur durch den Angeklagten Falk belastet wurden, ferner drei Angeklagte, an deren Zurechnungsfähigkeit begründete Zweifel vorlagen, wurden freigesprochen. Nur ein Angeklagter bleibt noch weiter in Haft. Freigesprochen wurden die Angeklagten Kapp, Schulze, Melberg, Götze, Stern, Winter, Burpert, Preiser, Wedow, Dochow, Jacob, Ernst, Franz und Poall gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, und ferner die Angeklagten Zilinski und General infolge Zweifels an ihrer Zurechnungsfähigkeit, sowie Dröger und Wrba.

Der Krieg im Osten.

Radek über den russisch-polnischen Krieg.

In einem Interview mit dem Vertreter des Unabhängigen Zeitungsdienstes äußerte sich Radek über den Krieg mit Polen. Die Entente hat weder die Siege noch die Niederlagen der Roten Armee ihren Ursachen nach begriffen. Sie hofft nach jedem Mißerfolg der Roten Armee auf den Zusammenbruch der Sowjetmacht und hält anderseits völlig inkonsequent nach jedem Erfolg das neue Rußland für unbesiegbar. Die bürgerliche Welt findet keine natürliche Erklärung für die Erfolge und die Rückschläge Sowjet-Rußlands, das als ein mystisches Wesen gilt. Radek nennt die natürlichen Gründe der russischen Erfolge und Fehlschläge. Rußland verfügt über die größere Zahl von Kämpfern und Hilfskräften. Auf der russischen Seite ist der Vorteil der inneren Linie. Auch die Militärindustrie der Sowjet-Republik ist seit 1919 leistungsfähiger, als 1917/18 unter zaristischer Verwaltung. Die Roten Truppen sind in 40 Tagen 600 Werst vorgedrungen. Dieses schnelle Vorwärtsdrängen macht eine vorübergehende Rückwärtsbewegung leicht erklärlich. Der Raumverlust beträgt 200 Werst, während 400 Werst noch fest in den Händen der Roten Truppen sind. **Die Lage dürfte sich in kurzem noch zugunsten Rußlands verbessern,** da Rußland große Reserven hat, weil es infolge der Verkehrslage unmöglich ist, mehr als ein Zehntel des Heeres an die Front zu senden. Die Rote Armee weiß, daß die Arbeiter- und Bauernregierung lieber Sensen, als Kanonen fabrizieren würde. Die Truppen sind sich bewußt, daß sie für ihre eigene Sache kämpfen, und ihr Geist ist dem aller andern Heere überlegen. Wenn Polen in Riga einen Frieden sucht, der frei von imperialistischen Interessen ist, so wird Rußland zustimmen. Zur Abwehr fremder Eroberungsgelüste **scheut Rußland vor keinem Winterfeldzug zurück.** Die Rote Armee wird von neuen Siegen und mit der Revolution das Ende des bürgerlichen Polens herbeiführen.

Abbruch der Rigaer Konferenz.

Haag, 28. Sept. (TU.) Die **Rigaer Konferenz** ist am 25. 9. abgebrochen worden und zwar auf Wunsch der russischen Delegation, weil der **Präsident der russischen Militärdelegation plötzlich gestorben** ist.

Riga, 28. Sept. (TU.) Der polnische Friedensdelegierte Dombski erklärte mit großem Nachdruck, daß die **Entwaffnungsfrage als Garantie für den Frieden für Polen aktuell sei.** Eine bessere Garantie zur Vermeidung eines künftigen Krieges sei jedoch die friedliche Verständigung. Daher lege Polen weniger Gewicht auf die Entwaffnungsfrage, als auf die endgültige Beseitigung der Kriegsursachen.

Die Forderung der Petljura-Regierung.

O. E. Riga, 28. Sept. In Anbetracht der Weigerung Joffes, mit einem Vertreter der Petljura-Regierung in Riga zu verhandeln, gab der Vorsitzende der gleichzeitig mit den Sowjet-ukrainischen Vertretern inoffiziell in Riga anwesenden nationalukrainischen Delegation Tschekuschin im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung ab: Tschitscherin hat die Ukraine für selbständig erklärt. Das ist eine Lüge. Gegenwärtig wird die Ukraine von Moskau aus regiert. Die Sowjetukraine ist eine Fiktion. Wir werden alles tun, damit die Delegation, die als wirkliche Vertreterin der Ukraine angesehen werden muß, zu den Rigaer Verhandlungen zugelassen wird.

Fortschritte der polnischen Offensive.

Den polnischen Heeresberichten ist folgendes zu entnehmen: Die Schlacht **am Pripjet** dauert weiter an und nimmt **einen für die Polen günstigen Verlauf.** Der Feind ist auf der ganzen Linie im vollen Rückzuge, leistet jedoch sehr oft noch äußerst hartnäckigen Widerstand. Die polnischen Truppen nähern sich dem Fluß Szozary. Unsre Abteilungen, die in der **Richtung von Pinsk** vorrückten, nahmen Drohiczin ein. Im Norden erreichten unsre Truppen teilweise die Linien des Flusses Stara. Im Gebiet von Grodno dauert die Verfolgung des weichenden Feindes an. Oestlich von Kowno warf unsre Kavallerie feindliche Abteilungen auf das rechte Ufer des Horynin zurück und nahm Korzco. Die ukrainische Armee, die östlich von Zbrucz operiert, nahm mit unserer Hilfe Plomakirow und Staro-Konstantinow ein.

Neue Vorstöße Wrangels.

Kopenhagen, 28. September. Nach einem Telegramm aus Sebastopol hat General Wrangel **die Bolschewisten** nördlich von Alexandrowsk **angegriffen. Mehrere bolschewistische Heeresabteilungen haben kapituliert.** Die Kavallerie Wrangels hat den **Dnjepr** in der Gegend von Khortitza **überschritten. Drei Städte** in den Departements von Poltawa und Jekaterinoslaw sind **besetzt.**

Nach einer Meldung, die aus Reval kommt, sollen im Kuban-Gebiet vier rote Divisionen (?) geschlossen zu den Kosaken übergetreten sein, die sich gegen die Bolschewisten erhoben hätten.

Konflikt zwischen Wilson und dem Kongreß.

TU. Basel, 28. September. Präsident **Wilson** ist in einen schweren **Konflikt mit dem Kongreß** geraten, durch die Ankündigung, daß er die durch **Annahme der neuen Seehandelsbill verlangte Kündigung von 32 Handelsverträgen nicht vornehmen will,** da diese Forderung die konstitutionellen Rechte des Kongresses überschreite und seine eigenen Vorrechte verletzt. Die Kündigungen würden übrigens eine Verletzung der Vertragspflicht der Vereinigten Staaten bedeuten. Das amerikanische **Staatsdepartement unterstützt Wilson** in seiner Weigerung. Es erklärt, daß die Verwirklichung des Gesetzes eine einschneidende Wirkung in den Schiffahrtskreisen zwischen Amerika und den auswärtigen Nationen, besonders Japan, zur Folge haben werde. Die Vereinigten Staaten seien gegenwärtig **nicht in der Lage, einen Handelskrieg führen zu können.** Die Republikaner greifen Wilson heftig an und erklären, das Gesetz restlos zur Durchführung zu bringen.

Besetzung eines königlichen Landgutes durch italienische Landarbeiter.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Rückgabe der besetzten Fabriken an die Besitzer vollzieht sich überall ohne ernste Zwischenfälle. Anderseits dehnen sich die Besetzungen der Latifundien immer weiter aus. 2000 mit Gewehren bewaffnete Landarbeiter besetzten das größte der königlichen Landgüter Cradiziello in der Provinz Neapel.

Die Räumung der italienischen Fabriken.

Rom, 28. Sept. (Stefani.) Der Ausschuß des **italienischen Metallarbeiterverbandes** veröffentlicht eine Mitteilung, die besagt, daß die **allgemeine Abstimmung** in 133 Abteilungen **127 904 Stimmen für** und **44 531 Stimmen gegen das Abkommen von Rom** bei 3006 Stimmenthaltungen ergeben habe. Da die **wichtigsten Industrien von Ligurien, Neapel, Turin, Mailand** und **Florenz bereits abgestimmt** haben, kann das **Ergebnis nicht mehr geändert** werden. Der Ausschuß fordert demgemäß dazu auf, daß die Arbeiter die **Fabriken** nach vollständiger Instandsetzung vom Montag an **räumen** und die regelmäßige **Arbeit spätestens am 4. Oktober wieder aufnehmen.** Arbeiterausschüsse werden **den Industriellen die Fabriken wieder übergeben** und Abmachungen über die Wiederaufnahme der Arbeit mit ihnen treffen. Aus Zeitungsnachrichten geht hervor, daß **zahlreiche Fabriken bereits geräumt** sind.

Die Verhandlungen zwischen den englischen Bergarbeitern und den Unternehmern.

Paris, 28. September. Nach einer Matinmeldung aus London sollen bei den **Verhandlungen der Unternehmer- und Arbeitnehmervertreter** gestern **sehr gute Fortschritte** erzielt worden sein.

Kleine Auslandsnachrichten.

Verschärfung der Lage in Irland.

Nach einer Matinmeldung aus London werden die **Nachrichten aus Irland immer ernster und bedrohlicher.** In Cork fand heute Nacht eine sehr **starke Explosion** statt, die das ganze Zentrum der Stadt schwer erschütterte. Kurz darauf hörte man lebhafte weitere Detonationen und **schweres Maschinengewehrfeuer.** Ein ganzes Haus ist in die Luft geflogen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt. — Bei einem Zusammenstoß zwischen **Katholiken und Protestanten** wurden in Belfast 25 Personen **verwundet.** — Bei Trim griff eine bewaffnete Bande eine Polizeistation an. Ein Polizeibeamter wurde lebensgefährlich verletzt. Eine Anzahl von Polizisten, die nach ihrer Baracke zurückkehrten, wurden mit Revolvern solange in Schach gehalten, bis die **Baracke abgebrannt war. Aus Rache steckten die Polizisten darauf etwa 30 Häuser von Trim in Brand.**

Ein englischer Flottenstützpunkt in Konstanza? Wie der Tel.-Union gemeldet wird, will man in Rumänien von einem Plane Englands Kenntnis erhalten haben, aus Konstanza eine englische Flottenbasis zu machen. Die rumänische Presse ist über diese Absicht Englands sehr aufgebracht.

Russische Diamanten und russisches Gold. Wie der New York Herald aus San Francisco meldet, sind im Besitz eines russischen Heizers eines aus Wladiwostok kommenden Transportdampfers 15 Diamanten, die der russischen Kaiserfamilie gehört haben, gefunden worden. — Nach der Londoner Times haben verschiedene schwedische Handelshäuser, die von Sowjetrußland Gold in Zahlung genommen hatten, festgestellt, daß das Gold Bismut und andere Legierungen enthielt, sodaß der Wert um 18 Proz. vermindert war.

Das Attentat auf das Bankhaus Morgan. Die Morningpost meldet aus Neuyork: Die **verhafteten zwei Mitglieder des revolutionären Arbeiterbundes haben gestanden, im russischen Auftrag (?) und mit russischem Gelde das Bombenattentat vor dem Bankhaus Morgan ausgeführt** zu haben.

Klara Zetkin in Moskau. Nach einer Meldung aus Moskau ist die deutsche Kommunistin Klara Zetkin dort eingetroffen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

2000 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 26. d. M. sind aus einem Raume der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Leipzig-Möckern, Gustav-Kühn-Straße, gestohlen worden:

1 Schreibmaschine „Underwood" Nr. 373691
1 Schreibmaschine „Mercedes" Nr. 23077
1 Schreibmaschine „Mercedes" Nr. 27293 und
1 Rechenmaschine System H.&H., 9×9×13, Nr. 1560

Auf Wiedererlangung der gestohlenen Maschinen werden von der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt 2000 Mark Belohnung ausgesetzt, deren Verteilung unter Ausschluß des Rechtsweges nach billigem Ermessen des Vorstandes der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt erfolgt.

Sachdienliche Mitteilungen erbittet schnellstens zu Kr. V. A. III 2029.20.

Leipzig, den 28. September 1920.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Taucha Der Sommerfelder Ortsverbindungsweg bleibt wegen Neubeschotterung vom 30. September bis 9. Oktober 1920 für allen Durchgangsfahrverkehr gesperrt.

Der Rat der Stadt Taucha.

3000 Mark Belohnung!

Am 27. September d. J., vormittags 11 Uhr, sind aus einem Rauchwarengeschäft im Brühl

2 rohe Blaufuchsfelle im Werte von 16500 Mk.

gestohlen worden.

Als Täter kommt in Frage ein Unbekannter, der etwa 24—30 Jahre alt, ungefähr 1,89—1,90 m groß, schlank, bartlos, blond, mit langem, schmalem Gesicht und langer Nase, der mit einem eleganten, dunklen Anzug, modernem Gummimantel und schwarzem, steifem Filzhut bekleidet war und eine graugrüne Reisetasche mit sich führte.

Die geschädigte Firma setzt auf Ermittelung des Täters 1000 Mk. und auf Wiedererlangung der gestohlenen Felle 2000 Mk. als Belohnung aus.

Sachdienliche Beobachtungen wolle man schnellstens der Kriminal-Abteilung mitteilen zu Kr. V. A. I 2719.20.

Leipzig, den 28. September 1920.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Markranstädt In der Woche vom 11. bis 19. Oktober sind für Lebensmittel folgende Kartenabschnitte bis Donnerstag 1 Uhr abzugeben: Nr. 106 ½ Pfund Kochmehl, S 1 A 2 Pakete Weizenmehl, S 2 A 1 Pfd. Weizenmehl, S 2 1 1 Paket Panin, S M G 1 Pfd. Weizenmehl, S M 7 2 Pakete Haferflocken.

Markranstädt, am 28. September 1920.

Der Stadtrat.

Mit dem 1. Oktober 1920 treten für Gräber auf den städtischen Friedhöfen folgende Gebührensätze in Kraft:

I. für eine Wahlstelle auf dem Südfriedhof . . . . . 4150.— Mk.
für eine Wahlstelle auf dem Südfriedhof im Hain . . . . . 1600.— Mk.
II. für ein Erbbegräbnis oder eine Wandstelle auf 100 Jahre auf dem Süd-, Johannis- und Nordfriedhofe . . . . . 2500.— Mk.
für ein Erbbegräbnis a. 100 Jahre mit 6 Plätzen a. d. Trinitatis- und Sellerhäuser Friedhof . 2100.— Mk.
für ein Erbbegräbnis a. 100 Jahre mit 4 Plätzen a. d. Trinitatisfriedhof . . . . . 700.— Mk.
für ein Erbbegräbnis a. 100 Jahre mit 3 Plätzen a. d. Trinitatisfriedhof . . . . . 550.— Mk.
für ein Erbbegräbnis a. 100 Jahre mit 2 Plätzen a. d. Trinitatisfriedhof . . . . . 400.— Mk.
für ein Erbbegräbnis a. 100 Jahre auf den Friedhöfen in Leipzig-Eutritzsch u. L.-Kleinzschocher 1100.— Mk.
für eine Wandstelle auf 30 Jahre auf dem Friedhof L.-Möckern 250.— Mk.
III. für ein Rabattengrab a. 30 Jahre
1. auf dem Südfriedhof, an der Kapellenstraße . . . 550.— Mk.
2. auf dem Südfriedhof, im Urnenhain . . . . . 350.— Mk.
3. auf dem Süd-, Johannis- und Nordfriedhofe . . . 250.— Mk.
4. auf d. Sellerhäuser-, Trinitatis-, Kleinzschocherschen, Eutritzsch. u. Möckernschen Friedhofe . . . . . 200.— Mk.
IV. für Reihengräber auf allen städt. Friedhöfen
a) für ein einfach. Kindergrab 6.— Mk.
für ein einfaches Grab für Erwachsene . . . . . 15.— Mk.
b) für ein Kindergrab mit doppelter Tiefe . . . 12.— Mk.
für ein Grab f. Erwachsene mit doppelter Tiefe . 85.— Mk.
c) für Öffnen ein. Kindergrab. 4.— Mk.
für Öffnen eines Grabes für Erwachsene . . . 12.— Mk.

Die jährlichen Verschonungsgebühren betragen:
zu III 1—4 18.50, 12.—, 8.50, 7.— Mk.
zu IV a/b 0.75, 1.— und 1.25 Mk.

Die Grabgebührenordnung hängt zur Einsichtnahme im Friedhofsamt, Stadthaus, Zimmer 604, aus.

Leipzig, am 28. September 1920.
Friedh.-A. 254. **Der Rat der Stadt Leipzig.**

Arbeiterfrauen! Beruft Euch bei Euren Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung!

Neues Theater.

Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1415.

Mittwoch, den 29. September 1920
221. Anrechts-Vorstellung (5. Folge, blau)
Madame Butterfly.
(Die kleine Frau Schmetterling.)
Oper in 3 Akten, nach J. L. Long und D. Belasco von L. Illica und G. Giacosa, deutsch von Alfred Brüggemann.
Musik von Giacomo Puccini.
(Ohne Ouvertüre.)
Musikal. Leitung: Alfr. Szendrei. In Szene gesetzt von Karl Schäfer.
Personen: Cho-Cho-San, genannt Butterfly (Klara Hansen-Schulitzki); Suzuki, Butterflys Dienerin (Elisabeth Merklein); Kate Linkerton (Nakia Engert); B. F. Linkerton, Leutnant in der Marine der Vereinigten Staaten von Amerika (Hans Lißmann); Sharpless, Konsul der Vereinigten Staaten in Nagasaki (Ernst Possonn); Goro Nakado (Walter Eischner); Der Fürst Yamadori (Alfred Vorgt); Onkel Bonze (Otto Salymann); Yakusidé (Alois Rothkappel); Der Kaiserliche Kommissär (Emil Herveling); Der Standesbeamte (Ludwig Wippel); Die Mutter Butterflys (Meta Hermann); Die Base (Luise Pohle); Die Tante (Martha Walter); Zwei Diener (Heinrich Scholz, Bernhard Mehlhorn)
Ort der Handlung: Nagasaki — Zeit: Gegenwart.
Opernpreise. Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9¼ Uhr.
Studenten- und Schülerkarten ungültig.
Donnerstag, den 30. September: 222. Anrechts-Vorstellung (6. Folge, gelb): Don Juan. Anfang 6½ Uhr.
Freitag, den 1. Oktober: 223. Anrechts-Vorstellung (1. Folge, grün): Zar und Zimmermann. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.

Mittwoch, den 29. September 1920
Der Kaufmann von Venedig.
Lustspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Uebersetzt von A. W. v. Schlegel. Musik von Engelbert Humperdinck.
In Szene gesetzt von Dr. Alwin Kronacher.
Personen: Der Doge von Venedig (Wilhelm Engel); Prinz von Marocco, Prinz von Arragon, Freier der Porzia (Lothar Körner, Alfred Schlageter); Antonio, der Kaufmann von Venedig (Fritz Neiff); Bassanio, sein Freund (Luy Altschul); Solanio, Salarino, Graziano, Freunde des Antonio (Adolf Winds, Werner Hartmann, H. Hubner); Lorenzo, Liebhaber der Jessika (H. Zeise-Gött); Shylock, ein Jude (E. Schindler); Tubal, ein Jude, sein Freund (Karl Huth); Launcelot Gobbo, Shylocks Diener (Eugen Aberer); Der alte Gobbo, Launcelots Vater (Karl Ekert); Salerio, ein Bote von Venedig (Odo. Berger); Leonharda, Bassanios Diener (Günther Paris); Balthasar, Stefano, Porzias Diener (Arr. Niklas, Friedr. Liebmann); Porzia, eine reiche Erbin (M. Otto-Morgenstern); Nerissa, ihre Begleiterin (Agnes del Sarto); Jessika, Shylocks Tochter (Marianne Kupfer); Ein Schreiber (Gustav Colmar).
Senatoren von Venedig, Bediente und anderes Gefolge.
Die Szene spielt teils zu Venedig, teils zu Belmont, Porzias Landsitz.
Pause nach dem 3. Akt.
Gewöhnliche Preise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer).
Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende ungefähr 10¼ Uhr.
Donnerstag, den 30. September: Keine öffentliche Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Freitag, den 1. Oktober: Das laute Geheimnis. Anfang 7½ Uhr.

Theater in der Elsterstraße 42, Kammerspiele. Fernr. 12300.
Gastspiel des Berliner Residenz-Theaters.
Mittwoch, den 29. September, nachm. 4 Uhr
zu kleinen Preisen: **Märchen-Vorstellung:**
Aschenbrödels goldener Pantoffel.
abends 7½ Uhr:
Neu einstudiert!
Evchen Humbrecht
Sittenschauspiel in 5 Akten nach H. L. Wagner.
Sonnabend 4 Uhr
zu kl. Preisen: **Aschenbrödels goldener Pantoffel.**
Donnerstag, Freitag, 7½ Uhr: **Evchen Humbrecht.**
Vorverkauf: Polich, Coppius, Dietrich und an der Kasse.

Drei Linden
Täglich abends ½8 Uhr:
Der glänzende Varieté-Spielplan.
10 Attraktionen.
U. a.:
6 Original-Grunathos
M. Kara — La Paquita
Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543), Th. Altholf, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Battenberg
Varieté. Täglich abends ½8 Uhr: **Nur noch einige Tage** Das mit **grossem Beifall** aufgenommene **September-Varieté-Programm**
Theater. Abends ½8 Uhr: **„Nur kein Platzregen"** Schwank in 3 Akten von S. Sutz. Morgen: **„Nur kein Platzregen."**
Vorverk.: Tagesk. Zig.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Weinpalast Eden
Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.
Täglich Moderne Tanzaufführungen

Volkshaus
Kaffee Kuchen — Küche Keller
Morgen Donnerstag von abds. ½7 Uhr an
Großes Volks-Ballfest

Sanssouci Morgen ab ½7 Uhr, Sonntag ab ½5 Uhr **Ball**

Wallruth
CIGARETTEN-FABRIK
Wallruth Comp.
STUTTGART.
WALRUTH COMP. STUTTGART CIGARETTEN

Generalvertreter:
Alex Gottschalk, Leipzig-Gohlis
Lothringer Str. 45 .·. Fernspr. 50823

Infolge des
Preissturzes
hatte ich Gelegenheit, einen grossen Posten
Gardinen
Stores, Bettdecken, Scheibengardinen usw. billig zu erwerben und stelle ich diese Waren zum
Reklame-Verkauf
zu sehr billigen Preisen. Ich offeriere:

Künstlergardinen 3teilig . . Mk.	**95.-**	**135.-**	**165.-**	**195.-**
Madras-Gardinen 3teilig . . Mk.	**190.-**	**220.-**	**265.-**	**285.-**
Halbstores mit Volant . . . Mk.	**58.-**	**72.-**	**88.-**	**105.-**
Gardinen vom Stück, 50 bis 70 cm breit . . . . . Meter Mk.	**3.50**	**5.50**	**7.75**	**11.-**
Gardinenmull doppelbreit . . . Meter Mk.	**23.-**	**29.50**		**36.-**
Scheibengardinen abgepasste Stück Mk.	**3.50**	**5.50**	**6.25**	**8.50**

Tüll-Bettdecken einbett. von Mk. **45.-** zweibett. von Mk. **95.-** an
Ferner sehr billige Preise in
Teppichen, Steppdecken, Tisch- und Diwandecken.
Gardinen- und Teppichhaus
Arthur Häusler
Eisenbahnstrasse 61.

Astg. Herren-Arbeitsschnürstiefel mit Doppelsohle und Ablaufeisen, Gr. 40/46, Paar ℳ 140.— **Leichtere Herren-, Damen- und Kinderstiefel** in allen Größen billigst. Versand n. auswärts u. Nachnahme. **J. Coffield,** Schönefeld, Taubestr. 37, I. [*

Haut-, Geschlechts- u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Deri,** nicht approbiert, Mitgl. naturwiss. Gesellsch. **Leipzig, Kurprinzstr. 5,** Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. [*

Offene Beine, Unterschenkelgeschwüre, **Krampfadernschäden** behandelt nach bewährter Methode **Apotheker Hauptmann,** L.-Gohlis, Marbachstraße 2, Straßenbahn 6. Sprechzeit 10—1, 3—5. Sonnt. vorm.

Neues Operetten-Theater.

Bosestraße. (Nachdruck verboten.) Fernruf 2484.

Mittwoch, den 29. September 1920
Der Rodelzigeuner.
Operette in 3 Akten von Leo Kastner. Musik von Joseph Snaga.
In Szene gesetzt von L. Habit. Musikal. Leitung: Dr. Max Hochsofer.
Personen: Iwo Salowitsch, ein reicher Starost (Rudolf Ander); Winko von Verdszh, sein Neffe, Oberleutnant (Ernst Badekow); Frau Dr. Eulalia Pettenkofen (Emmy Navarra); Wanda, Hofopernsängerin, ihre Stieftochter (Ena Döhle); Pepi Willner (Frieda Reily); Gustav von Neuhoff, Adjunkt (Rudi Gfaller); Kurt Degenhardt, Kommissionsrat (Willy Burg); Franzl, Diener des Winko (Karl Eichler); Jean, Oberkellner (Hermann Engelmann); Nikolin, Kastellan (Josef Trautmann); Darinka, seine Tochter (Charlotte Schoebrich); Ein alter Zigeuner (Edmund Varkó); Ein Engländer (Kurt Barbe); Dessen Frau (Ellen Kulenburg); Eine Französin (Johanna Bennewitz); Erster, Zweiter Rodler (Georg Felsegger, Hugo Müller); Erste, Zweite Rodlerin (Martha Büttner, Ellen Diedrichs); Janel, Diener (Werner Siefkens); Mihada, Diener (August Rothwold); Ein Herr (Willi Wermann); Erste, Zweite Dame (Anna Dankel, Anni Felsegger); Ein Pikkolo (Kleiner Zillinad); Ein Portier (Ellen Köhler); Ein Kellner (Karl Diehmann)
Ort der Handlung: Der 1. Akt in einem Hotel in St. Moritz (Schweiz). Der 2. und 3. Akt auf einem alten Starostensitz.
Gewöhnliche Preise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer).
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.
Studenten- und Schülerkarten ungültig.
Donnerstag, den 30. September: **Die Fledermaus.** Anfang 7½ Uhr.
Freitag, den 1. Oktober: **Der Rodelzigeuner.** Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19 Direktion: Fritz Viehweg. Fernruf 1000

Mittwoch, den 29. September 1920
Uraufführung für Deutschland!
Sumpf.
Drama in 1 Vorspiel und 3 Akten von Leopold Schwarzschild.
In Szene gesetzt von Fritz Viehweg.
Personen: Generaldirektor Ponader (Otto Stoeckel); Der General a. D. (Hanns Steiner); Geheimrat Hauchecorne (Bernh. Wildenhain); Landrat von Freiwald (Karl Kessler); Der Hauptmann (Reinh. Valsus); Der Sekretär Ponaders (Alfred Wühel); Ein Unteroffizier (Herbert Born); Willkert, Knoop, Black, Krähn, Soldaten (Paul Mederow, Georg August Koch, Adolf Braunstein, Robert Birk); Anna Wittrop (Lina Carstens); Terkov, Zotka, Arbeiter (Hans Stolle, Karl Walden).
Soldaten, Arbeiter, Arbeiterinnen.
Größere Pause nach dem 1. Akte (2. Bilde) und 2. Akte (3. Bilde).
Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Donnerstag, den 30. September: **Sumpf.** Anfang 7 Uhr.
Freitag, den 1. Oktober: **Tage des Lebens.** Anfang 7 Uhr.
Sonnabend, den 2. Oktober: **Sumpf.** Anfang 7 Uhr.
Sonntag, den 3. Oktober, nachm. 3½ Uhr: **Mutter Erde** (Einheitspreise). Abends 7 Uhr: **Sumpf.**
Montag, den 4. Oktober: **Sumpf.** Anfang 7 Uhr.
Dienstag, den 5. Oktober: **Sumpf.** Anfang 7 Uhr.
Der erste Spielabschnitt läuft vom 15. September bis 5. Oktober 1920. Bis zu diesem Tage muß die erste Marke der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein.

Bayerische Straße 8/10. **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 11111.
Leitung: Robert Oberweg.
Donnerstag, den 30. September
Geschlossen
wegen Vorbereitungen zu „Käthchen von Heilbronn".

Krystall-Palast
Zum vorletzten Male:
Der hervorragende September-Varieté-Spielplan.
Anfang ½8 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Ab 1. Oktober 1920:
Ballett Charell.

Erstklassiges Kabarett
„Libelle"
Trokadero
Windmühlenstrasse 14

Felsenkeller
Die große Welt!
Eine Stätte, in der man sich nicht langweilt.
Morgen Donnerstag, von ½7 Uhr an
Die illustrierte Ballschau!
Weltbekannte Veranstaltung.
Seit Monaten das Tagesgespräch von Leipzig.
Voranzeige: Mittwoch, den 6. Oktober
Seidel-Sänger

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. September.

Parteiangelegenheiten.

Die Vorsitzenden der Ortsvereine müssen sofort die Wahllokale zur Urwahl dem Parteisekretariat melden, da die Liste Freitag veröffentlicht wird. Der Hauptvorstand.

Sozialistische Rede- und Lesevereinigung Wahren. Donnerstag, den 30. September: Letzter Vortrag Götze. Gäste willkommen.

Gruppenrat 13, Verkehr. Donnerstag, den 30. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Proletarische Bildungsarbeit.

Nordbezirk. Heute Mittwoch, abends ½8 Uhr, im Schloß Drachenfels, Gohlis: Lichtbilder-Vortrag vom Genossen Herre über Menschwerdung.

Ostbezirk. Morgen, Donnerstag, abends ½8 Uhr, in der Grünen Schänke, Anger: Lichtbilder-Vortrag vom Genossen Dr. Voplitz über: Der Entwicklungsgedanke in der Natur.

Fortbildungsschule und Einheitsschule.

Auf dem Sächsischen Fortbildungsschultag führte Bezirksleiter Steinert über dieses Thema u. a. aus:

In sozialer Hinsicht war unsre Fortbildungsschule nicht auf der Höhe. Schon nach dem alten Gesetz hätte sie die Möglichkeit gehabt, in bezug auf die Mädchen allgemein verbindlich zu sein. Ein unberechtigtes Zugeständnis an die Gemeinden sei ein spätester Einführungstermin bis 1923. Auch im Knabenfortbildungsschulwesen klaffte eine bedeutsame Lücke. Restlos müsse Standesschul- und Berechtigungswesen beseitigt werden. Als organisches Glied der Einheitsschule, unter dasselbe Ministerium gestellt, bleibe der Fortbildungsschule auch der Zusammenhang mit der Volksschule gewahrt. Die Sackgasse nach oben muß geöffnet, der Anschluß an die Unterstufe der höheren Schulen muß durch Uebergangs- und Begabtenklassen hergestellt werden. Auch Kurse sollen den hemmungslosen Aufstieg der Tüchtigen ermöglichen. Die Berufspflichtschule hat ihr Lehrplangebäude auf dem Berufe aufzubauen, denn der Weg zum Idealmenschen führe nur über den brauchbaren Menschen. Sie wird immer mehr auf Schulwerkstätten zukommen müssen, was nicht etwa reich ausgestattete und kostbare Einrichtungen zu sein brauchten. Schulen von Zweckverbänden könnten in ländlichen Gegenden wohl Bienen- und Geflügelzucht, Obst- und Gartenbau, einfache Handgriffe der Holz und Metallbearbeitung lehren, eine Schulküche sich leisten. Sie können auch ihre Schüler in Berufsgruppen gliedern und müßten sie auch staatsbürgerlich weiter bilden. Die Seele des jungen Menschen und seine Arbeit sind wieder zu verbinden; das Leben darf für ihn nicht erst nach der Arbeit beginnen. Arbeitsfreude in ihm erzeugt, habe den Erfolg und die Würde des Menschen. Zur Lösung dieser Aufgabe bedient sich die neue Fortbildungsschule besonders vorgebildeter Lehrkräfte und beansprucht sie ihre eigenen Aufsichts- und Verwaltungsorgane.

Ueber die Stellung des Arbeiters zur Berufsschule sprach Regierungsrat Brand vom Arbeitsministerium in Dresden:

An dem zukünftigen Berufsschulgesetz habe auch die Arbeiterschaft ein bedeutendes Interesse; das Objekt der Erziehung wolle auch einmal seine Stellung äußern. Die Lehrerschaft habe es leider unterlassen, ihre Gedanken in die breite Masse zu tragen, auf der doch, da Deutschland durch Professoren nicht gerettet werde, die Zukunft des Wirtschaftslebens beruhe. Früher war der Arbeiter in der Technik nur Mittel zum Zweck, im kaufmännischen Leben eine Ziffer. Die übergroße Zahl der Unternehmer hatte an den jungen Menschen kein erziehliches, sondern nur geldliches Interesse. Wenn man die Jugend befragte, würde sie ihre Schulstunden als Qualstunden bezeichnen und die Pädagogen nicht immer als Jugendfreunde. Die alten Gesetze aber hinderten den Lehrer, an den seelischen Kern der Schüler heranzukommen, die etwas wissen wollten von Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Tarifwesen und all die Wege zur Wahrung ihrer Rechte im Wirtschaftsprozeß. Schülerräte könnten da Anregungen geben. Auch der Schularzt, alle interessierten Kreise müßten herangeholt werden; aber „sie haben die innige Fühlungnahme mit der Arbeiterschaft nicht gesucht". Diese hat sich um die Ausbildung der Jugendlichen auch wenig gekümmert. — Der Referent bestätigte im übrigen, als er Wünsche des Gewerkschaftskartells Dresden vortrug, daß der Beruf im Mittelpunkt des Unterrichts stehen, eine Verschmelzung zwischen niederen Gewerbe- und Fortbildungsschulen stattfinden müsse, daß aber engere Fühlung mit dem Wirtschaftsleben die Berufsschulen unter dem Wirtschaftsministerium hätten.

In der Aussprache wurde das Versprechen gegeben, daß bei den Vorarbeiten zum Berufsschulgesetz die Wünsche der Gewerkschaften berücksichtigt werden sollen. s.

Zwei Jahre arbeitslos.

Das Arbeitsamt schreibt uns: Die notwendige straffe Regelung der Arbeitsvermittlung, welche die Meldung jeder offenen Stelle an den Arbeitsnachweis vorsieht und die Einstellung von Arbeitskräften ohne Nachweis unterbindet, hat auch Schattenseiten. Sie zeigen sich besonders darin, daß Arbeiter, die nicht als Vollarbeiter anzusehen sind, bei der Arbeitsvermittlung fast immer leer ausgehen, da genügend vollwertige Arbeitskräfte zur Auswahl stehen. Es ist leider die erschreckende Tatsache zu verzeichnen, daß es heute eine große Zahl von Arbeitern gibt, **die hintereinander bis zu zwei Jahren arbeitslos** sind. In weiten Kreisen hat die Ansicht Platz gegriffen, daß es sich da nur um Leute handeln könne, die nicht arbeiten wollen. Diese Auffassung trifft für die hier in Frage kommenden Arbeitskräfte jedoch nur in den seltensten Fällen zu. Um dem Notstand bis zu einem gewissen Grade abzuhelfen, hat das Arbeitsamt eine besondere Abteilung eingerichtet, der die Aufgabe gestellt ist, für Unterbringung solcher männlicher Personen besorgt zu sein, die durch andere Arbeitsnachweise aus verschiedenen Gründen schwer vermittelt werden können. Es handelt sich hier um Personen, die an ihrer Gesundheit geschädigt sind; sei es, daß sie durch den Krieg eine Verletzung erlitten haben, die aber nicht so schwer ist, daß sie auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen in Arbeit gebracht werden könnten oder durch erlittenen Unfall oder wegen Alters nicht mehr voll leistungsfähig sind. Auch diese aus dem Produktionsprozeß Ausgeschalteten haben ein Recht auf Arbeit und es ergeht deshalb hauptsächlich an diejenigen Firmen, die nicht zur Einstellung eines Schwerkriegsverletzten verpflichtet sind, die Aufforderung, geeignete Arbeitsgelegenheit zu bieten. Aufträge sind zu richten an den städtischen Arbeitsnachweis, Abteilung für Erwerbsbeschränkte, Gerberstr. 3, Erdgesch. (Fernspr. 19230—33), Geschäftszeit 8—12 Uhr vormittags.

*

Hier sieht man deutlich, zu welch traurigen Folgen für viele Arbeiterfamilien der imperialistische Raubkrieg und die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise geführt hat.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" für die Kartoffelschieber und Wucherer.

Eine verlogene Notiz über angebliche Kartoffelkrawalle in Mühlhausen in Thüringen hatten die Leipziger Neuesten Nachrichten gebracht. Ueber die wirklichen Vorgänge schreiben uns mehrere Einwohner Mühlhausens:

Zunächst möchten wir zur Aufklärung mitteilen, daß die beschlagnahmten Kartoffeln von Schiebern mit 35 Mk. pro Zentner aufgekauft worden waren, um sie zu Wucherpreisen in dem besetzten Gebiet zu veräußern. Es muß wohl jedem vernünftigen Menschen einleuchten, daß nur durch solche energische Gegenmaßnahmen den Schiebern das Handwerk gelegt werden kann. Wir haben aus diesem Grunde die Handlungsweise des hiesigen Gewerkschaftssekretärs, durch den die Beschlagnahme erfolgte, vollauf gebilligt. Dann wurden die Kartoffeln nicht wie geschrieben wurde, zu 15 Mk., sondern zu 20 Mk. pro Zentner auf den Haushaltsausweis verkauft. Das gleiche geschah mit den Eiern, die 50 Pfg. pro Stück kosteten. Dadurch ist wohl zu ersehen, daß die Angelegenheit in Ruhe und Ordnung vor sich gegangen ist. Wenn hier nicht ganz energisch Einhalt getan wird, so können wir ruhig zusehen, wie unsre Gegend systematisch ausgesogen wird und wir dann im Winter unsre Frauen und Kinder auf das Dorf betteln gehen lassen müssen, wo sie verlacht werden, da ja die Bauern ihre Ware längst für Schieberpreise losgeschlagen haben. Was die eingegangenen Gelder für Kartoffeln und Bier betrifft, so können die Herren Deutschnationalen beruhigt sein, da ja die Bauern das Geld bereits erhalten haben.

Frauenarbeit und Familie.

Wie schädlich die Arbeit der kapitalistischen Wirtschaft auf die Frau und damit auf die Familie einwirkt, das machen uns Untersuchungen aus Bayern besonders klar, über die Seiffert in den Blättern für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge berichtet. Bei den Frauen, die im kapitalistischen Leben tätig sind, treten Krankheiten sehr häufig auf, viel häufiger als bei den Männern. Vielen Familien wird die Mutter durch die Tuberkulose genommen. Gerade in den Jahren der Arbeit draußen ist die Tuberkulosesterblichkeit sehr hoch. Erst nach dem 35. Lebensjahre nimmt sie ab und wird sie geringer als die der Männer. Das heißt, wenn die ältesten Kinder zum Verdienen kommen, hat der Leidenszustand der proletarischen Frau aufgehört. Dabei haben die Frauen, die draußen arbeiten, so oft unter dem keimenden Leben zu leiden, das nachher nicht geboren wird. Die Zahl der Fehl- und Frühgeburten ist nämlich bei den erwerbstätigen Frauen ganz besonders hoch, weil der Kapitalismus auf diese besonderen Zustände keine Rücksicht nimmt. So greift das kapitalistische Leben immer wieder in die Familie hinein, ohne daß von denen, die bei Erbschaftssteuerreformen und dergleichen die Heiligkeit der Familie immer wieder in den höchsten Tönen besingen, irgendwie geholfen würde. Nur die Selbsthilfe kann hier helfen, der energische Kampf für den sozialistischen Gedanken.

Das Landtagswahlgesetz für den Freistaat Sachsen. Unter diesem Titel ist im Verlag des Bezirksvorstandes von Leipzig ein kleines Heftchen erschienen, das vom Genossen Rich. Lipinski bearbeitet worden ist. Neben dem Landtagswahlgesetz enthält das Heftchen die Landeswahlordnung mit Erläuterungen. Im letzten Abschnitt hat Genosse Lipinski Erläuterungen zum Landtagswahlgesetz beigefügt. Die kleine Schrift hat den Vorzug, daß sie in knappster Form den Stoff behandelt, so daß jeder Leser schnell unterrichtet wird. Für die bevorstehende Landtagswahl ist das Heft ein wertvolles Hilfsmittel, ohne das unsre Genossen und Genossinnen nicht auskommen können. Für die tätigen Parteigenossen wird daher die Anschaffung des Schriftchens unerläßlich, aber auch sonst kann die Schrift nur warm empfohlen werden. Das Heft kostet 1 Mk.; die Karte der Wahlkreiseinteilung ist von den Bezirkssekretariaten zu beziehen.

Die kommunistische Internationale. In unserm Parteiverlag ist soeben eine Schrift erschienen, in der die Beschlüsse des zweiten Kongresses der dritten Internationale zusammengefaßt sind. Die Zusammenfassung der Beschlüsse in einem Heft wird sicher von vielen Interessenten begrüßt werden, denn die Zeitungsberichte sind doch mehr oder weniger unhandlich. Das Heft umfaßt 48 Druckseiten, es enthält neben den Aufnahmebedingungen und Statuten alle gedruckten Berichte über die Grundsätze und Leitgedanken der dritten Internationale. Das Heft kostet 1.50 Mk., es ist durch die Buchhandlung der Partei und bei allen Austrägern der L. V. zu bestellen.

Vergünstigungen für Kriegsbeschädigte auf der Straßenbahn. Am 1. Oktober 1920 tritt das Abkommen zwischen der Großen Leipziger Straßenbahn und dem Kreisamt für Kriegerfürsorge in Leipzig in Kraft. Die ehemals von den Organisationen ausgegebenen Knipskarten behalten noch bis 31. Oktober d. J. ihre Gültigkeit, neue werden nicht mehr ausgegeben. Vom 1. Oktober d. J. an geben die Schaffner auf Grund der vom Kreisamt ausgestellten Bescheinigungen für jede Einzelfahrt eine Fahrkarte für einfach und umsteigen zum Einheitspreise von 40 Pfg. aus, die auch während der sonst zuschlagspflichtigen Zeiten mit Ausnahme des Nachtverkehrs während der Großmessen Geltung hat. Zur Erlangung eines Fahrscheines hat der Kriegsbeschädigte den Ausweis unaufgefordert vorzuzeigen und untersteht auch im übrigen den allgemeinen Fahrbedingungen. Die mit 100 Proz. Militärrente entlassenen Dienstbeschädigten haben sich auf Grund ihrer vom Kreisamte ausgestellten Bescheinigung bei der Straßenbahndirektion, Zeitzer Straße 12, gegen eine Anerkennungsgebühr von 5 Mk. vierteljährlich Freifahrtausweise, gültig für alle Linien, ausstellen zu lassen. Den Kriegsblinden wird außerdem auf Antrag für einen Begleiter oder den Führerhund freie Fahrt in gleicher Weise eingeräumt. Außer der Großen Leipziger Straßenbahn hat sich auch die Direktion der Leipziger Außenbahn A.-G. bereit erklärt, auf den Ausweis des Kreisamtes hin Ermäßigungen zu gewähren, und zwar erhalten Kriegsdienstbeschädigte mit mindestens 50 Proz. Militärrente, die auf Benutzung einer Außenbahnlinie angewiesen sind, gegen Vorlegung des Kreisamtsausweises in der Geschäftsstelle der Leipziger Außenbahn A.-G., Dittrichring 13, werktags von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, Sonnabends bis 2 Uhr mittags, Knipskarten zu je 12 oder 10 Fahrten zum halben Preise ausgehändigt. Diese Karten gelten werktags mit Fahrtantritt bis 8 Uhr 59 Minuten abends. Es können auf einmal mehrere Knipskarten entnommen werden. Die mit 100 Proz. Militärrente anerkannten Kriegsbeschädigten erhalten bei derselben Stelle Freifahrtausweise für eine bestimmte Linie gegen eine Anerkennungsgebühr von 10 Mk. vierteljährlich. Kriegsblinde außerdem gegen die gleiche Anerkennungsgebühr einen Freifahrtausweis für den Begleiter oder den Führerhund. Endlich sei noch bemerkt, daß auch die Kriegsbeschädigten Veteranen von 1870 die obengenannten Vergünstigungen allenthalben genießen. Sie mögen sich deshalb im Kreisamt für Kriegerfürsorge, Roßplatz 11, I., melden. Die jetzt ausgegebenen Ausweise haben Gültigkeit bis zum 31. Dez. 1920. Damit die Kriegsbeschädigten am Schlusse des Jahres nicht allzu lange auf die Ausstellung eines neuen Ausweises zu warten brauchen, wird ihnen geraten, schon vom 15. Dezember d. J. an beim Kreisamt wegen Verlängerung des Ausweises unter Vorzeigung der maßgebenden Militärpapiere, vor allem des letzten Rentenbescheids, vorstellig zu werden.

Leipziger Zentrale für Jugendfürsorge. Die nächste Monatshelferversammlung findet Freitag, den 1. Oktober, ½5 Uhr, im Schwurgerichtssaale des Landgerichts, Harkortstraße, statt. Nach einem einleitenden Referat der Geschäftsleiterin, Frau Scheussler, über: „Wesen und Wert der Schutzaufsicht", soll eine eingehende Aussprache über diese wertvollste Arbeit unter den Helfern stattfinden. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Gegen die Verwendung von Nahrungsmitteln zur Schnapsfabrikation wandte sich am Sonnabend eine Guttemplerversammlung, die im Saale der Alten Handelsbörse am Naschmarkte abgehalten wurde. Es gelangte nachstehende Entschließung zur Annahme: Die in der Alten Börse zu Leipzig versammelten Frauen und Männer richten an die Reichsregierung die dringende Forderung, keinerlei Nahrungsmittel (Kartoffeln, Gerste, Zucker) zur Herstellung von Alkohol bereitzustellen, so lange die Ernährung des Volkes abhängig vom Auslande und nicht unbedingt sichergestellt ist.

ha. **Warum fahren die Schnellzüge so langsam?** Ueber die langsame Fahrt der Schnellzüge wird vielfach geklagt. In der Tat fuhr man vor dem Kriege z. B. von Berlin nach Frankfurt am Main in 7, nach Köln in 8 Stunden. Heute braucht der schnellste Zug von Berlin nach dem Main nahezu 12, nach Köln 11 Stunden. Die geringeren Leistungen sind aber durch die heutigen Verhältnissen bedingt. (Sie sind eine Folge des Krieges.)

Züllinger und seine Zucht.

Von Konrad Loele.

17] Zeichnungen von Hans Albert Förster.

7.

Während Knobbe mit seiner Spritze den Samen ausstreute, aus dem ihm die Großgeldschaftverweserwürde erblühen sollte, trachtete Kyrileison nach der Hand von Knobbes Tochter Isolde. Aber diese Hand machte ihm ein Schnippchen nach dem andern. Ihr Widerstand reizte seine Begehrlichkeit, und da er mit allen seinen Künsten Isolde nicht zu bezaubern vermochte, steckte er sich hinter ihre Mutter, die sich seiner auch annahm.

„Sie sind mir als Schwiegersohn willkommen. Isolde will nicht? Stellen Sie meine Tochter vor eine vollendete Tatsache. Wir wollen die Verlobung zu Weihnachten veröffentlichen."

„Vollendete Tatsache ist gut," sagte sich Kyrileison. „Aber wie fange ich das Häschen?"

Isolde schnappte ihm die Türen mit großer Gewandtheit vor der Nase zu. Kyrileison wurde immer feuriger.

„Ist es mit den Türen nichts, bleibt immer noch das altbeliebte Fenster übrig," dachte er verwegen. Allerdings würden jetzt im Dezember die Fenster schwerlich offenstehen, aber das war auch nicht nötig. Die Sittlichkeit der Oberdeutschen war so groß, daß es völlig genügte, wenn er in einer unzweideutigen Situation vor diesen Fenstern gesehen wurde. Wenn sich Isolde dann nicht ergab, so war ihr gesellschaftlicher Ruf ernstlich gefährdet.

Er bestellte also am Abend vor Weihnachten einige alte Damen als Zeugen vor Knobbes Villa, kam in der Dämmerung mit einer Leiter und in unzweideutigen Unterhosen, des kalten Windes wegen in dreifach übereinander angezogenen, lehnte die Leiter an Isoldes milderleuchtetes Schlafzimmerfenster und stieg geräuschvoll und von einem köstlichen Orchideenstrauß belästigt hoch.

Die alten Damen, die sich rechtzeitig eingefunden hatten, warteten in einiger Entfernung; aber sie erfreuten sich des

verheißungsvollen Schauspiels nur kurze Zeit; denn plötzlich stieß Kyrileison einen gräßlichen Schrei aus und stürzte rücklings von der Leiter in eine dichte Buchsbaumhecke.

Er hatte durch das Fenster etwas gesehen, was er sonst vielleicht gern gesehen hätte, hier aber durchaus nicht sehen wollte.

Wie Hühner nach dem Futter, so liefen die höchst verwunderten alten Tanten nach dem Orte des Unfalls, um Kyrileison aus seiner unbequemen Lage zu befreien und das Genauere in Kenntnis zu nehmen. Aber ach, Kyrileison schien durch den Sturz von Verstand gekommen zu sein. Er schlug wild um sich und vergaß ganz die erforderlichen Anstandsformen.

„Züllinger! Du Hund! Du Schweinehund! Du bestialischer Falschstrahler! Du Kunstzuchtunzuchtkuppler! Wehe wehe!"

Und unverweilt raste er davon. Da lagen nun Leiter, Orchideenstrauß und der Zylinderhut, den er immerhin geglaubt hatte aufsetzen zu müssen, und um diese Relikte standen die als Zeuginnen geladenen alten Damen, beinahe sprachlos. Im Zimmer oben war das Licht abgedreht worden, die Fenster lagen im sanften Mondenschimmer.

Kyrileison galoppierte in langen Sätzen über den Hof auf Züllingers Werkstatt zu. Er war schon am Ziel, als ihm die Nutzlosigkeit seiner Hast einfiel.

„Verdammt, der Sottenmolch ist ja verreist! Aber die zwei Weiber, seine Basen, werden wenigstens da sein."

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Kammermusik und andres. Das Schachtebeck-Streichquartett hat sich in den letzten Jahren vorzüglich eingespielt; sein gleichmäßiges Zusammenspiel und die prachtvollen Schattierungen zeugen von großem Fleiß, und man kann es zu unsern besten Quartetten rechnen. Auch das neue Mitglied, Herr Alfred Patzak (Cello), paßt sich den anderen Herren gut an. Das Es-dur-Quartett op. 25 von Paul Struwe war nicht glücklich gewählt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vor allem beansprucht eine Steigerung der Geschwindigkeit einen übermäßig großen Verbrauch von Kohlen. Für die allerschnellsten Züge stand einst auch eine ausgesucht gute Kohle zur Verfügung, während jetzt die Beschaffenheit der Kohlen bekanntlich oft sehr zu wünschen übrig läßt. Dann beansprucht die schnellere Fahrt auch die Lokomotive weit stärker. Auch der Zustand des Oberbaues mit den Schienen ist nicht mehr so gut wie einst. Es ist nicht immer möglich, ihn im ehemaligen Stand zu erhalten. Wenn nun trotz alledem eine kürzere Fahrzeit vorgesehen würde, so könnte sie häufig nicht eingehalten werden. Es entstehen Verspätungen, die sich auf andre Züge übertragen. Es entspricht sicher mehr dem Interesse der Reisenden, wenn ein Fahrplan mit längerer Fahrt pünktlich eingehalten werden kann, als wenn ein gespannter Fahrplan, wie ihn der Fachmann nennt, nicht durchgeführt werden kann.

Erklärung der Holzschuh- und Pantoffelfabrikanten. Am 20. September 1920 tagten in Leipzig die Holzschuh- und Pantoffelfabrikanten des Freistaates Sachsen, Thüringen und der Provinz Sachsen. Die Versammlung befaßte sich mit der wirtschaftlichen Lage des Gewerbes. Der Referent zergliederte die ungesunden Verhältnisse, welche die wucherische Preistreiberei der Rohmaterialien-Fabrikanten hervorgerufen habe. Es wurde folgende Entschließung angenommen: Die am 20. September 1920 in Leipzig zahlreich versammelten Holzschuh- und Pantoffelfabrikanten vom Freistaat Sachsen, Thüringen und der Provinz Sachsen erklären, daß ein weiteres Abbauen der Preise für Holzschuhe und Pantoffel nicht eintreten kann, da das Leder im Preise fortgesetzt steigt. Die Holzsohlen-Fabrikanten waren trotz vielfachen Aufforderungen nicht geneigt, die Preise für ihre Fabrikate zu ermäßigen. Als Grund hierfür wurden die steigenden Preise für Holz, die erhöhten Arbeitslöhne und Unkosten angegeben. Die Versammelten erwarten von allen Kollegen, sich gegen die wucherischen Preise für Rohmaterialien zu wehren und ihre Waren durch gemeinsamen Einkauf zu beziehen.

ha. **Eine kleine Erleichterung im Paßwesen.** Die Schwierigkeiten bei der Erlangung eines Auslandspasses haben eine gewisse Erleichterung erfahren. Während des Krieges wurde die Einrichtung getroffen, daß die Reisenden der Grenzstelle gemeldet wurden, an der sie ins Ausland gehen wollten. Es war deshalb notwendig, im Sichtvermerk den Ort der Grenzüberschreitung anzugeben, ebenso für die Rückkehr. Diese Meldung ist längst aufgehoben. Der Ort für den Grenzübertritt wird aber noch im Sichtvermerk genannt. Neuerdings werden die Sichtvermerke auch zum Grenzübertritt an einer beliebigen Stelle ausgestellt. Die Vordrucke und Stempel sehen aber die Vorschriften noch vor. Die Reisenden werden deshalb noch vielfach danach gefragt. Es ist deshalb gut zu wissen, daß eine Erklärung hierüber nicht mehr abzugeben zu werden braucht. Die Bindung an einem bestimmten Ort war besonders unbequem bei dem häufigen Wechsel der Fahrpläne. Es ist oft nur eine Frage der Eisenbahnverbindungen, an welchem Ort man die Grenze überschreitet.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Schönberg, Feldstraße, von 8 Uhr ab Wurstverkauf.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 30. September.

Ausgabe. Letzter Tag der Ausgabe von Kokos- und Kunstspeisefett für Erwerbslose im Schauamt: Nr. 12501—13600 und alle rückständigen Nummern.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Bezirk: Gruppen-Vorturnerstunden finden am 10. Oktober wie folgt statt: Nord-Gruppe, nachmittags ½2 Uhr, Wiederitzsch; Süd-Gruppe, vormittags 8 Uhr, Gautzsch; West-Gruppe, nachmittags ½2 Uhr, Leutzsch; Ost-Gruppe, 17. Oktober, vormittags 8 Uhr, Thonberg, Lorckstraße; Gruppe Wurzen, 24. Oktober, vormittags 9 Uhr, Wurzen; Gruppe Markranstädt, 10. Oktober, vormittags 8 Uhr, Lützen; Aeußere Südgruppe, 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, Borna. Keulen sind mitzubringen.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr, **Herbstwaldlauf.** Start und Ziel Kronprinzstraße, Ecke Fockestraße an den Bauernwiesen. Die zu durchlaufende Strecke ist für Mitglieder 4000 Meter, Jugendliche 3000 Meter, Turnerinnen 1000 Meter. Teilnehmen können alle Turn- und Sportvereine des Bezirks. Turnwarte und Sportleiter sorgt für Massenbeteiligung an diesen Veranstaltungen.

Der Turnausschuß.

Polizeinachrichten.

Tötung der eigenen Ehefrau.

Am Montag, dem 27. September, nachmittags gegen ½3 Uhr, hat ein 36jähriger Schaltwärter in dem Torweg eines Grundstücks in der Wiesenstraße seine 26 Jahre alte Ehefrau, die seit Anfang Juni d. J. von ihm getrennt lebte, durch zahlreiche Stiche mit einem dolchartigen Messer in den Kopf und den Hals schwer verletzt. Die Eheleute waren seit Ostern 1912 verheiratet und hatten, nach dem Polizeibericht, bis zum Februar v. J. stets in gutem Einvernehmen gelebt. Der Ehemann war während des ganzen Krieges mit Ausnahme einiger Monate im Felde gewesen und hatte infolgedessen gesundheitlich sehr gelitten. Nach seiner Rückkehr im Februar 1919 hat die Frau, die offenbar durch andere Personen stark beeinflußt worden war, ihren Mann mit allen nur möglichen Vorwürfen überhäuft, so daß es von da an öfter Zwistigkeiten zwischen ihnen gab, bis es schließlich Anfang Juni d. J. zum offenen Zerwürfnis kam und die Frau mit ihren Sachen von ihrem Manne wegzog. Dieser hat wiederholt eine Versöhnung mit seiner Frau herbeizuführen versucht, die aber niemals zustande kam, weil, soweit sich bisher hat feststellen lassen, der Frau durch eine Kartenlegerin und andere gewissenlose Personen in ganz unverantwortlicher Weise der Kopf verdreht worden war. Für den 27. September, nachmittags 2 Uhr, hatten die Eheleute wiederum eine Zusammenkunft auf dem Westplatze zu einer Aussprache vereinbart. Sie erschienen auch beide dazu und gingen durch die Wiesenstraße nach der Plagwitzer Straße zu. Hierbei soll nach der vorläufig allerdings durch dritte noch nicht bestätigten Darstellung des Mannes die Frau, die von vornherein mit dieser Absicht hingegangen zu sein scheint, diesen auf das stärkste gereizt haben. Als daraufhin der Mann seine Frau angepackt hat, bekam sie es mit der Angst zu tun, riß sich los und floh nach einem geöffneten Torweg. Der aufs äußerste erregte Mann folgte ihr dahin nach und stach in der Ecke des Hausflurs wie ein Wahnsinniger mit dem Dolchmesser, das er mitgebracht hatte, auf seine wehrlose Ehefrau ein. Diese brach alsbald blutüberströmt bewußtlos zusammen. Schwerverletzt nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht, wurde sie dann sofort einer mehrstündigen Operation unterworfen, die der bedauernswerten Frau leider keine Rettung mehr bringen sollte. Noch am Abend der Tat gegen ¼9 Uhr ist sie ihren schweren Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Mörder seiner Ehefrau hat sich unmittelbar nach Begehung seiner unseligen Tat in großer seelischer Erregung selbst der Polizei gestellt.

•

Eine schwindelhafte Firma! Die Firma „Gutscheine-Reklame, G. m. b. H.", Leipzig, Inselstraße 25, die sich in der letzten Zeit vorwiegend mit Finanzgeschäften, insbesondere dem Ankauf von Kriegsanleihestücken, befaßte, ist wegen Betrugs polizeilich geschlossen worden. „Direktoren" der Firma, wie sie sich selbst nannten, war ein gewisser Hermann Thumeyer, der aber unter dem falschen Namen „Klee" auftrat, und ein gewisser Erich Fuhrmann, ein im In- und Ausland bereits vorbestrafter Mensch, beide äußerst gewandt und sicher auftretende Geschäftsleute. Anfangs beschäftigte sich die Firma nur mit „Gutschein-Reklame", die aber anscheinend nicht einbringlich genug war, so daß man später zu andern Geschäften überging. Durch ihr raffiniertes Auftreten und vor allem mit angeblichen günstigen Gutachten sachverständiger Persönlichkeiten haben es die beiden Schwindler verstanden, das Publikum in der gemeinsten Weise zu täuschen und sich in großem Umfange in den Besitz von Kriegsanleihestücken zu setzen, die mit 50 Prozent sofort und mit dem Rest durch 3-Monate-Akzepte bezahlt werden sollten. „Zur Hebung und Vergrößerung des Geschäfts" wurde in letzter Zeit eine sogenannte „Neugründung" ins Leben gerufen, bei der laut hochtrabenden Zeitungsinseraten eine 20 bis 50-, ja sogar 60prozentige Verzinsung des angelegten Kapitals in Aussicht gestellt wurde. Leichtgläubige fanden die beiden Betrüger leider nur allzu viele. Nur wenige der Geprellten haben einen Teil ihres Geldes, die meisten aber gar nichts davon wiedergesehen. Der eine der schwindelhaften „Direktoren", Thumeyer, der übrigens früher Unterzahlmeister bei der Hamburger Sicherheitspolizei und seit Oktober v. J. nach Unterschlagung von nicht weniger als 320 000 Mk. Kassengeldern flüchtig war, befindet sich wegen dieser Straftat bereits seit Ende vorigen Monats in Haft. Der andre hat es vorgezogen, im letzten günstigen Augenblick zu verschwinden und wird sich vermutlich im Ausland aufhalten. Durch die Firma Geschädigte wollen sich baldigst bei der Kriminalabteilung zu Kr. V. B. II. 3007/20 melden.

Sächsische Angelegenheiten.

Sächsischer Philologentag.

Am Sonnabend fand in Dresden die Hauptversammlung des Sächsischen Philologenvereins statt, an der Kultusminister Dr. Seyfert, Vertreter des sächsischen Wirtschaftsministeriums und andrer staatlicher und städtischer Behörden, von Lehrerverbänden usw. teilnahmen. Namens der sächsischen Regierung begrüßte der Kultusminister die Tagung, wobei er versicherte, daß dem Unterrichtsministerium das Wohl und Wehe der höheren Schulen ebenso am Herzen liege wie der Ausbau jedes andern Zweiges des Bildungswesens.

Studienrat Dr. Dahte sprach über

das Begabungsproblem und die höhere Schule.

Die Schicht der Höchstbefähigten sei überaus dünn, außerdem sei es auch unbekannt, auf welche Gebiete der Wissenschaften sich diese Höchstbefähigten verteilen. Hier könnten die höheren Schulen wertvolle Dienste leisten, indem sie ihre Intelligenzen einer Zentralstelle melden. Indessen kommt hierbei in Betracht, ob hervorragende Befähigung überhaupt schon an Jugendlichen und Kindern erkannt werden kann. Mit der Entdeckung von Talenten und Genies in früher Jugend sei es nach den Erfahrungen hervorragender Gelehrter nichts. Es könne sich also bloß darum handeln, wieweit ist es möglich, die Allgemeinbegabung frühzeitig zu entdecken. Es werde jetzt zum Teil versucht, sie in einer Aufnahmeprüfung festzustellen. Freilich seien dafür die hergebrachten Formen des Ueberganges von der Volksschule zur höheren Schule wenig geeignet. Das gleiche gelte von der Aufnahmeprüfung, an welchem Tage der Phrasenhans gerade noch durchkomme, zum Schaden des vielleicht Begabten, aber Aengstlichen. Auch die Einrichtung von Begabtenklassen habe sich als verfehltes Experiment erwiesen. Eine Beurteilung der Begabung allein auf Grund von Experimenten müsse auf lange Zeit hinaus noch unmöglich erscheinen. Es lasse sich damit noch nichts über die zukünftige Entwickelung des Schülers sagen. Das Aufnahmeverfahren für die höhere Schule werde aber einer Aenderung unterzogen werden müssen.

Der Redner wandte sich dann gegen die Ausführungen des Volkskammerabg. Arzt, der für ein Zusammenhalten der Schüler beiderlei Geschlechts bis zum 14. Lebensjahre eingetreten ist. Die Erweiterung der Grundschule auf 6 oder 8 Jahre müßte zum Niederbruch der Intelligenzen und unseres ganzen Bildungswesens führen. Er bekämpfte auch die Richtung, die die Volksschule als autonom betrachtet und den Standpunkt vertritt, daß die höhere Schule die Schüler so nehmen müsse, wie sie von der Volksschule kommen. Vom Leistungsverfahren müsse man immer mehr zum Berufungsverfahren übergehen. Ein neues Aufnahmeverfahren rechtfertige sich aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit. Die höhere Schule sollte in enge Fühlungnahme mit dem Wirtschaftsleben durch Besuch von Staatsbetrieben, Verbilligung der Fahrgelegenheiten usw. gebracht werden. Sehr zweckmäßig wäre es, für jeden Schüler einen psychographischen Personalbogen zu führen.

Dann behandelte der Redner die wichtigste Frage: Wie kann die höhere Schule den wirklich Begabten am besten fördern? Die bestehenden Schultypen mögen erhalten bleiben, unendlich wichtiger sei es aber, welche Begabung die Schüler mitbringen, und welche Begabung und Veranlagung setzen die einzelnen Berufe voraus. Das erste Problem, dem man sich da zuwenden könne, sei das der Tragfähigkeit des Geistes und des Körpers unserer Schüler. Vielleicht sei auf eine Lockerung des Zwanges des Lehrplanes zuzukommen, wenn möglich auch auf eine Klassenteilung in einen aktiven und einen passiven Teil der Schüler. Vielfach würden auch Halbjahreskurse statt Jahreskurse gefordert. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft biete so viele Entwicklungsmöglichkeiten, daß ihm in irgendeiner Weise nähergetreten werden müsse. Lasse man das Schlagwort von der Einheitsschule beiseite, so handle es sich darum, ob die Schüler bis zum 14. Lebensjahre überhaupt logisch denken können. Die Meinungen darüber seien geteilt. Die Begabungsforschung werde auch eine Umwandlung des Lehrbetriebes notwendig machen. Wenn sich die höhere Schule vernünftig entwickeln solle, so dürfe man sich nicht von Schlagworten hypnotisieren lassen, sondern müsse für die Auslese der Schüler die Berufsberatung, Schulgestaltung und Regelungsforschung zum Gegenstande machen. Der Vortrag fand reichen Beifall. Eine Aussprache fand nicht statt.

Landespreisamt und Kartoffelpreise.

Wolffs sächs. Landesdienst schreibt: Die derzeitig wichtigste Aufgabe ist die der Kartoffelpreisbildung. Die Wortführer der freien Wirtschaft hätten jetzt eigentlich zu halten, was sie versprochen und zu zeigen, was sie vermögen, nämlich durch freie Wirtschaft die Bevölkerung billiger und besser zu versorgen. Nach den bisherigen Erfahrungen und angesichts der Gesamtlage kann das Experiment nicht gemacht werden, die Preisbildung ohne jede Mitwirkung lediglich dem Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage, kluger Spekulation und dem individuellen Erwerbsstreben zu überlassen. Die vom Landespreisamt seit Wochen betonte Gefahr, daß der zum Zweck der Produktionsförderung zu einer Zeit, als die Aufhebung der Bewirtschaftung noch nicht beschlossen war, vom Reich festgesetzte Preis für Vertragskartoffeln von 31.75 Mk. eine Art Mindestpreis im freien Handel sein würde, ist Tatsache. Eine Reduktion dieses Preises, bezw. eine Annullierung der Vertragslieferung durch das Reich erscheint ausgeschlossen. Gangbar und erfolgversprechend ist nur der Weg: durch Verhandlung mit den Erzeugern auf einen mäßigen Preis zuzukommen. Das Landespreisamt ersucht die Preisprüfungsstellen unverzüglich, solche Verhandlungen, die im eigensten Interesse der Erzeuger liegen, einzuleiten. Als zweckmäßige Verhandlungsgrundlage sieht das Landespreisamt einen Preis von 15 Mk. an. Aehnliche Bestrebungen und Preisnormierungen sind in Hannover, Bayern und Thüringen im Gange bezw. vorgenommen worden. Zahlreiche Aeußerungen lassen erkennen, daß in Landwirtschaftskreisen selbst der Preis von 31.75 für zu hoch gehalten wird. Nach Ansicht sehr zahlreicher Erzeuger, nach Ansicht einer maßgebenden, sehr hervorragenden Stelle der Landwirtschaft, ist schuld an den hohen Kartoffelpreisen vor allem der Reichspreis. Wenn öffentliche Organisationen zu diesen Preisen kaufen, so sei es dem privaten Profitstreben nicht zu verdenken, daß es denselben oder, wenn möglich, einen höheren Preis im freien Verkehr zu erhalten suche. Ein solcher Gedankengang ist psychologisch erklärlich, aber volkswirtschaftlich und auch privatwirtschaftlich in Rücksicht auf die Gesamtumstände und ganz besonders in dem bedeutenden Zuschußland Sachsen falsch.

Das Landespreisamt ersucht in diesem Sinne auf die Erzeugerkreise in den Verhandlungen einzuwirken. Selbst wenn, was jedoch keineswegs feststeht, die Landwirtschaft bei einem mäßigen, der Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten entsprechenden Kartoffelpreis ein Opfer bringen müßte, so würde dies doch durchaus im eigensten Interesse der Landwirtschaft liegen, da ihr im andern Falle weit größere und zunächst ihr, dann der Gesamtheit vielleicht unabsehbare Schädigungen drohen. Den berechtigten Klagen und Einwendungen der Landwirtschaft über die Teuerung bei den für sie nötigen Produkten (Düngemittel usw.) gegenüber, ersucht das Landespreisamt, darauf hinzuweisen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Preisbehörden ist, auch auf diesen Gebieten den Preisabbau mit aller Energie zu betreiben. Das Landespreisamt ist ausführlich über Zustände, Maßnahmen und Erfolge zu unterrichten, das dann sofort seinerseits diese Tatsachen andern Bezirken bekanntgeben wird.

Den lokalen Preisprüfungsstellen obliegt es, diese im öffentlichen Interesse immens wichtige Arbeit zu leisten sie ist sicher erfolgreich. Der Reichspreis von 30 Mk. Erzeugerpreis ist aus dem oben erwähnten Grund entstanden. Soweit es nicht möglich ist, auch diesen Preis auf dem Verhandlungswege noch zu senken, ist das Landespreisamt entschlossen, **gegen höheren Preis auf der gegebenen gesetzlichen Grundlage vorzugehen, jeden höheren Preis also zunächst als Wucherpreis anzusehen und pflichtgemäß zu handeln.** Das Landespreisamt ersucht die Preisprüfungsstellen, in gleicher Weise zu verfahren. Dies alles ist zunächst nur der Preis für die sächsische Erzeugung. Es ist Aufgabe des Landespreisamtes im Hinblick auf den bedeutenden außerordentlichen Bedarf im Zusammenwirken mit allen in Frage kommenden außersächsischen Stellen eine gleichgerichtete Bewegung zu erzeugen. Die vom Landeskulturrat ausgehende Aktion für Notleidende bezweckt die vorstehenden auf Senkung des Gesamtkartoffelpreises gerichteten Bestrebungen nicht und kann auch nur von verhältnismäßig begrenzter Wirkung sein, im besten Falle sind 750 000 Zentner verbilligter Kartoffeln hierdurch zu erwarten.

Diese Anweisung des Landespreisamts ist außerordentlich widerspruchsvoll. Wenn schon ein Preis von 15 Mk. als „zweck-

---

Es ist ein mittelmäßiges Werk, nicht klassisch, nicht romantisch und auch nicht modern, dem jeder kräftige Unterton fehlt. Die Variationen und Fuge über ein Händelsches Thema (hier dachte ich, einen interessanten Kontrapunkt zu finden) enttäuschten; da muß Herr Strüwer Brahms und Reger tüchtig studieren. Das Quartett spielte das Werk mit viel Hingabe. Die drei Gesänge von Julius Gatter für Sopran, Streichquartett und Klavierbegleitung sind nicht von besonderer Orginalität, — der Komponist hat nur durch die Streicher die Stimmung beleben können. Fräulein Else Fengler-Winter fehlt es für diese Aufgabe an Stimmumfang. — Herr Oscar Consée, der einen Liederabend gab, besitzt einen weichen lyrischen Bariton, guten Vortrag dazu und verdient besondere Beachtung, da er sich der modernen Meister annimmt. Schilling, Weß und der Münchner Trunk (der den Arbeitersängern durch seine Männerchöre gut bekannt ist) kamen zum Wort. Leider konnte Trunk gegen Schillings und Weß nicht aufkommen, obwohl er mit etwas derbem Humor sehr geschickt arbeitet, da ihm der großzügige Geist der beiden andern fehlt. In der „Serenade" war die Klavierpartie zu stark aufgetragen, dagegen waren „Die Allee" und manch andres sehr niedlich. Herrn Consées vorzüglicher Vortrag half den Trunkschen Liedern zu gutem Erfolg. Herr Trunk begleitete sehr temperamentvoll, doch nicht edel genug. — Lieder zur Laute bot Herr Dr. Schall. Er hat vor anderen Lautenspielern den Vorzug, daß er wirklich echte Minnelieder und gute, alte Volkslieder auf sein Programm setzt. Er bemühte sich, den wenigen Zuhörern die Bedeutung des Volksliedes klarzumachen. Zu den selbst niedergeschriebenen Volksliedern aus dem Elsaß, aus Westfalen usw. hat er sehr geschickt die Lautenbegleitung geschaffen. Seine Stimme ist klein, doch der Vortrag gut. L.

Operettentheater. (Die Fledermaus.) Die Sonntagnachmittagsvorstellung für das Arbeiter-Bildungsinstitut drängte dem Beobachter wieder einmal die Frage auf, ob sich die Veranstaltung von Operettenvorstellungen für die Arbeiterschaft noch verantworten läßt. Selbst wenn man zugibt, daß auch das Proletariat Anspruch darauf hat, ab und zu Gaben der leicht geschürzten Muse zu genießen, bleibt die Frage berechtigt. Denn die Vorstellung offenbarte wieder den kläglichen Jammer unsres Operettenensembles. Man könnte summarisch feststellen: Die eine Hälfte kann überhaupt nicht singen und die andre Hälfte singt (mit einer Ausnahme) schlecht. Diese Ausnahme ist Charlotte Volland, die den Prinzen Orlofsky geschmackvoll sang, deren wohllautende und gutgeschulte Stimme aber in den großen Saal nicht weit genug trägt. Im übrigen trostlose Oede. Das flotte Spiel Therese Wiets (Adele) kann leider über das Defizit ihres Gesanges nicht mehr hinwegtäuschen. Walter Grave und Margarete Rößner (Eisenstein und Rosalinde) können bei mäßigen Ansprüchen allenfalls noch passieren. Schlimmstes Provinz-Liebhabertheater aber ist Kurt Wollram (Alfred) im Gesang wie im Spiel. Bleibt schließlich als fast einzig zureichende Leistung der Frosch des Herrn Ander. Als Ganzes ist die Vorstellung eine traurige Mißhandlung des graziösen Straußschen Werkes, eine Schule der Geschmacksverbildung. Der jahrelange Betrieb des niedrigsten Operettenschundes fordert eben seine Opfer. H. B.

Städtische Theater. Um die Besucher der Aufführungen von Fritz von Unruhs „Platz" in die Weltanschauung des Dichters einzuführen, wird Margarete Anton Freitag, abends 8 Uhr, im Saale des Kaufhauses des Dichters Tragödie „Ein Geschlecht" vorlesen. Wenn die Trilogie fertig vorliegen wird, ist „Ein Geschlecht" als ihr erster Teil, „Platz" als ihr zweiter Teil gedacht.

Schauspielhaus. Die Abendvorstellungen beginnen von heute ab (Uraufführung Sumpf) durchweg um 7 Uhr.

Volksbühne. In Heinrich von Kleists Käthchen von Heilbronn, mit dem die Volksbühne am 1. Oktober die neue Spielzeit eröffnet, sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen: Hauff, Bernau, Brassel, Dupont, Bachmann, Brenné, sowie die Herren: von Fielitz, Fischer, Minke, Wedlich, de Giorgi, Friedrich Hoffmann, Jahn, Jaulich, Curth, Proft und Härtig. Regie: Otto Werther. Beginn der Vorstellung 7 Uhr. — Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Serien 24, 25 und 26 der letzten Spielfolge ihre Vorstellung am 29., 30. und 31. Oktober erhalten. — Die Vorstellungen von Käthchen von Heilbronn beginnen ab Freitag, abends 7 Uhr, nicht, wie irrtümlich im Wochenspielplan bekanntgegeben, ½8 Uhr.

Sozialistischer Rede- und Leseabend. Donnerstagabend ½8 Uhr Braustraße 17 Vortrag des Genossen Schildbach über „Das Problem der Arbeitslosigkeit".

Kunstausstellung P. H. Beyer und Sohn, Leipzig, Dittrichring 22. Neu ausgestellt ist das gesamte graphische Werk von Hans Meid, Radierungen und Lithographien, meist in Probe- und Zustandsdrucken, außerdem Plastiken von Klinger, Pfeifer, Fleischmann, Lange, und Gemälde verschiedener Künstler. Täglich geöffnet von 9—6 Uhr, geschlossen von 1—3 Uhr.

Mahlers „Symphonie der Tausend" wird am 5., 7. und 8. Oktober anläßlich des 20jährigen Bestehens der Dresdener Volks-Sing-Akademie in der Frauenkirche aufgeführt. Der Gemischte Chor wird durch 50 Mitglieder des Volksmännerchors und 250 des Schneiderschen Knabenchors verstärkt. Das auf 120 Künstler gebrachte Dresdner Philharmonische Orchester leitet Kurt Striegler von der Landesoper.

Ein Dybowskihirsch im Zoo geboren. Vor einigen Tagen hat die eine der im letzten Hirschhaus des Zoologischen Gartens stehenden Dybowskihirschkühe ein Kälbchen gesetzt. Sein Fell ist auf dunkelbraunem Grund mit leuchtend weißen Flecken übersät. Das Junge, ein Männchen, ist bereits so scheu wie die Alttiere, hoppelt aber oft durch die Gehege hinter der treuen Mutter her. — Diese schöne Hirschfamilie stammt aus Nordostasien, und zwar aus der nördlichen Mandschurei. Die Alten verfärben sich soeben; ihr Kleid wird langhaarig und verliert die schneeigen Punkte. Das Geweih eines zweijährigen Hirsches, der auch hier gezogen wurde, ist eben noch im Bast. Die Dybowskis sind nächstverwandt mit den Sikahirschen Nordchinas und Japans, von denen gleichfalls ein Rudel im hiesigen Garten steht. Auch sie sind äußerst schreckhaft und vorsichtig. Mit ein paar Eicheln oder Kastanien läßt sich aber ihre Scheu bald überwinden.

Südpolexpedition. Dieser Tage hat eine antarktische Expedition London verlassen. Sie besteht aus fünf Mitgliedern und wird von Cope geführt, der bereits an der Expedition Shackletons teilgenommen hat. Die Dauer der Expedition soll sieben Jahre betragen. Es soll versucht werden, den Südpol auf dem Luftwege zu erreichen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

mäßige Verhandlungsgrundlage" angesehen wird, ist die nachherige Anerkennung des Reichspreises von 30 Mk. unverständlich. Jedenfalls ist vom Preisamt ebensowenig ein erfolgreiches Eingreifen zu erwarten, als von den Reichsstellen. Der sicherste und einzig erfolgversprechende Weg ist — das hat auch die Praxis gezeigt — das energische Eingreifen der Arbeiterorganisationen.

Die erste Lesung der Verfassungsvorlage im Ausschuß beendet.

In einer am Montagabend abgehaltenen Sitzung des Verfassungsausschusses wurde zunächst die Aufhebung der öffentlichrechtlichen Sonderrechte der Häuser Schönburg und Solms-Wildenfels, sowie der Provinzial-Landtagsverfassung in der Oberlausitz und der Kreistagsverfassung in den Erblanden beschlossen und dementsprechend Artikel 45 nach der Verfassungsvorlage, Artikel 46 unter Vorbehalt anderweitiger Formalitäten angenommen. Dann wurde eingehend die Frage behandelt, ob in Anlehnung an Artikel 165 der Reichsverfassung nach dem Vorbild des Reichswirtschaftsrats ein Landeswirtschaftsrat in Sachsen gebildet werden soll, wobei vorgeschlagen wurde, daß der zukünftige Bezirkswirtschaftsrat des Gebietes Sachsen diesen Landeswirtschaftsrat mit den in Artikel 165 Absatz 4 Satz 1 und 2 der Reichsverfassung vorgesehenen Befugnissen bilden soll. Die ganze Frage wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

In der Sitzung am Dienstag wurde einstimmig beschlossen, daß im Paragraph 42 der Verfassungsvorlage, der von der Rechnungsprüfung handelt, die Oberrechnungskammer als unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene Behörde verankert wird und daß sie in Zukunft ihre Prüfungsbemerkungen und Vorschläge unmittelbar dem Landtag vorlegen soll. Bisher hatte sie nicht das Recht, Vorschläge an den Landtag gelangen zu lassen, und ihr Bericht ging über das Gesamtministerium. Alles Weitere über die Rechnungsprüfung soll in einem besonderen Gesetz geregelt werden. Weiter wurde einstimmig beschlossen, daß im Artikel 15 der Vorlage ausdrücklich vorgesehen werde, daß der Landtag und seine Ausschüsse auch die Anwesenheit von Mitgliedern der obersten Regierungsbehörde verlangen können, nicht nur von Mitgliedern des Ministeriums. Damit war die erste Lesung des Verfassungsentwurfes beendet. In der nächsten, am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Sitzung soll die zweite Lesung begonnen werden.

Die sächsischen Industriellen gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Der Verband sächsischer Industrieller, Ortsgruppe Zwickau, hat zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues Stellung genommen und äußert sich wie folgt:

„Die Ortsgruppe Zwickau des Verbands sächsischer Industrieller erblickt in den von der Sozialisierungskommission gemachten Vorschlägen zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine große Gefahr für die gesamte Industrie und für alle Kohlenverbraucher. Sie sieht voraus, daß die geplante Ersetzung des privaten Unternehmertums durch die Gemeinwirtschaft einen Rückgang der Kohlenförderung und eine Erhöhung der Verkaufspreise zur Folge haben wird. Die deutsche Industrie kann die Belastung, der sie bei der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ausgesetzt sein würde, nicht ertragen. Alle Vertretungen der Industrie werden aufgefordert, die Reichsregierung und Oeffentlichkeit eindringlich vor allen Experimenten auf diesem Gebiete, die nicht wieder gutzumachende Schädigungen herbeiführen würde, zu warnen."

Es ist nichts als erbärmliche Heuchelei, wenn die Kapitalisten jetzt so besorgt tun um die Verbraucherinteressen und die hohen Kohlenpreise. Gerade durch die privatkapitalistische Praxis ist der Kohlenpreis mit den schäbigsten, das gesamte Wirtschaftsleben schwer schädigenden Mitteln in die Höhe getrieben worden. Es ist lediglich die Angst, die Profitmöglichkeit zu verlieren, die die Industriellen gegen die Sozialisierung Sturm laufen läßt.

Amnestie für die Hölzgardisten.

Sofort nachdem das Amnestiegesetz vom 4. August herausgekommen war, haben sich die Verteidiger der Hölzgardisten, Rechtsanwalt Dr. Glaser und Rechtsanwalt Dr. Uhlig-Dresden, Rechtsanwalt Hagewisch in Zelle und Rechtsanwalt Löffler in Plauen bemüht, die Hölzgardisten auf Grund dieser Amnestie frei zu bekommen. Bekanntlich befinden sich weit über 100 beim Dresdner Landgericht in Untersuchungshaft. Das Landgericht hat aber ausgesprochen, daß nur diejenigen Hölzgardisten als amnestiert gelten können, deren Teilnahme nicht länger währte, als bis zum 25. März 1919. Denn durch den Aufruf der Regierung vom 23. März, in dem diese bekanntmachte, der Kapp-Putsch sei endgültig niedergeschlagen, die Arbeiter sollten ihre Waffen wieder abgeben, in den in Sachsen dienttuenden Teilen der Reichswehr seien lediglich solche Männer eingestellt, die treu und zuverlässig ihr Leben für die Verfassung und Freiheit des Volkes einsetzten, sei es allen Hölzgardisten klar geworden, daß der Kapp-Putsch endgültig gescheitert sei und daß die Republik des Schutzes durch die Arbeitermassen nicht mehr bedürfe. Wer von da ab noch bei Hölz verblieben sei, habe dies nur im Interesse der „selbstsüchtigen räuberischen Pläne des Hölz" getan. Hiergegen haben die Verteidiger Beschwerde beim Oberlandesgericht eingebracht, in der sie darlegten, daß die Hölzgardisten den Versicherungen der Regierung in diesem Aufrufe keinen Glauben geschenkt haben und überzeugt waren, daß es der Regierung nur darauf angekommen sei, der Arbeiterschaft die Waffen wieder zu entwinden. Hölz habe noch am 10. April, kurz bevor er geflohen ist, eine Rede gehalten, worin er ausführte, die Reichswehr werde sich nicht lange in Falkenstein halten können. Es beginne sofort der Generalstreik. Dann sei sie abgeschlossen und müsse sehen, daß sie mit heiler Haut davonkomme. Jetzt sei die Stunde gekommen, wo es sich zeigen werde, wer nur aus Geldgier oder aus revolutionärer Gesinnung heraus bei der Roten Armee war.

Das Oberlandesgericht hat der Beschwerde stattgegeben und das Verfahren gegen alle Hölzgardisten eingestellt mit Ausnahme derer, die der Brandstiftung beschuldigt sind. Diese letzteren werden sich demnächst vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. Nach ausdrücklicher Bestimmung des Gesetzes sind diese von der Amnestie ausgeschlossen.

Die Allgemeine Knappschafts-Pensionskasse für Sachsen

hat soeben den Geschäftsbericht auf das Jahr 1919 veröffentlicht. Die Zahl der aktiven Kassenmitglieder ist im Berichtsjahre wiederum beträchtlich gestiegen und zwar von 36 141 am Jahresanfang auf 45 968 am Jahresende. An Pensions- und Rentenempfängern waren Ende 1919 vorhanden 6332 Invaliden, 177 Altersrentner, 7793 Witwen und 4583 Waisen. Gezahlt wurden im Berichtsjahre aus der knappschaftlichen Kassenabteilung 2 997 258.43 Mark und aus der reichsgesetzlichen Kassenabteilung 2 004 971.30 Mark. Die gesamte Leistung der Kasse betrug also 5 002 229.73 Mark. Das Vermögen, das nach versicherungstechnischen Grundsätzen zur Deckung der laufenden Kassenleistungen und der erworbenen Anwartschaften angesammelt werden muß, betrug am Jahresende bei der knappschaftlichen Kassenabteilung 43 954 916.19 Mark und bei der reichsgesetzlichen Kassenabteilung 4365 465.70 Mk. demnach bei beiden Kassenabteilungen zusammen 48 320 381.89 Mark. Die ordentliche Generalversammlung der Kass. findet am 23. Oktober d. J. in Chemnitz im Saale des Handwerkervereinshauses statt.

Dresden. Bei einer hiesigen Bank wurden kürzlich gefälschte österreichische Kronennoten zur Zahlung vorgelegt. Der hiervon verständigten Kriminalpolizei gelang es, die Hersteller und Vertreiber des falschen Geldes, insgesamt 13 Personen, zu ermitteln und festzunehmen. Außerdem gelang es, ein Klischee zur Herstellung falscher Steuermarken zu beschlagnahmen. Von den gefälschten Noten war ein großer Teil bereits nach Oesterreich geschafft worden. Nur einige 100 Stück Hundertkronennoten wurden noch beschlagnahmt.

Deuben. Unter dem Verdacht des Gattenmordes wurde hier die Fabrikarbeitersehefrau Heber verhaftet. Der 40 Jahre alte Fabrikarbeiter Robert August Heber war am Donnerstag vergangener Woche plötzlich gestorben. Die Ehefrau, die oft Streit mit ihrem Manne hatte und in Unfrieden lebte, erklärte, daß Herzschlag die Todesursache sein müsse. Da der verstorbene Fabrikarbeiter vor seinem plötzlichen Tode über verdächtige Leibschmerzen geklagt hatte, so wurde hiervon der Polizei Mitteilung gemacht, und am Sonnabend in der Totenhalle des Friedhofes die gerichtliche Leichenöffnung vorgenommen. Der Verdacht bestätigte sich; im Magen und Därmen wurde ein starkes Mineralgift vorgefunden. Die Ehefrau hat bisher kein Geständnis abgelegt.

Chemnitz. Die Stadt plant ständige Erholungsheime für Kinder an der See zu errichten. Der Rat hat das Jugendamt beauftragt, mit den zuständigen Stellen Verhandlungen über den Ankauf von Baracken der Marineverwaltung zu führen.

Plauen i. V. Die Stadtverordneten stimmten einer Erhöhung der Grundsteuer bis zu 7½ Proz. des gesamten Steuerbedarfs zu, der nahezu 30 Millionen Mark erfordert. — Für Schäden, die bei den vom Bandenführer Max Hölz hier verursachten Unruhen entstanden sind, bewilligte die Stadtvertretung jetzt noch 64 000 Mark.

Wurzen. Die städtischen Körperschaften beschlossen, am 1. November d. J. ein Wohlfahrtsamt einzurichten und einen zweiten besoldeten Stadtrat anzustellen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

am. **Böhlitz-Ehrenberg.** Aus dem Gemeinderat. Der Entwurf einer Abgabe zum Baukostenausgleich, eine sogenannte Mietsteuer, wird vom Gemeinderat zurückgestellt, bis der ganze Steuerwirrwarr sich etwas geklärt hat. Mit Zustimmung der Amtshauptmannschaft erfolgt die Neueinschätzung des Grundwertes 1921. Das Gesuch des Turnvereins Frisch auf um Ueberlassung eines Spielplatzes wird der Gemeinderat weiter verfolgen. Einstimmig erfolgt die Richtigsprechung der Gemeindekassenrechnung vom Jahre 1918. Ueber die Annahme von Lehrlingen in der Gemeindeverwaltung beschließt der Gemeinderat daß in Zukunft im Bedarfsfalle nur noch Hilfskräfte eingestellt werden. Die am Wasserwerk gelegene Obstplantage wurde an hiesige Einwohner baumweise versteigert und erbrachte einen Erlös von 1021 Mk. Das Pfund Aepfel kostet den Käufern im Durchschnitt 66 Pfg. Weiter wurden 2½ Zentner Aepfel an mittellose Einwohner kostenlos abgegeben. Auf eine Anfrage teilt der Vorsitzende mit, daß der Pachtvertrag der Feldparzelle hinter dem Sportplatz bis zum 30. September 1921 weiter läuft. Einstimmig fand der Haushaltplan von 1920 Genehmigung. In den Steuerausschuß wurden folgende Herren gewählt: Gemeinderatsmitglieder Wilhelm Winkler, Albert Meckert; aus der Einwohnerschaft Herr Lagerverwalter Paul Singer und Zimmermeister Pfeifer, als Ersatzmänner wurden gewählt die Herren Ed. Breckau, Wilhelm Nietzsche, Herm. Berg und Formermstr. Speck. Hierauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

gr. **Großzschocher-Windorf.** Aus dem Gemeinderat. Die Sitzung wurde von dem Gemeindeältesten, Genossen Dennhardt, geleitet. — Obgleich Großzschocher nicht in dem Leipzig umfassenden Kohlenabbaugebiet liegt und deshalb die Bausperre über den Ort nicht angeordnet wurde, bestätigte der Gemeinderat ein Schreiben, welches auf die Folgen für die Wasserversorgung durch Senkung des Grundwasserspiegels bei dem geplanten Kohlenabbau hinweist. — An 132 Erwerbslose mit 132 Kindern wurden 24 850 Mk. Zuschuß ausgezahlt. Nach einem vorliegenden Schreiben der Amtshauptmannschaft wurde der für die Gemeinden zulässige Satz der Grunderwerbsteuer rückwirkend vom 1. Oktober 1919 auf 2 Prozent erhöht. — Der Bitte des Wohlfahrtsamtes um Nachbewilligung von Kurkosten für einige Kranke wurde entsprochen. Die Eisengießereifirma Meier u. Weichelt teilt mit, daß sie aus Mangel an Aufträgen ihren Betrieb wesentlich einschränken muß und die gänzliche Schließung einiger Abteilungen in naher Aussicht steht. Davon werden ungefähr 1200 Arbeiter betroffen. Die gleiche Firma hat der Gemeinde einen Posten Verbandstoffe im Werte von 450 Mk. überlassen. — Das Gestundungsgesuch wegen Bezahlung der Bezirkssteuer ist vom Bezirk abgelehnt worden. — Der Vorsitzende weist auf das Gesetz über die Ablieferung von Waffen hin und teilt mit, daß bis zu einem bestimmten Termin hierfür Prämien ausgesetzt sind; wer eine Kanone abliefere, erhalte 10 000 Mark. — Auf die Verhandlungen im Kreisausschuß fragt der Rat der Stadt Leipzig an, ob der Gemeinderat noch Interesse an der Einverleibung hätte. Es wurde folgende Antwort beschlossen: „Die Einverleibung und der Termin derselben hängt von den Bedingungen ab. Ueber beides hat der Gemeinderat noch nicht gesprochen. Er hat deshalb auch keine Veranlassung, die Verhandlungen abzubrechen." Hierbei sei aber auf etwas hingewiesen, was nach der Gemeinderatssitzung in Erscheinung trat. Der Rat der Stadt Leipzig fordert, daß der Gemeinderat sich aller Beschlüsse enthalte bezw. die Zustimmung des Rates für Beschlüsse einhole, die im Falle einer Einverleibung eine Belastung der Stadt Leipzig bedeuten würden. Wenn nun einmal die Gemeinde sich in dieser Weise binden soll, kann sie auf der andern Seite auch etwas Gegenliebe verlangen. Das war aber bei der Ausstellung „Garten und Kind" nicht der Fall, insofern, als es auf Anfrage vom Rat abgelehnt wurde, der hiesigen Schule bei klassenweisem Besuch dieser Ausstellung dieselben Vergünstigungen zu gewähren wie für die Schulen der Stadt Leipzig. Das sind Nadelstiche, die weder das Ansehen des Rates, noch das finanzielle Ergebnis der Ausstellung stärken. — Der Gemeinderat hat die Notwendigkeit der Bereitstellung einer Spiel- und Sportwiese für die Schule und Allgemeinheit längst erkannt. Er mußte aber den Ankauf der ins Auge gefaßten Wiese des hohen Kaufpreises und andrer Bedingungen wegen grundsätzlich ablehnen, wenn er dem Grund- und Bodenwucher nicht Vorschub leisten wollte. Die Firma Meier u. Weichelt stellt nun zum Ankauf dieser Wiese 50 000 Mk. zur Verfügung; dadurch ermäßigt sich der Preis auf die normale Höhe von 2.70 Mk. für 1 Quadratmeter; außerdem wird davon die ausfallende Wertzuwachssteuer gedeckt. Deshalb konnte der Gemeinderat die Schenkung annehmen und nunmehr den Ankauf beschließen. — In der angekauften Patentschmiede werden 12 Wohnungen teils neu-, teils ausgebaut. Der Kostenaufwand beträgt voraussichtlich 60 000 Mark. — Auf Anfrage der Amtshauptmannschaft wird beschlossen, an der Lieferung von 14 000 Zentner Kartoffeln für die Gemeinde festzuhalten. Hierbei wurde das Verhalten der Behörde scharf gekennzeichnet. Von den 14 000 Zentnern haben hiesige Grundbesitzer 5120 Zentner zu liefern. Anstatt nun diese Kartoffeln für einen geringeren Preis unmittelbar an die Einwohner abzugeben, erhält sie erst ein Großhändler, dem dann von der Gemeinde ein Preis von mehr als 30 Mk. gezahlt werden muß, so daß die Gemeinde wohl kaum unter 35 Mk. diese Kartoffeln abgeben kann. Dazu läßt die Gemeinde noch die Kartoffelfelder bewachen. Die Amtshauptmannschaft wird aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, daß wenigstens diese 5120 Zentner für die Einwohner billiger werden. — Es erfolgte einstimmig die Wahl zur Steuereinschätzungskommission nach der vorgelegten Liste. — Ein Antrag an die Direktion der Leipziger Straßenbahn, für den Ort durch Weiterführung der Wagen der Linie 3 bessere Verbindung mit dem Westen und Norden Leipzigs zu schaffen, wird angenommen. — Ferner wird beschlossen, Fräulein Päßig als Nadelarbeitslehrerin dem Schulvorstande vorzuschlagen.

2. **Eythra.** Gemeinderatssitzung. Die Eisenbahndirektion Halle hat eine weitere Herabsetzung des Fahrgeldes von Wochenkarten für diejenigen Arbeiter, die nur an einigen Tagen der Woche beschäftigt sind, abgelehnt. — Der empfohlene Beitritt als Mitglied zum Bauunfallversicherungsverband an Stelle der Zugehörigkeit zur Tiefbauberufsgenossenschaft wird, da ein Vorteil in dem Wechsel der Zeit nicht zu erblicken ist, bis auf weiteres abgelehnt. — Das Gesuch der Polytechnischen Gesellschaft in Leipzig um Bewilligung eines Beitrags für die aus hiesiger Gemeinde die Schule besuchenden 9 Schüler mit je 5 Mk. findet Genehmigung. — Auf Ersuchen der Amtshauptmannschaft sollen in den für die Gemeinden Eythra und Zösdorf bestehenden 23. Steuerbezirks zu bildenden Ausschuß als Mitglieder die Herren Haase, Pitzsche, Reinhold und der Vorsitzende, und als Stellvertreter die Herren Jahrmarkt, Selle, Kühn und Hilliger zur Auswahl vorgeschlagen werden. — Dem Verkaufe des an der Straße 1 zergliederten Baugeländes wird künftighin nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die Erwerber sich zuvor zur sofortigen Inangriffnahme eines Wohnhausneubaues verpflichten. Von den Herren Bauunternehmer Schopeck und Klempner Emil Tille liegen diese Erklärungen vor, so daß gegen den Verkauf von 2 Bauplätzen an diese Einwendungen nicht zu erheben sind, während mehrere vorliegende Gesuche um Abtretung von Gelände ohne die Absicht sofortiger Bebauung abgelehnt werden. Die bei früheren Verkäufen in den Vertrag aufgenommene Bedingung, daß das Land zu keinem höheren als dem Erwerbspreise zuzüglich der entstandenen Aufwendungen für Einfriedigung, Anpflanzungen usw. wiederverkauft werden darf, soll in Zukunft in Wegfall kommen und in der bereits dahingehend abgeschlossenen Verträgen ihre Gültigkeit verlieren. — Das Gesuch des Allgemeinen Turnvereins um Ueberlassung eines Platzes in Größe von ungefähr 7000 Quadratmeter kauf- oder pachtweise zwecks Anlegung eines Turn- und Sportplatzes wird, weil dadurch einer Anzahl hiesiger Einwohner das Land der feld- und gartenmäßigen Bebauung entzogen werden würde, abgelehnt. — Das im Herbst d. J. zur Neuverpachtung kommende Gemeindeland soll nur an diejenigen Haushaltungen abgegeben werden, die anderwärts nicht bereits solches gepachtet haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Notstandsarbeiten.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, seien umfangreiche Maßnahmen im Gange, um Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen zu beschaffen. Das Ministerium stehe mit den anderen in Frage kommenden Reichsministerien, insbesondere mit dem Reichsverkehrsministerium, schon seit längerer Zeit in Verhandlungen, weil eine große Zahl von Unternehmungen, wie Bahnbauten, Kanalbauten usw. noch über das bisher vorgesehene Maß hinaus als Notstandsarbeiten des Reiches unverzüglich in Angriff genommen werden sollen. Diese Verhandlungen ebenso wie Verhandlungen mit dem preußischen Landwirtschaftsministerium, die zur Aufnahme umfangreicher Meliorations-Arbeiten dienen sollen, ständen vor ihrem Abschluß. Neben diesen Notstandsarbeiten seien Notstandsarbeiten der Länder und Gemeinden im Gange, die schon bisher mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert worden wären. Besondere Aufmerksamkeit habe das Reichsarbeitsministerium auch der Arbeitsbeschaffung für Groß-Berlin zugewendet. Die Groß-Berliner Gemeinden sind aufgefordert worden, ihre Projekte der größeren Beschleunigung halber unter Umgehung des üblichen Instanzenweges unmittelbar dem Reichsarbeitsministerium zu übersenden. Für 205 Unternehmungen mit Arbeitsgelegenheit für rund 10 000 Erwerbslose ist die Anerkennung nach den Vorschriften der produktiven Erwerbslosenfürsorge sofort erteilt worden. Die Projekte der Stadt Berlin konnten noch nicht erledigt werden, weil ihnen die prüffähigen Unterlagen fehlen. Hier würden allein in naher Zeit noch weitere 800 Projekte mit 20000 Arbeitsplätzen hinzukommen. Dazu kommen noch die vom Landesarbeitsamt Groß-Berlin geleitete Aktion zur Unterstützung der Bau- und Baubilfsprojekte durch Zuschüsse für Ausbesserungsarbeiten, wodurch mehr als 2000 Arbeitern Beschäftigung geboten werden solle.

Die Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums bemerkt dazu: „Alle diese Maßnahmen brauchen natürlich eine gewisse Vorbereitungszeit, ehe sie ihre Wirkung entfalten können. Sie werden sich aber nunmehr in naher Zeit entlastend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, der sich im übrigen nach den Berichten der Landesarbeitsämter in den letzten Wochen um ein weniges gefestigt hat."

Die Zahl der Erwerbslosen ist so groß, daß die geplanten Notstandsarbeiten bei weitem nicht ausreichen, sie erheblich zu mindern. Der Zusatz des Reichsarbeitsministeriums wird ohnedies manche Hoffnung einfrieren lassen. Denn wenn die „gewisse Vorbereitungszeit" am bureaukratischen Kalender gemessen wird, dürfte inzwischen der Winter kommen, der für Kanalbauten usw. etwas ungeeignet sein soll.

Betriebsrätekongreß.

Delegierte, die zum Betriebsrätekongreß fahren, werden ersucht, sich Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftskartell, Abteilung Betriebsräte, einzufinden.

Gewerkschaftskartell Leipzig,
Abteilung Betriebsräte.

Achtung, Bauarbeiter! Die Sperre über die Baugeschäfte von Herde u. Melzer, Markranstädt, wird hiermit aufgehoben. Der Tarif wird anerkannt und der Lohn bezahlt.

Deutscher Bauarbeiterverband,
Zweigverein Leipzig.

Aus der Partei.

Warnung.

Der unter dem Namen Selle den Augsburger Genossen bekannte Parteigenosse versucht, sich durch unzutreffende Angaben Geld zu verschaffen. Wir warnen vor ihm.

U. S. P. Augsburg.

Eingelaufene Schriften.

Die neue Nummer der Freien Welt bringt in ihrem aktuellen Bilderteil ein Schloß als Kindergenesungsheim, das Bankhaus Morgan, worauf das Dynamitattentat verübt werden ist, die Berliner Demonstration des Portierverbandes, ein Porträt des englischen Arbeiterführers Smillie, Fahrt der bolschewistischen Delegierten zu den Friedensverhandlungen, ein Massenfriedhof in Frankreich. Ein reich illustrierter Artikel behandelt den modernen Streikbruch und seine Probleme. Das Heft enthält ferner einen politischen Artikel „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution" von Felix Stössinger, einen satirischen Dialog „Der Preußenhimmel" von Kaspar Hauser, die letzte Fortsetzung des Romans „Carlos und Nicolas", ferner Sportbilder, Karikaturen und die Schachecke. — Preis des Heftes 60 Pfg.

Briefkasten der Redaktion.

E. M. 150. 1. Ja! Weil eine Verpflichtung vorliegt. 2. Nein! 1 Mk. in die Parteikasse.

E. W. 28. 1. Ja! 2. Gewerbegericht, wenn im Lehrvertrag keine andere Instanz angegeben ist. 3. Acht Stunden. Nein!

H. P. 100. Schkeuditz. Wenden Sie sich an den Schlichtungsausschuß. Der muß sich Ihrer Sache annehmen.

E. B. P., Connewitz. Die Worte Adjuvate nos Fratres am linken Portal des Volkshauses heißen: Helft uns Brüder!

B. K. L. Erschienen wird er in Buchform sein. Sie müssen sich an eine größere Buchhandlung wenden.

W. K. 273. 1. Eine solche gesetzliche Bestimmung gibt es nicht. 2. Vormundschaftsgericht. 3. An das genannte Gericht. 4. Sie müssen auf jeden Fall zahlen. 5. Das kann Ihnen nicht abgesprochen werden. 6. Nein!

F. D. 99. 1. Das letzte Amnestiegesetz wurde vom Reichstag in den letzten Tagen des Monats August angenommen. 2. Nein! Nur Hochverrat. 3. Nein! Sie sind nicht hinfällig geworden.

Alter Abonnent, Gohlis. Die Frage der Ortskrankenkasse hat mit Steuern nichts zu tun, sondern auf Grund der Höhe des Lohnes wird der Kassenbeitrag festgesetzt.

S. K. Nein! Der Hauswirt braucht die Zustimmung des Mieteinigungsamts. Verweigern Sie die Unterschrift.

Arbeiter! — werbt neue — Volkszeitungsleser.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Holzhausen-Zuckelhausen. Freitag, 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof zum sächs. Haus, **Oeffentliche Einwohnerversammlung.** Tagesordnung: 1. **Die wirtschaftliche Lage.** Ref.: Genosse **Dannhardt**, Großzschocher. 2. Bericht über die Kartoffelbelieferung beider Orte. 3. Freie Aussprache. Einwohner, erscheint zahlreich!
Der Vorstand.

Deutscher Kürschnerverband
Filiale Leipzig.

Mitglieder-Versammlung
Freitag, den 1. Oktober, abends 1/2 7 Uhr pünktlich im Volkshaus, Gesellschaftssaal.

Die Kollegen und Kolleginnen müssen unbedingt die Versammlung besuchen. **Die Verwaltung.**

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene
von Stötteritz.
Donnerstag, den 30. September, abends 1/2 8 Uhr in der **Papiermühle**, Wasserturmstraße

Oeffentliche Versammlung.
Thema: Die wirtschaftliche Notlage der Kriegsopfer und politische Neutralität. Referent: **F. Dasecke**, Leipzig. Freie Aussprache. — Kriegsopfer erscheint in Massen.
Internationaler Bund der Kriegsopfer Deutschlands Ortsgruppe Leipzig.

Patentanwaltsbüro Sack, Leipzig, Brühl 2.

ff. Leder-Ausschnitt
empfiehlt *
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20—26.

Oetker's Rezepte

gelingen immer! Man versuche:

Einfacher Napfkuchen.

Zutaten: 500 g Mehl, 1 Päckchen von **Dr. Oetker's „Backin"**, 200 g Zucker, 2 Päckchen von Oetker's Milch-Eiweißpulver, 1 Päckchen von Dr. Oetker's Vanillinzucker, 1 Eßlöffel voll Butter oder Fett, knapp ½ Liter Milch.

Zubereitung: Butter und Zucker rührt man schaumig, fügt Vanillinzucker hinzu und rührt dann das mit Eiweißpulver und „Backin" gemischte Mehl und die Milch unter die Masse, diese füllt man dann in eine gefettete Form und backt 40—50 Minuten.

Heilemanns Haarbalsam gegen Haarausfall. Zu hab. Bayerscher Platz, Ecke Nürnberger Str.*

Leder
Kernstanzecken, Pfund **4 Mk.**, leichtes Leder, Pfund **30 Mk.**, prima Rindsbox-Herrenschäfte, Paar nur **65 Mk.**, **Ia. Kernleder im Ganzen und im Ausschnitt** sowie sämtliche Schuhbedarfsartikel zu billigsten Preisen stets am Lager. Für Schuhmacher **günstige** Einkaufsgelegenheit bei **C. Migdin, Leipzig, Tauchaer Straße 46.***

Deutsche Feinseifen wie Cosmos-, Lilienmilch-, Zuckooh-, Kaiser, Borax, Myrrholin, 4711-, Herba Lecina in Lindenau wieder zu haben bei *
Alfred Kriegel Nchf.
Merseburger Straße 70 und Westend-Drog., Lützner Str. 194.

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. |*

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. **Expedition** d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Herrengarderobe w. gewendet u. umgearb. **Spittastrasse 17.**

Damen-Strümpfe / Herren-Socken Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Damen-Hemden aus gutem Hemdentuch
Ia Hemdentuch, dünnfädig ℳ 16.—, starkfädig ℳ 17.—
Barchent ℳ 13.50 bis 16.50 per Meter.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer **Humboldtstraße 7, III.**

Familien-Nachrichten

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied im Alter von 42 Jahren meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Frau

Pauline Schömburg geb. Opel

L.-Lindenau, 28. September 1920.
Flemmingstr. 9.
In tiefstem Schmerze
Emil Schömburg u. Kinder.

Beerdigung Freitag, 1. Oktober, mittags 12 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus.

Dienstagfrüh verstarb meine liebe Frau
Emilie Henriette Kalb geb. Seifert.
Tiefbetrübt zeigt dies an **Fr. Wilh. Kalb.**
Beerdig. Freitag 1/2 10 Uhr von der Kap. des Südfriedh. aus.

Dienstagfrüh verschied nach längerem Krankenlager im Alter von 55 Jahren meine liebe Gattin, meine treusorgende Mutter, Frau

Anna Behr geb. Köpping.

L.-Reudnitz, den 28. September 1920.
Lipsiusstr. 44.
Franz Behr
Cornelius Behr.

Die Einäscherung findet Freitag, den 1. Oktober, nchm. 1/2 4 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes statt. Beileidsbezeugung. u. Blumenspend. dank. abgelehnt.

Für die herzliche Anteilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters u. Großvaters

Emil Schuricht

sprechen wir allen unseren innigsten Dank aus. Besonderen Dank seiner Firma Paul Thiel und seinen lieben Mitarbeitern für die herrliche Kranzspende und zahlreiche Begleitung.
Helene verw. Schuricht nebst Angehörigen.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Tücht. Gussrohrleger für große Rohrweiten sucht **Baubureau Scheven, Leunawerke** Kreis Merseburg.

Lehrling für Galvanoplastik und Stereotypie für nächste Ostern gesucht von **Metzger & Wittig, Hohe Straße 1.**

Große Versich.-Akt.-Ges. sucht **intellig., arbeitsfreudige Mitarbeiter** bei guter Anleitung u. Unterstützung (Feuer-, E.-Diebst.-, Auto- u. Transp.-Vers.) Weitgeh. Provisionen u. Zuschüsse. Herren m. gut. Bezieh. w. a. d. Weise Gelegenh. gebot. i. wirtschaftl. schwer. Zeit ihre Eink. wesentl. aufzubess. Gefl. Bew. u. **S. 25** a. d. Exp. d. Bl. erb.*

Suche 2 bis 3 Leute zum **Einkauf von Rohprodukten.** Hansel, Plagw., Gleisstr. 7, I.

Frauen gelernte Lumpensortiererinnen stellen an Katz & Neumann, L.-Schönefeld, Robert-Blum-Str. 13, am Schönefelder Rathaus.*

Welche Frau bessert Arbeiterhemden aus? Adresse bitte unter **B. 40** Fil. Zeitzer Str. 32

Aufwartung, ordentlich, für vormittags ges. Elisenstr. 56, I

Verkäufe

Birnen saftig, verk. billig im einzeln. Barth, Holzhausen, Hauptstr. 15, I.*

Kautabak
Priemien, Rolle nur 50 Pfg.
Doms-Päckchen „ 1.50 Mk.
Redderien, Rolle „ 2.00 „
Englischer Riegel „ 2.50 „
Amerikan. Platte „ 3.50 „
Elsterstr. 3 u. Gerberstr. 40.*

Kernseifen zu 5.50, 5.40 u. 5.10 kauf. Hndl. bill. bei Dübritz, Einertstr. 9.|*

Brennholz in allen Sorten, ofenlang geschnitten, sowie markenfreien
Brenntorf durchaus trockene, schwarze Ware v. hoher Heizkr., liefert
Mitteldeutscher Brikett-Vertrieb Friedrich König Leipzig-Kleinzschocher Fernsprecher Nr. 40874. *

Der Weg lohnt sich, in das Schuhwaren-Geschäft Dresdner Straße 63. Herren-, Dam.- u. Kind.-Stief., Halbschuh., Haus- und Filzschuhe, sehr bill. **Neu eröffnet!** |*

2 P. Langstief., 2 P. Herren-Schuhe, fast neu, zu verkauf. Conn., Simildenstr. 11, III. r.

1 Paar Mil.-Stief., 26,6 Ld.-Gamasch., schwz., Kanon.-Ofen, 2 klein. Hunde, niedliche Tiere (Spitzart), Kinderschuh, Größe 29-30, bill. zu verkaufen Rich. Pähler jun., Volkm., Bogislawstraße 16.

Herr.-Wint.-Paletot, 190 ℳ, Ulst. n. 345 ℳ, Maßanz. 475 ℳ 2 Militär-Hosen zu verkauf. Anger, Spichernstraße 1, III. r.

Billige Gelegenheitskäufe aller Art! In groß. Auswahl
Herren-Ulster u. Paletots gesteppte Militärtuch-Ulster eleg. gestreifte Hosen feste Arbeits-Hosen auch in Manchester-Hosen. Militärsachen, Wäsche, Schuhe und Stiefel. |*
Walter Fritzsche L.-R., Frommannstr. 12, Lad.

Bill. neue Sportanzüge Jackettanzug v. 200 Mk. an zu verkaufen. **Wadewitz, Windmühlenstr. 33, I.** |*

Anzug, Frdsw., 3 m Anzugst., 1 Reithose, 1 P. Stiefelett. 44, bl. Arbeitsanz., Gehr. m. West. u. Zyl. 59, S.-Hut 54, fortzugsh. z. verk. Alexanderstr. 32, IV, r.

3 Jackett-Anzüge, guterhalt., 2 Winterüberzieher, Gehrockanzug, Cutaway, Mil.-Rock mit Hose. Lange Str. 10, I.*

2 Jackett-Anzüge, mittl. Fig. billig Bayersche Str. 42, II. l.

2 Cutawayanzüge, elegant, mit gestr. Hose 300 u. 475 Mk., mod. Jackettanzug, blau, Gehrockanzug b. Burgstr. 13, II. l.

Elegante, gestreifte Hosen, **Ia. Manchester-Hosen,** feste neue Arbeits-Hos., engl. Leder, von 83 Mark an verk. Rd., Frommannstr. 12, Lad.*

Militär-Röcke, -Hosen, -Stiefel, -Schuhe |* vk. Wurzner Str. 182, Walther

Lederwest., gefütt., a. amerik. Heeresbest., pass. f. Geschirrf., Kraftwagenf., Straßenbahn. u. Eisenbahn. verk. L.-Kleinzschocher, Luckaer Str. 12, p. l.

Bettwäsche 3-teilig. **176.— bis 223.— ℳ**
Gardinenhaus Kühn Leutzsch, Hauptstraße 20.|*

Betten, neu, kompl., m. guten Matr., solange Vorrat, 455 u. 520 ℳ, Schränke 400 ℳ, feine 7teil. Küchen 950 ℳ, Elisabethstraße 28, Ecke Eisenbahnstr.*

3 Bettüberzüge, weiß, guterh., verkauft Eichoriusstr. 11, III. r.

Schlafzimmer und Küche. 2 Bettstellen mit Matratzen, neu, verk. bill. Turnerstr. 7, I.*

500 Ulster
Sportpaletots // Anzüge // Cutaway // Fracks Smokings // Pelerinen // Hosen // Joppen
— jetzt ganz bedeutend billiger. —
Spezial-Abteilung: **Verleih-Institut eleg. Gesellschaftsanzüge.**
J. Kindermann Neumarkt 1, I. Etage

Billige Hausweberware!
Kleider- u. Blusenstoffe, **Handtuchstoffe 6.50 p. Mt. Günstig für Wiederverkäufer!** Espig, Rudolfstr. 4.*

Möbel an Private Eine Anzahl Wasch- u. Nachttische m. Marmorpl., Kleiderschrk., Frisierspiegel, Kleiderständ., Bttst. m. M., Plüschsofa vk. v. 9-11. Roßstr. 1, I. Bureau.

Kldrschrk., Bettst. m. M., Mus.-Orchest., rep.fähig, Kanonenofen m. Rohr, Gaskch., Fleischwolf u. verschied. mehr verk. Lind., Cranachstr. 1a, Kühbirt

Chaisel. bill. Crusiusst. 2, p. r.*

Chaiselongue, Sofa Grimmer, Konradstr. 33b, pt.

2 **Bettstellen** m. Matr. z. verk. Baumann, St. Privatstr. 23.

Gitterbettst. m. Matr., gterh., u. Petrol.-Hängelampe z. vk. Volkm., Mariannenstr. 94, p. r.

Gitterbett m. Matr., Schreibtisch, Knaben- u. Kinderschuhe Größe 38 u. 30, zu verkaufen. Markranstädt, Eisenbhnst. 1a.

Alte Hüte
für
Damen und Herren
werden in meiner **Hutfabrik** auf neueste Formen **umgepreßt** *
Tadellose, schnelle Ausführung!

Elisabeth Schulze
Katharinenstraße 13 und **Königsplatz 7, Ecke Markthallenstraße.**

Vertiko m. Spieg., neu, 420 ℳ, Tisch, Stühle, Spieg.-Schrkch. Günther, Ob. Münsterst. 2, III.

Vertiko, Bettstelle m. Matr., Teppich Zeitzer Straße 38, II. l.

Ausverkauf weit unt. Selbstkostenpreis in **großen Küchen** 7teilig, (175 cm brt. Büfett) **Mächtle & Becker, Katharinenstraße 17, III.**

Küche gut erhalten, sowie fast neue **Schülergeige** billig zu verkaufen Arndtstr. 25d, II. bei Opfermann.

Kpl. Küche, Grudeof., Kldschr., Kchnschr., Ti., Stbl., Kom. b. z. vk. Wurzn. Str. 182, Walther.*

Küchenbrett- u. Bank billig zu verkaufen Ploßstraße 46, pt. l.

Plüschsofa, Chaiselg., Bettst. m. M., Komm., Tisch, 2 Sessel zu verkauf. Löhrstr. 13, H. p. l.

Sofa, Schrk., Vert., M.-Wscht., Ref.-Bett, Tepp., Tisch, Stbl., Schrbt., Kom. Körnerst. 30, I. l.

Chaiselongue, guterh., 200 ℳ, Waschtisch mit Spiegel 180 ℳ Plgw., Merseburger St. 2, II. r.

E. Kdr.-Bettst. m. M., Wascht., Schauf.-Vorbau, Waschleine z. vk. Lind., Schadowstr. 11, p. r.

Matratze, neu, zu. vk. 3, ers. Gohl., Schkeuditzer Str. 19, IV.

Herrenrad, wie neu, Gummi, Freilauf, preiswert zu verk. Stött., Wasserturmstr. 43, pt. r.

Mess-Muster Kinderwagen, Klappwagen in großer Auswahl billig **König, Querstr. 27.***

Kinderwagen, eleg., Klappsportw. m. Verd. 160, ohne Vrd. 85, fast neu, neuen gepst. Kndrklappst. bill. Merieb. St. 2, II. r.

Kinderwagen 140 ℳ, mod. Pl.-Sofa, 4 Stores. Ewaldstr. 17, p.

Korbwagen, hell, Wiener Form, 270 ℳ, Mittelstr. 9, I. l.

Hölz. Waschmaschine bill. z. v. Johannisg. 4. Zigarrengesch.

1 Meißner Ofen bereits abgebr., 300 ℳ z. verk. Näher. Roßstr. 1, im Bureau.

Kl. Kochmasch. m. Rohr verk. Lersch, Südstr. 55, 2. H., III.

Elektr. Zuglampe, 3flam., zu vk. Pl., Lauchstädt. Str. 15, I. r.

4 gr. Wagenräder, St. 75 Mk., vk. Wald. Friedr.-List-St. 30.

Zaunlatten Säulen und **Riegel** liefert **G. Georg Poppe,** * Wurzner Str. 136, Tel. 60758.

Flottsingend. Kanarienhahn 3 Weibchen, billig zu verk. Pl., Merseburger Str. 2, II. r.

Schön gez. Hündchen, Rasse, 10 W., St. 60 Mk., Foxt., 1/4 J., bill. Pl., Merseb. Str. 2, II. r.

Kaufgesuche

Mil.-Halbstiefel, 28, neu f. Hünerfürst, Lindenstr. 20, II.

Militärtuch-: Ulster, Mäntel, Hosen, Röcke, Schuhe u. Stiefel f. L.-R., Frommannstr. 12, Ld.

Kaufe alle Militär-Sachen Schuhe, Stiefeln, H.-Garderb., Ulster, Bett- u. Leibw., Möbel Leihhausscheine, Nähmasch. Kappe, Nürnberg. St. 11, Ld.*

Sämtliche Herrengarderobe, neu u. getragen, Fahrräder, Leihhausscheine, M.-Sachen k. M. Hahn, Lange Str. 10, I.

Kaufe Herr.- u. Dam.-Garderobe allerh. Wäsche, Leihhausch., Fdbett., Schuhe, l. g. Nachl.|* Kummer, Reichsst. 14, T. 10527

Windmühlenstr. 33, I.
Kaufe Mil.-Sachen, Herren- und Dam.-Garderobe, Bett-, Tisch- und Leib-Wäsche
Wadewitz neben Astoria
Windmühlenstr. 33, I.

Kaufe alle Militär-Sachen Mil.-Schuhe u. Stief. Herren-Garderobe, Wäsche Bitte um Adresse. Klink, Ranstädter Gasse 6, part. |*

Achtung! Achtung! reelle Preise zahlt nur **Fr. Witteles** Lortzingstr. 12 pt. Tel. 13150 alte u. neue Herr.- u. Damensachen, Wäsche, Möbel, Schuhe Betten, Gold und Silber, Teppiche, Gardinen, Pelze Zahngeb., sowie gz. Wirtsch.*

Gehrock m. Weste, g. m. Hose sucht Hahn, Lange Str. 10, I.*

! ACHTUNG !
Häute :-: Felle :-: Altmetalle aller Art jedes Quantum kauft und erbittet Eilofferten Firma
Max Streubel
Bureau und Einkauf: Große Fleischergasse 14, I. *

Häute- und Felle-Einkauf
Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor **Käufer sämtlicher Sorten**
Friedrich Schade — Felle en gros
Gerberstrasse 9, neben Hotel Sonne
Keilstrasse 16 **Gerberstrasse 28**

Wäsche aller Art neu u. gebrcht. |* Partiewaren, Gardinen kft. ständig Glaser, Ranstädt. Steinweg 46, Telephon 1312*

Zur Ausstattung, Bettwäsche weiß u. bt., Leibwäsche, neu o. gebr. z. k. g. Arndtstr. 71, I. r.*

Brautpaar sucht Bettwäsche, neu od. gebraucht, Federbetten, gebrcht., Handtücher, Wischtücher Martha Leuschner, Bayersche St. 42, II. l

Bettwäsche, Handtücher z. k. gesucht. Elisenstr. 95, pt. l.|*

Achtung! Bettwäsche, weiß u. bunt, neu u. gebr., Leibwäsche, Inletts Leihhausscheine kauft reell Sprei, Brühl 11, III. Vdh.

Kleiderschr., Küchenmöbel k. Kappe, Nürnberger Str. 11.*

Zahle stets Tagespreise für abgespielte, a. zerbrochene **Schallplatten** Musikhaus Merkur, Petersstraße 17, (Laden im Hof).*

Schallplatten alte u. Bruch Höchst. Preise k. Stötteritz. Str. 9, N. kz. Zeit.*

Nähmaschine z. kauf. gesucht Kappe, Nürnberger Str. 11*

Nähmaschine, Rundsch., gtb., sucht Bayersche Str. 42, II. l.

H.- u. D.-Räder m. od. o. Gu. k. Rd., Weidmannst. 2, Fahrrh.*

Kinder-, Klapp- u. Puppwg. auch defekt sucht zu kaufen Preisoff. erb. Schäffrig, Reusch., Melchiorstr. 16, I. r.

Kaufe
Gold-, Silber- und **Platin-Waren** sowie **Alt-Metalle**
Schuster & Heise Schletterstraße 22, Hof* offen 8-6, Sonntags 11-1 U.

Kanone od. kleinen Füllofen kauft Lt., Angerstr. 1, III. r.*

Alt-Metall Zeitungen Lumpen, Bücher kauft in jeder Menge auch v. Händlern u. Hausierern **Otto Altenburg** Hospitalstr. 2. Tel. 9769. |*

Alt-Metall Zeitungen // Bücher Lumpen // Flaschen Eisen kauft **Neufeld** Reudnitz, Rostlisstraße 57.|*

Kaninfelle kauft **W. Krause, Leipz.-Lindenau** Burgauenstr. 12 |*

Felle aller Art kauft Rd., Grenzstr. 5, II*

Felle aller Art kauft Lind., Gemeindeamtstr. 9.|*

Vermischte Anzeigen

Schlüsselb. Sonnt. Lorckst. verl. Abzg. Ob. Münsterstr. 7, p. r.

Foxerhündin mit Steuermarke weiß m. schw. Kopf, abh. gek. Hohe Belohn. demjenigen, der mir dieselbe nachw. o. wiederbringt. Go., Berggartenstr. 25.

Hund Sonnab. entlauf., Dackel/Rehp., klein, schw., Stehohr. u. Schwz., Leibg. u. grün. Schl. ob. Steuerz. G. hohe Bel. Börner, Peterssteinweg 17, Tel. 3140

Leipz. Leih-Institut für Frack-, Gehrock-, Smokinganzüge, Zylinderhüte. Belau, Albertstraße 28a, I., Ecke Zeitzer Str. im Bankgeb.*

Wohnungen

Schlafstelle od. einf. möbl. Zimm. v. jung. Mann ges. Off. U. 27 Exp. d. Bl.

2 Zimmer mit Kochgelgh. g. Nähe Connewitz. Off. unt. H. M. Filiale Connewitz |*

Wir suchen im Süden der Stadt, wenn möglich in der **Nähe des Volkshauses größere Kartoffelkeller** dies. müssen gesund sein und gute Anfuhrmöglichk. haben **Leipzig, Volkshausverwaltung**

Geräum. Wohng., St., K., K., Gas, Klingenstr., 330 ℳ, g. grß. z. tausch., mögl. Klsch. o. Schl. Off. K. 30 Fil. Dieskaustr. 5.

Wohnungstausch! Tausche meine Wohnung in Thonberg (2 Stub., Kammer Küche, Korridor, mit Gas) geg. gleich große od. größere im Südviertel. Angeb. unt. T. 26 Exp. d. Bl. Tauch. Str.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leitsätze der 3. Internationale über die Agrarfrage.

(Schluß.)

5. Als die Großbauernschaft sind die kapitalistischen Unternehmungen in der Landwirtschaft zu betrachten, die in der Regel mit einigen Lohnarbeitern wirtschaften und mit der Bauernschaft nur durch ihre Kulturstufe, ihre Lebensart und durch persönliche körperliche Mitarbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind.

Dies ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die unmittelbare und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung von dem geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter, auf den **Kampf mit dieser Schicht**, muß bei der Arbeit der kommunistischen Partei auf dem Lande das Hauptaugenmerk gerichtet sein.

Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten sind von dieser Schicht alle möglichen Aeußerungen von Widerstand, Sabotage und unmittelbarem bewaffneten Widerstand gegenrevolutionären Charakters unvermeidlich. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der geistigen und organisatorischen **Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen**, um diese Schicht zu entwaffnen und ihr, neben dem Sturm der Kapitalisten der Industrie, bei der ersten Aeußerung von Widerstand einen entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen. Zu diesem Zweck muß das **ländliche Proletariat bewaffnet und in Sowjets (Gutsräten) organisiert** werden, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern der überwiegende Einfluß gesichert werden muß.

Die **Enteignung der Großbauern** selbst darf jedoch **nicht die unmittelbare Aufgabe** des siegreichen Proletariats sein, denn für **die Vergesellschaftung** solcher Wirtschaft sind die materiellen, insbesondere die technischen, ferner auch die sozialen Bedingungen **noch nicht gegeben.** In einzelnen Fällen, wahrscheinlich in Ausnahmefällen, werden jene Teile ihrer Grundstücke enteignet werden, die für die kleinbäuerliche Bevölkerung der Umgebung besonders notwendig sind; dieser letzteren muß auch die unentgeltliche Benutzung eines Teiles der landwirtschaftlichen Maschinen der Großbauern zu gewissen Bedingungen gesichert werden. Im allgemeinen kann die proletarische Staatsmacht **den Großbauern das Land belassen**, nur im Falle des Widerstandes gegen die Macht der Werktätigen und Ausgebeuteten enteignen. Die Erfahrung der proletarischen Revolution Rußlands, in der sich der Kampf gegen die Großbauern infolge einer Reihe von besonderen Bedingungen in die Länge gezogen hat und besonders verwickelt ist, hat dennoch gezeigt, daß diese Schicht, wenn sie für den geringsten Widerstand eine gehörige Lehre erhält, fähig ist, loyal die Anforderungen der proletarischen Staatsmacht zu erfüllen, und daß diese Schicht sogar beginnt, Achtung vor dieser Macht zu empfinden, die jeden Arbeitenden schützt und den reichen Müßiggänger schonungslos verfolgt.

Die besonderen Bedingungen, die den Kampf des über die Bourgeoisie siegreichen Proletariats mit den Großbauern in Rußland erschweren, bestehen hauptsächlich in folgendem: Die russische Revolution hat nach der Umwälzung von 25. 10. (7. 11.) 1917 das Stadium des allgemeinen demokratischen, d. h. im Grunde bürgerlich-demokratischen Kampfes der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer durchlaufen. Das städtische Proletariat war kulturell und zahlenmäßig schwach und die Entfernungen wirkten bei den äußerst schlechten Verkehrswegen sehr erschwerend.

Das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas muß den vollen Sieg über den Widerstand der Großbauern energisch vorbereiten, jede Möglichkeit, auch nur den geringsten Widerstand zu leisten, beseitigen und den Sieg bedeutend schneller, entschlossener und erfolgreicher vollenden. Dieser volle Sieg der Massen der Landarbeiter, der Halbproletarier und der Kleinbauern ist unentbehrlich und ohne ihn kann die proletarische Macht nicht als gesichert und widerstandsfähig gelten.

6. Das revolutionäre Proletariat muß unverzüglich, ausnahmslos und ohne jede Entschädigung das **gesamte Land der Großgrundbesitzer**, Rittergutsbesitzer und derjenigen Personen enteignen, die unmittelbar oder durch ihre Pächter systematisch die Arbeitskraft der Lohnarbeiter, der umliegenden kleinen (nicht selten auch der mittleren) Bauernschaft ausbeuten, und nicht selbst körperlich arbeiten. Hierher zählen der größte Teil der Nachkommen der Feudalherren — der Adel in Rußland, Deutschland und Ungarn, der wieder hergestellte feudale Großgrundbesitz in Frankreich, die Landlords in England, die ehemaligen Sklavenhalter Amerikas — ferner reich gewordene Finanzmagnaten oder die Mischlinge dieser beiden Arten von Ausbeutern und Müßiggängern. In keiner Form darf in den Reihen der Kommunistischen Partei die Propaganda oder Durchführung einer Entschädigung der Großgrundbesitzer für die enteigneten Ländereien zugelassen werden, da das bei der heutigen Lage Europas und Amerikas einen Verrat am Sozialismus und die Auferlegung neuer Lasten auf die werktätigen und ausgebeuteten Massen bedeuten würde. Diese Massen sind schon mehr als genug durch den Krieg, der die Zahl und den Reichtum der Millionäre vervielfacht hat, belastet worden.

Für die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder erkennt die Kommunistische Internationale es als richtig an, den **landwirtschaftlichen Großbetrieb** vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaft in Rußland zu führen. *)

In **Rußland** mußte man infolge der wirtschaftlichen Rückständigkeit dieses Landes meist zur **Aufteilung der Ländereien** unter die Bauern und zur Ausnutzung durch die Bauern schreiten. Nur in verhältnismäßig seltenen Ausnahmefällen gelang es, die Ländereien zur Einrichtung einer sogenannten Sowjetwirtschaft zu verwenden, die vom proletarischen Staat auf eigene Rechnung geführt wird: die früheren Lohnarbeiter werden zu gleicher Zeit in Staatsarbeiter und Mitglieder der Sowjets, die den Staat verwalten, verwandelt.

Die Erhaltung der ländlichen Großbetriebe wahrt am besten die Interessen der revolutionären Schicht der Landbevölkerung, der besitzlosen Landarbeiter und der halbproletarischen Parzellenbesitzer, die ihren Unterhalt in der Hauptsache durch Lohnarbeit in den Großbetrieben verdienen. Außerdem macht die Nationalisierung der Großbetriebe die städtische Bevölkerung wenigstens teilweise in der Versorgungsfrage unabhängig von der Bauernschaft.

Anderseits kann es dort, wo noch Ueberreste der mittelalterlichen Verfassung, des Fronsystems, zu besonderen Formen der Ausbeutung führen, wo hohe Servitude oder das System der Halbpacht bestehen usw., unter Umständen notwendig sein, den **Bauern einen Teil des Bodens der großen Güter zu überweisen.**

In Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer bestehen, die danach trachten, Land zu erhalten, kann die **Verteilung des Landes** der Großbesitzer sich als das sicherste Mittel erweisen, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen, während die Erhaltung des Großbetriebes nicht von besonderer Bedeutung für die Versorgung der Städte ist.

Die Sicherheit eines dauerhaften Sieges ist unter allen Umständen die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats. Wegen des Erfolges der Revolution darf das Proletariat selbst vor einem zeitweiligen Rückgang der Produktion nicht zurückschrecken. Der dauernde Bestand der proletarischen Gewalt kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die mittlere Bauernschaft neutral zu halten und die Unterstützung des größten Teiles, wenn nicht der gesamten Kleinbauernschaft zu erreichen.

Jedenfalls müssen dort, wo eine Aufteilung des Großgrundbesitzes eintritt, in erster Linie die Interessen der ländlichen Proletarier gewahrt werden.

Das Inventar der Großbetriebe muß unbedingt ohne Entschädigung in Staatseigentum überführt werden unter der unerläßlichen Bedingung, daß dieses Inventar nach der Befriedigung der Bedürfnisse der staatlichen Großbetriebe von den Kleinbauern unentgeltlich benutzt werden kann unter Beobachtung der durch den proletarischen Staat ausgearbeiteten Bedingungen.

Wenn in der ersten Zeit nach dem proletarischen Umsturz nicht nur die unverzügliche Enteignung der Großgrundbesitzer ohne Entschädigung unbedingt erforderlich ist, sondern auch ihre allgemeine **Internierung** als Führer der Gegenrevolution und schonungslose Tyrannen der gesamten ländlichen Bevölkerung, so muß mit der Befestigung der proletarischen Macht nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande das Bestreben einsetzen, **Männer aus der Bourgeoisie mit wertvollen Erfahrungen**, Wissen und organisatorischen Fähigkeiten systematisch unter **besonderer Aufsicht zuverlässiger kommunistischer Arbeiter** und Kontrolle der Gutsräte zur Schaffung des sozialistischen Großbetriebes in der Landwirtschaft heranzuziehen.

7. Der Sozialismus wird erst dann den Kapitalismus endgültig besiegen und für immer gesichert sein, wenn die proletarische Staatsmacht jeden Widerstand der Ausbeuter gebrochen, sich vollständige Herrschaft und völligen Gehorsam gesichert, die Industrie auf der Grundlage des wissenschaftlichen Großbetriebes und der modernsten Errungenschaften der Technik (Elektrisierung der gesamten Wirtschaft) wieder aufgebaut hat. Nur das gibt der Stadt die Möglichkeit, technisch und sozial der zurückgebliebenen und zerstreuten Landbevölkerung eine so wirksame Hilfe zu gewähren, daß dadurch die materielle Grundlage für die großzügige Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität und der ländlichen Arbeit überhaupt geschaffen werden kann. Auch werden auf diese Weise die kleineren Landbesitzer durch die Macht des Beispiels und des eigenen Vorteils veranlaßt, zum großen gemeinschaftlichen mit Maschinen arbeitenden Betrieb überzugehen.

Besonders auf dem Lande erfordert die wirksame Durchführung eines erfolgreichen Kampfes für den Sozialismus folgendes: 1. Die kommunistischen Parteien müssen dem Industrieproletariat die Erkenntnis der **Notwendigkeit von Opfern** für den Sturz der Bourgeoisie und die Festigung der proletarischen Macht anerziehen, denn die Diktatur des Proletariats bedeutet sowohl die Fähigkeit des Proletariats, alle arbeitenden und ausgebeuteten Massen zu organisieren und zu leiten, als auch die Fähigkeit des Vortrupps, um dieses Zieles willen die äußersten Anstrengungen zu machen und die heroischsten Opfer zu bringen. Für den Erfolg ist es dringend notwendig, daß die arbeitenden, am meisten ausgebeuteten Massen auf dem Lande durch den Sieg des Proletariats sofort und bedeutend auf Kosten der Ausbeuter in ihrer Lage verbessert werden, denn ohne dies könnte das industrielle Proletariat nicht sicher auf die Unterstützung des flachen Landes und auch nicht auf die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln rechnen.

8. Die ungeheure Schwierigkeit, die Massen der arbeitenden Landbevölkerung, die durch den Kapitalismus geistig unentwickelt, zerstreut, unterdrückt und oft in einem Zustand halbmittelalterlicher Abhängigkeit gehalten werden, zu organisieren und zu revolutionären Kämpfen zu erziehen, verlangt von der Kommunistischen Partei besondere Aufmerksamkeit für die **Streikbewegung auf dem flachen Lande**, kraftvolle Unterstützung und allseitige Entwicklung der Massenstreike der ländlichen Proletarier und Halbproletarier. Die Erfahrung der russischen Revolution 1905 und 1917, nunmehr bestätigt und erweitert durch die Erfahrungen in Deutschland, Polen, Italien, England und andern fortgeschrittenen Ländern, beweist, daß nur die fortschreitende Streikbewegung der Massen (unter Umständen bei Teilnahme der Kleinbauern) imstande ist, das schlummernde Dorf zu wecken, das Klassenbewußtsein und die Einsicht von der Notwendigkeit einer Klassenorganisation unter den ausgebeuteten Klassen des flachen Landes hervorzurufen und die Wichtigkeit ihrer Vereinigung mit den städtischen Arbeitern anschaulich und praktisch vor Augen zu führen. Die **Forderung der gewerkschaftlichen Organisationen** der Landarbeiter und die Mitarbeit der Kommunisten in den Land- und Forstarbeitergewerkschaften ist aus diesem Grunde besonders notwendig. Auch die Bildung von **Kooperationen** (Produktionsgewerkschaften), die aus der ausgebeuteten ländlichen Bevölkerung sich bilden, und die in engem Zusammenhang mit der revolutionären Arbeiterbewegung stehen, ist von den kommunistischen Parteien zu unterstützen. Ferner ist eine besondere Agitation unter den Kleinbauern zu betreiben.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale brandmarkt diejenigen Sozialisten als Verräter und Ueberläufer, die es leider nicht nur in der 2. Internationale gibt, sondern auch in den aus dieser Internationale ausgetretenen für Europa besonders wichtigen Parteien, die es fertig bringen, nicht nur der Streikbewegung auf dem Lande gleichgültig zuzusehen, sondern (wie diese Gewerkschaftsbureaukratie, die Scheidemänner und Kautsky) gegen die Streiks auftreten, weil sie nur unter dem Gesichtswinkel einer Gefahr der Verminderung der Produktion von Lebensmitteln betrachten. Keinerlei Programme und keine noch so feierlichen Erklärungen haben den geringsten Wert, wenn nicht durch die Tat bewiesen wird, daß die Kommunisten und die Arbeiterführer die Entwicklung der proletarischen Revolution und ihren Sieg über alles stellen, daß sie deshalb die schwersten Opfer zu bringen verstehen, da es keinen andern Ausweg und keine andern Mittel gibt, um den Hunger und den Zerfall für immer zu besiegen und neue imperialistische Kriege zu verhindern. Die kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten, um möglichst bald auf dem flachen Lande zur Gründung von Sowjets aus Vertretern der Lohnarbeiter und Halbproletarier überzugehen. Auch ist die Bildung von Kleinbauernräten zu propagieren. Nur in Verbindung mit der Klassenstreikbewegung und mit der am meisten unterdrückten Klasse werden die Sowjets imstande sein, ihre Aufgabe zu erfüllen und sich so befestigen, um die Kleinbauern ihrem Einfluß zu unterwerfen und später auch durch Zusammenschluß der Kleinbauern- mit den Landarbeiterräten diese in ihren Bestand aufzunehmen. Solange die Streikbewegung aber noch nicht stark ist und die Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats noch schwach entwickelt ist, sowohl infolge des schweren Druckes seitens der Grundbesitzer und Großbauern wie auch infolge der mangelnden Unterstützung seitens der Industriearbeiter und ihren Organisationen, erfordert die Bildung von Sowjets auf dem Lande eine langwierige Vorbereitung. Diese Vorbereitung muß geschehen durch die Schaffung, wenn auch vorläufig noch so kleiner **kommunistischer Parteizellen**, durch eine aktive Propaganda, die in gemeinverständlicher Form die Forderungen des Kommunismus dargelegt und an Hand von Beispielen die verschiedenen Methoden der Ausbeutung und Knechtung illustriert, ferner durch systematische Agitationsreisen von industriellen Arbeitern auf das flache Land usw.

* Ebenso wird es zweckmäßig sein, die Bildung von **Kollektivbetrieben (Gutsgenossenschaften, Kommunen)** zu **unterstützen.**

Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter.

Vom 12. bis 14. September 1920 tagten in Bochum die Vorstandsmitglieder, der Verbandsausschuß und die Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes. Wohl noch in keiner Sitzung wurden so wichtige Entschlüsse gefaßt, wie in diesen Tagen. Referate wurden gehalten über das Tarifwesen, den internationalen Kongreß die Sozialisierungsfrage und das System der Betriebsräte. Ueber die Sozialisierungsfrage berichtete das Mitglied der Sozialisierungskommission, Kollege Werner. Nach der eingehenden Aussprache über das Referat wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hält die Vorarbeiten der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues für eine brauchbare Grundlage, um die Kohlenwirtschaft auf eine gemeinwirtschaftliche Grundlage zu stellen und so Arbeiter und Angestellte unmittelbar an der Steigerung der Kohlenerzeugung zu interessieren. Die Aufrechterhaltung der bestehenden Ueberschichtenabkommen ist in den verschiedensten Revieren für längere Zeiträume nur dann möglich und weitere Schritte sind zur Erzielung einer vermehrten Arbeitsleistung nur dann aussichtsreich, wenn die Gesetzgebungsfaktoren unverzüglich die Verwirklichung der Sozialisierung des Bergbaues in die Wege leiten.

Jeder Versuch, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu hintertreiben, würde den schärfsten Widerspruch der Bergarbeiter auslösen."

Ferner fand eine Resolution einstimmige Annahme, die Preisabbau auf allen Gebieten forderte. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Konferenz hebt erneut hervor, daß bei den jetzigen hohen Preisen für alles, was man zum Lebensunterhalt bedarf, keine Gesundung unsres Wirtschaftslebens eintreten kann. Es muß mit allen Mitteln dahin gearbeitet werden, daß Preisabbau auf allen Gebieten erfolgt. Falsch ist es allerdings, bei einigen Produkten die Preise herabzusetzen, bei andern dagegen zu erhöhen.

Ferner muß eine einheitliche Lohnpolitik, die sich mit der Gestaltung unsres Wirtschaftslebens vereinbart, mit allen Industrien erstrebt werden. Um dies zu erreichen, ist beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eine wirtschaftspolitische Stelle zu schaffen, welche die Frage des Preisabbaues prüft und darauf drängt, daß er sobald wie möglich erfolgt. Die Bergarbeiter sind bereit, alle ihre Machtmittel nicht nur zur Verbilligung der Kohlenpreise, sondern auf allen Gebieten einzusetzen."

Zur Frage des Jugendschutzes fand folgende Entschließung Annahme:

„Die Konferenz bedauert, daß sich die Gesetzgebung nach der Revolution mit der Jugendschutzfrage noch nicht eingehend beschäftigt hat. Sie wünscht, das Reichsarbeitsministerium möge bei dem Reichstag einen befriedigenden Entwurf über ein Reichs-Jugendgesetz vorlegen."

Besonders bemerkenswert ist auch, daß die Teilnehmer an der Konferenz, die vom Westen Deutschlands herbeigeeilt waren, so aus dem Saargebiet, Aachen und Köln, erklärten, daß **die Bergarbeiter der dortigen Reviere es unter keinen Umständen zulassen würden, wenn die Entente dazu übergehen wolle, das Ruhrgebiet zu besetzen. Die Kameraden dieser Reviere würden von allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch machen, um solch ein Beginnen zu vereiteln.** Auch von den **tschechoslowakischen Kameraden** lag der Konferenz eine Kundgebung vor, nach welcher diese **gegen jede aggressive Militärpolitik**, und dazu würden sie die Besetzung des Ruhrgebiets rechnen, **Front machen** werden.

Es wurde weiter auf der Konferenz gefordert, daß **man** zur Bildung von Industrieorganisationen übergehen müsse. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, mit den Organisationen, die Mitglieder auf Bergwerken und deren Nebenanlagen haben, in Verbindung zu treten, um sobald wie **möglich** eine Industrieorganisation für den **Bergbau** zu schaffen.

Die Konferenzteilnehmer waren sich aber auch **klar** darüber, daß der Bergarbeiterschaft vielleicht **in nächster** Zeit schwere Kämpfe warten. Da der **Beitrag** im Verband der Bergarbeiter aber noch ein niedriger ist — die Organisation steht mit der Beitragszahlung an 28. Stelle —, so wurde ein Antrag angenommen, der folgendes besagt:

„Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, unverzüglich die nötigen Vorarbeiten zu treffen, damit spätestens bis 1. November dieses Jahres ein Lokalbeitrag von 1 **Mk.** in allen Bezirken eingeführt wird. Von diesem Lokalbeitrag soll die Hauptkasse zur Stärkung des Kampffonds 50 Pfg. erhalten. Die restlichen 50 Pfg. verbleiben den Bezirks- und Lokalkassen."

Man sieht aus dem Verlauf dieser Konferenz, daß die **Bergarbeiter** nicht nur auf sich zu schauen gewillt sind, sondern das Wohl der Allgemeinheit im Auge haben. Nicht Lohnpolitik ins Dunkle hinein wollen sie machen, sondern sie fordern, und zwar im Einverständnis mit der gesamten Arbeiterschaft, Preisabbau auf allen Gebieten. Sie bestehen darauf, daß die Kohlenschätze nicht mehr zum Nutzen einzelner Kapitalisten gehoben werden, sondern für die Allgemeinheit bereitzustellen sind.

Die Wünsche der Bergarbeiter werden **freilich** erst in Erfüllung gehen, wenn sie selbst, und gemeinsam mit ihr die gesamte Arbeiterschaft einig und geschlossen für die Ziele zu kämpfen bereit sind. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade jetzt die Massenpartei des Proletariats, die USP., durch die Machenschaften offener und verkappter Kommunisten praktisch als politischer Faktor ausgeschaltet ist. Anstatt wegen anarchisch-utopischer Theorien die Geschlossenheit des revolutionären Proletariats aufs Spiel zu setzen, müßte alles eingesetzt werden, um das konkrete Ziel der Sozialisierung der Bergwerke zu erreichen. Das wäre zugleich der beste Weg, die Arbeiterschaft zu einigen, aber auch die beste praktische Hilfe für Sowjetrußland und die vorzüglichste Propaganda für den Sozialismus überhaupt.

Soziale Rundschau.

Der Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung am 1. Januar 1920.

Am 1. Januar 1920 bestanden nach der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz im Deutschen Reiche 40 635 (1919: 36 023) eingetragene Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, und zwar 21 006 (20 216) mit unbeschränkter Haftpflicht, 144 (149) mit unbeschränkter Nachschußpflicht und 19 485 (15 658) mit beschränkter Haftpflicht. 5323 Genossenschaften wurden 1919 neu eingetragen, 711 aufgelöst, so daß eine reine Zunahme von 4612 Genossenschaften zu verzeichnen war, von denen 790 unbeschränkte, 3827 beschränkte Haftpflicht haben; die Genossenschaften mit unbeschränkter Nachschußpflicht verminderten sich um fünf. An der Zunahme waren Preußen mit 2904, Bayern mit 597, Sachsen mit 171, Württemberg mit 146, Baden mit 179, Hessen mit 100 und die übrigen Staaten mit 515 beteiligt. Auf die einzelnen Genossenschaftsarten verteilten die bestehenden Genossenschaften sich am 1. Januar wie folgt:

	1919	1920
Kreditgenossenschaften	18 284	19 261
Rohstoffgenossenschaften:		
gewerbliche	1 252	1 707
landwirtschaftliche	2 811	3 276
Wareneinkaufsvereine	607	1 033
Werkgenossenschaften:		
gewerbliche	324	327
landwirtschaftliche	2 961	3 301
Genossenschaften für Beschaffung von Maschinen und Geräten	12	12
Magazingenossenschaften:		
gewerbliche	123	127
landwirtschaftliche	594	677
Rohstoff- und Magazingenossenschaften:		
gewerbliche	218	313
landwirtschaftliche	37	42
Produktivgenossenschaften:		
gewerbliche	1 039	1 159
landwirtschaftliche	3 799	3 780
Zuchtvieh- und Weidegenossenschaften	581	638
Konsumvereine	2 101	2 233
Eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften	1 388	2 131
Vereinshäuser	130	135
Sonstige Genossenschaften	362	483

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Unter den Kreditgenossenschaften machten die Darlehnskassenvereine allein 17358 (11753) aus, unter den Werkgenossenschaften die Elektrizitätsgenossenschaften bei den gewerblichen 38 (34), bei den landwirtschaftlichen 2410 (1525), unter den landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften die Meiereigenossenschaften 3182 (3212), die Brennereien 127 (130), die Winzervereine 193 (195), die Genossenschaften für Bau und den Vertrieb von Feld- und Gartenfrüchten 255 (246), die Schlacht-, Fischerei- und Forstgenossenschaften 23 (16) aus. Im allgemeinen ist also eine außerordentlich starke Zunahme und nur bei den ersten Gruppen der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften immer noch eine geringe, auf die Zwangswirtschaft zurückzuführende Abnahme zu verzeichnen. Die im Vergleich zu früheren Jahren starke Zunahme der Konsumvereine ist auf das in zahlreichen Neugründungen zum Ausdruck kommende Erwachen des Konsumenteninteresses in bisher noch indifferenten Kreisen zurückzuführen. Die Zahl gibt freilich vom wirklichen Umfang des Wachstums keine richtige Vorstellung, weil sie das Wachstum der alten Vereine nicht berücksichtigen kann.

Kapitalistische Wünsche.

I.

Die Verlängerung der Arbeitszeit ist die Sehnsucht aller Kapitalisten, obwohl es zur Zeit im Deutschen Reich fast eine halbe Million Vollerwerbsloser gibt und Millionen, die nur an einigen Tagen der Woche Beschäftigung finden. Die Kapitalisten erstreben die Verlängerung der Arbeitszeit nicht ohne gewichtige Gründe. Sie wissen ganz genau, daß ihr Profit sich nur steigern läßt, wenn die Arbeiterschaft über ein bestimmtes Maß hinaus Güter erzeugt und wenn eine große industrielle Reservearmee die Niedrighaltung der Arbeitslöhne dauernd ermöglicht. Einzelunternehmer, Unternehmerverbände und bürgerliche Parteien laufen Sturm gegen Achtstundentag und Erwerbslosenfürsorge, seitdem sie durch die Uneinigkeit der Arbeiterklasse und die Maßnahmen der rechtssozialistisch-bürgerlichen Regierungskoalition in Verbindung mit der Noskeschen Militärpolitik mächtig an Einfluß und politischer und wirtschaftlicher Macht gewonnen haben.

Sehr treffend kommen die Wünsche und Absichten der Kapitalisten zum Ausdruck im Septemberheft des Sächsischen Hansabundes Freie Bahn. Der Hansabund hatte eine Umfrage veranstaltet über die Frage: „Wie ist der Wiederaufbau unsres Wirtschaftslebens in Sachsen am schnellsten und zweckmäßigsten zu erreichen?" Die Antworten, die darauf erteilt wurden und die in der erwähnten Zeitschrift veröffentlicht werden, zeigen den Haß an, den die Nichtstuer dem Achtstundenarbeitstag und andern Errungenschaften der Revolution entgegenbringen.

Herrn Dr. Otto Lampe-Leipzig, Vorstandsmitglied des Vereins deutscher Chemiker, meint: „Der schnellste Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in Sachsen wird durch zwölfstündige Arbeit erreicht, und zwar intensivste Arbeit, beginnend in den Kohlenbergwerken zur Schaffung der notwendigen Rohstoffe und fortfahrend bei den Landarbeitern." Ueber die praktische Durchführbarkeit seines Vorschlages ist sich freilich Herr Lampe selbst noch im unklaren, schreibt er doch: „Wie der einzelne dazu gebracht werden soll, ist mir ein Rätsel, solange wir noch eine epidemische Geistesverwirrung in unserm Volke haben und keiner über den engen Horizont seiner Parteidoktrine hinausdenkt."

Herr Gustav Haake, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen des Hansabundes, äußert sich folgendermaßen: „Einen zusammengebrochenen Industriestaat wieder aufzubauen, heißt, seine zurückgegangene und brachliegende industrielle Tätigkeit wieder heben. Wenn ein Gebäude zusammengebrochen ist, so räumt man mit dem Schutt auf und reißt wankende Mauern nieder. Man stützt den Neubau vor den Zerstörungselementen. Zu letzteren gehören der **Sozialismus, die Betriebsräte und der Achtstundentag.**"

Aus tiefstem Grunde des Unternehmerherzens steigt hier der Ruf nach Ausnahmegesetzen gegen die „Zerstörungselemente" Sozialismus, Betriebsräte und Achtstundentag empor. Wahrscheinlich schwebt den wackeren Herren das Ungarn des Herrn Horthy vor, in dem bekanntlich diese „Zerstörungselemente" restlos beseitigt sind. Ganz unbeachtet scheinen übrigens die Herzenswünsche der Kapitalisten bei der Reichsregierung nicht geblieben zu sein, wie die Gerüchte über Einführung einer Arbeitsdienstpflicht beweisen. Auch das Bestreben des Reichsverkehrsministers Gröner, die Betriebsräte der Eisenbahner immer mehr auszuschalten, deutet auf ein Entgegenkommen der Regierung hin.

Herr Dr. Schiller-Leipzig, Syndikus des Verbands deutscher Buchbindereibesitzer, faßt kurz sein Urteil in folgenden Sätzen zusammen: „Alle Industrien leiden, mit Ausnahme vielleicht der chemischen Industrie, die eine Monopolstellung besitzt, gleichmäßig unter den Wirkungen des Versailler Friedens, des Rohstoffmangels und der Papiergeldwirtschaft mit allen ihren Nachteilen einschließlich **des Lohnwahnsinns und des Streikfiebers der Arbeitnehmer.** Was soll man Neues dazu sagen? Nicht die Meinungsäußerung einzelner Industrieller, nicht die Reden, die tagtäglich überall gehalten werden, **sondern allein das zielbewußte Handeln, sei es Einzelner, sei es geschlossener Verbände, kann hier Wandel schaffen.**"

Auch die Firma Müller und Wetzig-Dresden fordert in erster Linie mehr Arbeit und macht der Regierung den Vorwurf, daß sie nie auf die **Verlängerung des Arbeitstages** Bezug genommen habe.

Neben der Forderung auf Abschaffung des Achtstundentages spielt das Verlangen nach **Einführung des Akkordlohnsystems** eine Rolle. Einen großen Haß bringen die Kapitalsgewaltigen der Erwerbslosenfürsorge entgegen. Dazu schreibt Hermann Liebscher, volkswirtschaftlicher Syndikus in Leipzig: „Die **Arbeitslosenunterstützung** ist auf das notwendigste Maß abzubauen und die Kontrolle über böswillige Arbeitslose zu verschärfen, letzteren nach Möglichkeit **die Unterstützung ganz zu entziehen.** Dies kommt nach Sachverständigenbeobachtungen wesentlich für **weibliche Arbeitslose** in Betracht."

Das Bild würde nicht vollständig sein, wenn die Unternehmer nicht auch **gegen die Zwangswirtschaft,** d. h. die Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit, anrennen würden. Herr Horst Süße Nachf. Zittau, schreibt dazu: „Vor allen Dingen muß der freie Handel einsetzen können, jede Zwangswirtschaft . . . muß sofort beseitigt werden," und die Leipziger Handelskammer bemerkt: „Unbedingt erforderlich ist aber in erster Linie die **Beseitigung unsrer Zwangswirtschaft.**"

Freilich sind sich die Herren bewußt, daß, wenn die Arbeiterschaft einig ist, und alle Möglichkeiten ausnutzt auch bei dem jetzigen Regierungssystem, ihre Blütenträume kaum Wirklichkeit werden können. So schreibt Herr Dr. Otto Lampe: „Als drittes wäre eine **Regierung durch Sachverständige** und eine **Volksvertretung** im Parlament **durch Fachleute** zu fordern, die beide, Regierung und Parlament, das Wohl des gesamten Volkes im Auge haben würden, anstatt Parteiinteressen zu vertreten."

Herr Gustav Haake, der Vorsitzende des Sächsischen Hansabundes, spinnt diesen Gedanken weiter, indem er schreibt: „Der kostspielige Apparat der jetzigen Regierung mit seiner großen Zahl Abgeordneter und Ressortminister, ist aus Sparsamkeitsrücksichten durch höhere Verwaltungsbeamte zu ersetzen, die aus der Praxis und aus den Fachgruppen entnommen werden."

Der Leipziger Syndikus Hermann Liebscher scheint indes in die jetzige Regierung etwas mehr Vertrauen zu setzen und möchte sie als Büttel für die kapitalistischen Interessen benutzen. Er schreibt: „Wir brauchen zunächst den inneren Frieden im Lande selbst, und um diesen zu erreichen, ist es eine wesentliche Vorbedingung, daß der sächsische Unternehmer sich seine Mitarbeiter möglichst aus den Reihen des sächsischen Volkes selbst sucht, **daß aber auch die sächsische Regierung Mittel und Wege findet, landfremde Elemente, welche den Frieden stören, über die Grenze abzuschieben.** Weiter ist darauf Bedacht zu nehmen, im Volke selbst eine gewisse Zufriedenheit herzustellen. Hierzu gehört eine umfassende aufklärende Arbeit über die **Unmöglichkeit, in einem Industriestaate dem Kommunismus oder auch nur eine vollkommene Sozialisierung oder Kommunalisierung durchzuführen.**"

So zeigen die Auslassungen der Unternehmer und ihrer Interessenvertreter mit aller Deutlichkeit, wohin die Reise gehen wird, wenn sich die Arbeiterschaft weiter zersplittert und zerfleischt und sich als politischer und wirtschaftlicher Machtfaktor ausschaltet. Es wird heißer Kämpfe bedürfen, um die Absichten der Kapitalisten zu durchkreuzen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist es ein Verbrechen an den Lebensinteressen des Proletariats, wenn jetzt offene und versteckte Kommunisten utopischer Theorien halber die revolutionäre Arbeiterschaft auseinanderreißen. Nicht Zersplitterung der Arbeiterbewegung darf die Parole lauten, sondern **Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zur Abwehr drohender Gefahren und zur Erringung konkreter, auf der Linie des Sozialismus liegender Ziele.**

Eingelaufene Schriften.

Proletarier-Jugend. Inhalt der soeben erschienenen Nr. 15: C. Flaischlen, Fester nur. M. Bräuer, In hartem Ringen. F. Graf, Der Kapitalismus und seine Entwicklungsgeschichte. O. Jensen, China. J. Zerfaß, Sieg der Freude. F. Kühn, Wir und die sozialistische Presse! P. Ristau, Mehr Jugendschutz. Dr. O. Gotthilf, Natürliche Erholung und Kräftigung unserer Augen. B. Ullrich, Henrik Ibsen. Sepp Oerter, Drei Helden.

Upton Sinclair, Jimmie Higgins. Gustav Kiepenhauer Verlag, Potsdam. Preis 18 Mk.

„Was man wissen muß". Nr. 16 (Vererbungs-Nummer). Verlag von Johann Schorpp in Leipzig. Preis 1 Mk.; halbjährlich (6 Nummern) 5.40 Mk., mit Porto 6 Mk.

Knut Hamsun, Pan. Aus Leutnant Thomas Glahns Papieren. Roman. Verlag von Albert Langen, München.

Albert Ehrenstein, Karl Kraus. Heft 7 der Wiener Zeitschrift Die Gefährten. Genossenschaftsverlag, Wien 7, Dröblergasse 2. Preis 6 Mk.

J. Rosenblath, Dreißigjährige richterlich-irrenärztliche Verbrechen im Namen Wilhelms. Selbstverlag, Hess.-Lichtenau.

Franz Klupsch, Die Judenhetze. Eine schwere Gefahr für den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Verlag der Deutschen wirtschafts-politischen Gesellschaft, Berlin W. 35. Preis 2 Mk.

Wendelin Thomas, Wir brauchen einen Krieg und andere Geschichten aus „großer Zeit". Verlag von R. Kruskus, Augsburg. Preis 3.50 Mk.

ALTHOFF

Wir bringen

infolge besonders günstiger Einkäufe unseres Zentral-Einkaufshauses in Chemnitz von heute ab

circa 15000 Paar Strümpfe

zu außerordentlich billigen Preisen

zum Verkauf

Damen-Strümpfe extra lang, Baumwolle, ohne Naht, Ferse und Spitze verstärkt, schwarz und leder 8.75

Damen-Strümpfe extralang, Baumwolle, ohne Naht, Ferse u. Spitze verstärkt, schwarz 9.50

Damen-Strümpfe extralang, Baumwolle feinfädig schwarz, ohne Naht, Ferse und Spitze verstärkt 10.75

Damen-Strümpfe extralang, Baumw. feinfädig, Doppelsohle, verst. Hochferse, schwarz 11.75

Damen-Strümpfe extralang, Baumw feinfädig, Doppelsohle, verst. Hochferse, schwarz 13.75

Damen-Strümpfe extralang, Baumw.-Mousseline Doppelsohle, verst. Hochferse, schwarz 14.25

Damen-Strümpfe extralang, Baumwolle, Doppelsohle, verst. Hochferse, vorzügl. haltbare Qualität, schwarz, leder, weiß, alle Ball- und Kleiderfarben 14.75

Herren-Socken Baumwolle, Doppelferse und Spitze, schwarz und leder 6.75

Herren-Socken Baumwolle, Doppelsohle und Ferse, schwarz 8.75

Herren-Socken reine Wolle, Doppelferse und Spitze, schwarz und Leder 15.50

Herren-Socken Kameelhaargarn, naturfarbig 23.75

Kinder-Strümpfe

gestrickt, kräftige, sehr haltbare Baumwoll-Qualität, schwarz

für 4 Jahre	5—6 Jahre	7 Jahre	8 Jahre
9.75	10.75	11.75	12.75
9—10 Jahre	**11—12 Jahre**	**12—13 Jahre**	
13.75	14.75	15.75	

Damen-Strümpfe extralang Ia extrafeine Qualität, Ersatz für Flor, mit breitem Doppelrand, D.-Sohle, verst. Hochferse, schwarz 15.50

Damen-Strümpfe extralang, besond. dauerhafte Qual., Doppelsohle, verst. Hochferse, schwarz 17.75

Damen-Strümpfe **Prima Flor,** Doppelsohle, m. breitem Doppelrand, verstärkte Hochferse, schwarz 19.75

Damen-Strümpfe **Ia Seidenflor,** Doppelsohle, verstärkte Hochferse, schwarz mit breitem Doppelrand 24.50

Damen-Strümpfe reine Wolle, Doppelferse u. Spitze, schwarz 24.75

Damen-Strümpfe extralang, reine Wolle, Ia Qualität, Doppelsohle, verstärkt. Hochferse, schwarz 39.50

Damen-Strümpfe extra lang, reine Wolle, beste schwere Qualität, Doppelsohle, verstärkte Hochferse 42.50

Rettet Oberschlesien! Kauft das Legreta-Gutscheinheft!

Unser Haus ist auch Mittags geöffnet!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200929/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG